Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 5465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6-gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 106. | Dresden, Donnerstag den 9. Mai 1912. | 23. Jahrg.

Heeringens Irrtümer.

Ein ehemaliger Offizier schreibt uns:

In der Budgetkommission des Reichstags, die zwar nicht mit deutscher Gründlichkeit, dafür aber mit Hexengeschwindigkeit die Militärvorlage „prüft", hat Herr von Heeringen einiges gesagt, das nach unserer Meinung dringend eines Kommentars bedarf.

Exzellenz Heeringen konnte auf den Wunsch, daß die Ersatzreserve zu Uebungen eingezogen werden soll, nicht eingehen. Wer in den Zeiten aktiv diente, in denen die Ersatzreserve noch übungspflichtig war, wird die Abneigung des Herrn Kriegsministers verstehen. Die Uebungen der Ersatzreserve bildeten nämlich in jedem Jahre eine niederschmetternde Anklage gegen lange aktive Dienstzeit. Der Teil der Ersatzreserve, der zu Uebungen herangezogen wurde, übte das erstemal 10 Wochen, das zweitemal 6 Wochen, das drittemal 4 Wochen. Im ganzen also 20 Wochen. Die Ersatzreserve exerzierte vorzüglich, so daß sehr viele Kompagniechefs im stillen wünschten, es möchten ihre aktiven Kompanien ebenso gut exerzieren. Beim Anblick einer übenden Ersatzreserveabteilung mußte in jedem denkenden Offizier die Frage auftauchen, ob es denn nötig sei, daß man die Soldaten jahrelang in die Kasernen stecke. Dabei mußten die Ersatzreservisten eine Menge von Dingen lernen, die jetzt nicht einmal den aktiven Soldaten zugemutet werden. Damals wurde noch in drei Gliedern exerziert, der Griff „Faßt das Gewehr an!", dessen Erlernung sehr viel Mühe verursachte, war auch noch in Geltung, Richtungen nach Points gab es ebenfalls noch. Und trotzdem war es möglich, aus den Ersatzreservisten in 20 Wochen sehr gute Soldaten zu machen. Ihre Schießleistungen blieben allerdings hinter jenen ihrer aktiven Kameraden zurück. Hätte man aber bei ihnen nicht so viel Zeit wegen des Paradedrills vertrödelt, so wäre es sehr leicht gewesen, aus ihnen auch gute Schützen zu machen.

Würde die Ersatzreserve wieder zu Uebungen einberufen werden, so böte sie ununterbrochen Agitationsmaterial für die Anhänger der Volkswehr und einer Verkürzung der aktiven Dienstzeit. Jetzt würde sie in militärischer Hinsicht sogar noch viel mehr leisten als früher, denn abgesehen davon, daß der Paradedrill in der Zwischenzeit sehr eingeschränkt wurde, ist das deutsche Volk auch dem Sport viel mehr zugänglich. Sogar die langweiligsten Bauernbuben können jetzt radeln und das Turnen ist auch auf dem Lande mehr in Schwung gekommen, so daß die Ersatzreservisten jetzt noch leichter auszubilden wären als früher.

Die Weigerung des Herrn v. Heeringen, die Ersatzreserve wieder üben zu lassen, ist also sehr begreiflich, und zwar um so mehr, als er weiß, daß die Sozialdemokratie diese offizielle Beweisführung für eine gründliche Abkürzung der aktiven Dienstzeit nicht übersehen würde.

Der Herr Kriegsminister hat ferner in der Budgetkommission behauptet, die deutsche Armee habe im Kriegsfalle die numerische Ueberlegenheit über die französischen verloren. Schade, daß eine genauere Begründung dieser Behauptung nicht zu lesen war. Die Angabe, daß die Kriegsstärke der französischen Armee größer sei als jene der Deutschen, ist in militärfrommen Kreisen allerdings sehr beliebt. Gewöhnlich wird die französische Kriegsstärke mit 4 872 000 Mann, die deutsche aber mit nur 4 350 000 Mann geschätzt. Schon ein Blick auf die Einwohnerzahlen der beiden Länder beweist, daß die Behauptung nicht richtig sein kann. Würde die Kriegsstärke der französischen Armee wirklich 4 872 000 Mann betragen, so kämen 11 Prozent der französischen Bevölkerung in Betracht. 11 Proz. seiner Bevölkerung kann allenfalls ein von der Kultur nur wenig beleckes Land unter die Waffen stellen. Unternähme aber eine unserer heutigen „Kulturnationen" ein derartiges Experiment, so würde ihre Armee sehr bald eine große Zahl Maroder aufweisen. Riefe das Deutsche Reich 11 Proz. seiner Bevölkerung zu den Waffen, so hätte es eine Armee von 7 260 000 Mann. Davon würden natürlich auch sehr bald Hunderttausende dienstuntauglich werden.

Uebrigens ist es kein Kunststück, die Kopfzahl zu berechnen, die die deutsche Armee im Kriegsfalle mindestens haben müßte. Das stehende Heer, also aktive Armee und Reserve, setzt sich aus 7 Jahrgängen zusammen. Für die große Masse der Truppen gilt die zweijährige aktive Dienstzeit; die dreijährige nur für die Kavallerie und reitende Artillerie. Die Präsenzstärke an Mannschaften und Gefreiten betrug in den letzten sieben Jahren ungefähr 500 000 Mann. Da ein relativ allerdings nur geringer Bruchteil der aktiven Armee eine dreijährige aktive Dienstzeit zu absolvieren hat, weist ein Jahrgang zirka 240 000 Mann auf. Das stehende Heer zählt, wie bemerkt, sieben Jahrgänge, somit hat es theoretisch eine Kopfstärke von 1 680 000 Mann. Setzt man die Ausfälle durch Tod, Krankheit, Desertion, Auswanderung, Unabkömmlichkeit mit 7 Proz. fest — das ist viel —, so ergibt sich eine wirkliche Kriegsstärke von 1 562 400 Mann. Nun kommt die Landwehr 1. Aufgebots. Sie umfaßt fünf Jahrgänge. Da zu der Zeit, in der ihre Angehörigen als Rekruten eingestellt wurden, die Präsenzstärke der aktiven Armee noch nicht auf 500 000 Mann angeschwollen war, nehmen wir den Jahrgang nur mit 235 000 Mann an. 5 × 235 000 = 1 175 000; somit ergibt sich hier eine theoretische Kriegsstärke von 1 175 000 Mann. Die Abgänge durch Tod, Krankheit usw. mit 10 Proz. festgesetzt, bleibt eine tatsächliche Kriegsstärke von 1 057 500 Mann.

Ferner zur Landwehr 2. Aufgebots. Sie besteht aus 7 Jahrgängen. In der Zeit, in der ihre Angehörigen als Rekruten in die Kaserne traten, betrug die Präsenzstärke der aktiven Armee 479 229 Mann. Daher fixieren wir den Jahrgang auf 230 000 Mann; also beträgt die theoretische Kriegsstärke der Landwehr 2. Aufgebots 1 610 000. Nimmt man 15 Proz. Abgang wegen Tods, Krankheit usw. an, so bleiben für den Krieg 1 369 500 Mann.

Das stehende Heer und die beiden Landwehren weisen also zusammen eine Kopfzahl von rund 4 107 000 Mann auf. Dazu kommen zirka 30 000 Einjährig-Freiwillige, 120 000 Offiziere und Unteroffiziere. Dabei haben wir es bisher nur mit vollkommen kriegstauglichen und militärisch ausgebildeten Leuten zu tun.

Nun kommen wir noch zur Ersatzreserve. Herr Generalmajor Mandel sagte am 1. Mai in der Budgetkommission des Reichstages, daß alljährlich etwa 800 000 Mann der Ersatzreserve überwiesen würden. Von ihnen sei die Mehrzahl für den Krieg körperlich geeignet. Sind von den Ersatzreservisten jedes Jahres auch nur 50 000 Mann kriegstauglich, so hat die Heeresleitung, wenn sie im Kriegsfalle 10 Jahrgänge der Ersatzreserve einberuft, weitere 500 000 Mann zur Verfügung, die in kurzem ausgebildet sein können.

Obwohl wir so pessimistisch als möglich rechneten, haben wir jetzt schon eine Kriegsstärke der deutschen Armee von 4 700 000 festgestellt.

Vollkommen ignoriert haben wir dabei den Landsturm 1. und 2. Aufgebots. Der Landsturm 2. Aufgebots zählt aber mindestens 800 000 militärisch vollkommen ausgebildete und, wenn Not am Mann sein sollte, auch kriegstaugliche Männer.

Im Ganzen ergibt sich also eine Kriegsstärke von mindestens 5 500 000 Mann. Dies sind rund 8 Prozent der Bevölkerungszahl und entspricht daher auch der Leistungsfähigkeit. Wenn aber Frankreich 8 Prozent seiner Einwohnerzahl ins Feld stellt, so sind es nur 3 120 000 Mann!

Vielleicht nimmt Herr v. Heeringen diese Berichtigungen für künftige Darlegungen zur Notiz.

Die marokkanische Lehre.

Am 30. März unterzeichnete Muley Hafid, der Sultan von Marokko, einen Vertrag mit Frankreich, in dem er sich aller wirklichen Macht, ja selbst jedes Anscheins von Macht zugunsten der französischen Regierung entledigte. Vorher hat er sich noch — wie es sich jetzt herausstellt — vergewissert, daß Frankreich nichts dagegen einzuwenden haben wird, wenn er überhaupt auf die Krone verzichtet. Aeußerlich war also Frankreich an seinem Ziele. Derselbe Sultan, der an der Spitze der aufrührerischen Stämme im Jahre 1907 seinen eigenen Bruder vom Throne geworfen hat, weil er in Frankreichs Händen zur Puppe geworden, ward jetzt selbst zur Marionette. Aber bald zeigte es sich, auf welch tönernen Füßen die französische Herrschaft in Marokko noch steht, wie viele und wie ungeheure Opfer die Unterwerfung Marokkos erfordern wird.

Zuerst revoltierten die marokkanischen Truppen in Fez, die unter Leitung französischer Offiziere zu den Hauptstützen der französischen Herrschaft in Marokko ausgebildet werden sollten. Die französische Regierung versuchte diesen Aufstand als Bagatelle darzustellen, aber der Anschluß der Bevölkerung von Fez an die aufrührerischen Soldaten, das Morden und Brennen, dessen Schauplatz Fez am 17. und 18. April war, bewiesen, daß der Aufruhr im Heere die franzosenfeindliche Stimmung des Volkes widerspiegelte. Wenn aber so die Lage in der Hauptstadt sich gestalten konnte, unter den Augen der französischen Truppen, in der Hauptstadt, in der — wie in den Küstenstädten — die Bevölkerung augenblicklich einen gewissen materiellen Gewinn von der Anwesenheit der Franzosen zieht, welche Kämpfe müssen Frankreich erwarten in den Teilen Marokkos, wo freie Berber die Berge bewohnen, den Acker bestellen, Berber, über die auch der Sultan keine wirkliche Gewalt jemals besaß? Der Aufstand im Mittleren Atlas, ja, die Ansammlung der Semmur auf dem Wege zwischen der Küstenstadt Rabat und Fez gibt die Antwort darauf. Für die Stämme Marokkos bildet das französische Protektorat den Einzug einer neuen Wirtschaftsweise, den Ruin alter, seit Jahrhunderten eingebürgerter Sitten, und sie werden sich ihm aus allen Kräften widersetzen. Wie lange ihr Widerstand dauern kann, zeigt Algier, um dessen Besitz Frankreich ein halbes Jahrhundert bei Ausgabe von sieben Milliarden Frank kämpfen mußte mit dem Erfolg, daß es sich dort heute noch nicht sicher fühlt. Wie viele Opfer Frankreich schon bisher auf dem Altare seiner marokkanischen Pläne niedergelegt hat, zeigte der Bericht, den der Abgeordnete Cheron im Namen des Budgetausschusses der französischen Kammer vor einigen Wochen vorgelegt hatte. Vom Jahre 1907 bis zum Jahre 1911 wurden für die marokkanischen Pläne 143 Millionen Frank ausgegeben, ganz abgesehen von allen den Rüstungsausgaben, die dank der Verschärfung der internationalen Lage durch die Marokkokrise verursacht wurden, ganz abgesehen von der Schädigung des Wirtschaftslebens durch die politischen Spannungen, in denen Frankreich am Rande eines Krieges stand. Und die Menschenopfer? Am 10. Dezember 1911 waren in den sanitären Anstalten Marokkos 1447 Soldaten untergebracht, darunter 1165 an Fiebern Erkrankte, 157 Verwundete und 125 Geschlechtskranke; außerdem 327 Fälle von Typhus. Die Gesamtziffer der Sterbefälle aus verschiedenen Ursachen betrug seit dem 10. Dezember 588, die Gesamtzahl der Typhusfälle bis jetzt 2038 und derjenigen mit tödlichem Ausgang 367. Die Hauptverluste wurden auf der Etappenlinie bei dem Zuge nach Fez erlitten, nämlich 257 Sterbefälle allein an Typhus.

Mit welchen Opfern Frankreich jetzt rechnen muß, zeigt die Tatsache, daß von den militärischen Kreisen die Verstärkung der französischen Truppen in Marokko auf 100 000 Mann gefordert wird. Milliarden von Kosten, Tausende von Menschenleben wird Marokko noch vom französischen Volke erfordern. Demgegenüber wirft sich die Frage auf: In wessen Interesse geschieht das, auf wessen Altare werden diese Opfer niedergelegt? Die Antwort auf diese Fragen erteilt im Matin (vom 30. April) der Abgeordnete Dumesnil:

„Ich kehre aus Marokko mit einem sehr klaren Eindrucke der Beunruhigung, wenn nicht gar der Entmutigung zurück — schreibt er. Marokko ist ein wunderbar fruchtbares Land: aber wann werden wir aus ihm etwas herausschlagen können bei der Wendung, die die Ereignisse nehmen? Und für wen arbeiten wir? Ich habe festgestellt, daß die Spekulation sich sofort der Gegenden bemächtigt, wenn sie bewohnbar wären. Die Spekulationsgelände ersticken Tanger und Casablanca; ihre Preise sind so unvernünftig gesteigert, daß es unmöglich ist zu bauen, und in der Schaufa, dem einzigen Zentrum, wo die Sicherheit verbürgt ist, kann kein Kolonist nur daran denken, das Gelände zu erwerben, auf dem er zu leben vermöchte, wenn er nicht über ein sehr bedeutendes Kapital verfügt. Große Grundstück-Gesellschaften, die einen tatsächlich sehr mächtig, die anderen einfach Schwindelunternehmungen, haben fast die Gesamtheit der anbaufähigen Ländereien bis vierzig Kilometer ins Innere erworben. Ich kenne eine, die im letzten Jahre noch nicht urbar gemachte Gefilde für fünf Pesetas (4 Mark) den Flächenmeter angekauft hat und heute 170 Frank dafür verlangt. Bis in die Umgebungen aller Etappenposten längs der Linie Rabat und Mekines hat die Spekulation ihre gierigen Arme ausgebreitet.

Ich kehre mit achtungsvoller Bewunderung für den Mut unserer Soldaten und unserer Offiziere zurück. Drei Viertel des Jahres von allem entblößt, erfüllen sie ihre Pflicht mit einer Entsagung, die über jedes Lob erhaben ist. Leider werden die Beförderungen und Dekorationen, anstatt den Truppen zuzukommen, die die Leistungen vollführen, von den Stäben und Günstlingsoffizieren aufgehalten, die den ganzen Feldzug in Casablanca selbst gemacht haben. Besonders werden zwei bewunderungswürdige Truppenkorps fast ganz ohne Belohnungen gelassen. Das ist zunächst der Train, der seit Beginn des Feldzuges die wunderbarste Leistung aufzuweisen hat, indem er 600 Kilometer monatlich unter den schlimmsten Umständen der Ueberanstrengung und der Gefahr zurücklegt. Und dann das Sanitätskorps. Neun Krankenwärter von zehn sind am Typhus erkrankt, indem sie die Kranken in den Hospitälern des Innern pflegten, und trotz aller Bemühungen ihrer direkten Vorgesetzten hat man noch nicht einmal eine Medaille für diese braven Leute übrig gehabt."

Jeder Kommentar würde die Wucht dieser Ausführungen nur schwächen: im Interesse einer Handvoll Spekulanten, zum höheren Ruhm einer Soldateska, die vorgestern noch Arbeiter füsilierte, soll das französische Volk bluten und den Marokkanern soll der Boden und die Freiheit geraubt werden. Und weil das deutsche Volk sich nicht in dieser beklagenswerten Lage befindet, soll die deutsche Nation sich niedergedrückt fühlen — behaupten die Imperialisten. Denn daß die Besetzung Südmarokkos durch Deutschland, wie sie von der ganzen „nationalen" Presse gefordert wurde, dieselben Folgen haben müßte, wie jetzt die Besetzung Nord- und Mittelmarokkos durch Frankreich, das geben vernünftigere Köpfe des imperialistischen Lagers selbst zu. So schreibt der deutsche Admiral Valois in seiner jüngst erschienenen Schrift Marokko-Helgoland:

„Es muß als eine verhängnisvolle Täuschung bezeichnet werden, daß die Marokkaner die Deutschen lieber als Herrscher aufnehmen würden, als die Franzosen. Frei wollen dieselben sein von jeder christlichen Herrschaft und Bevormundung, und wir würden im Süden ebenso zu kämpfen haben, wie die Franzosen im Norden und die Spanier seit Jahrhunderten im Rifgebiete.

Die marokkanische Lohe spricht zum deutschen Volke lauter und eindringlicher, als es der beste sozialdemokratische Agitator tun könnte. Sie fordert es zum unerbittlichen Kampfe gegen die Politik kolonialer Eroberungen auf.

* * *

Französische Beklemmungen.

Paris, 8. Mai. In politischen Kreisen fährt man fort, außerordentliche Befürchtungen wegen der Lage in Marokko zu hegen, wo man für die nächsten Tage ernste Zwischenfälle befürchtet. Insbesondere betrachtet man die Haltung des Sultans und seine Abdankungsabsichten mit Besorgnis. Man läßt durchblicken, daß für den Fall, daß Muley Hafid diese Absichten wirklich zur Tat werden läßt, nicht der Sohn des Sultans, sondern einer seiner Brüder den Thron besteigen wird.

Die letzten Nachrichten aus Fez besagen, daß Muley Hafid

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120509/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

dem Rate des französischen Gesandten Regnault und des Generals Moinier nachgegeben hat und sich einverstanden erklärt haben soll, seine Reise nach **Rabat** bis zur Ankunft des Generals Liauthey in Fez aufzuschieben. Man hofft, daß er diesen Entschluß beibehalten wird, da sich die Lage in Fez immer bedenklicher gestaltet und eine Abreise des Sultans in dem jetzigen Augenblick nur Oel in das Feuer gießen würde. **Die in der Umgebung von Fez ansässigen Stämme sind nunmehr bereit, auf Fez zu marschieren.** Man ist daher französischerseits gezwungen, sämtliche zur Verfügung stehenden Soldaten in Fez zurückzubehalten, um die Stadt zu schützen.

Kostspielige Verstärkungen.

Paris, 8. Mai. Die schon mehrfach erwähnten Verstärkungen für Marokko werden weit umfangreicher sein, als man zunächst angenommen hatte. Der General **Moinier** wird sich in der Zeit vom 16. bis 24. Mai an der Westküste Marokkos befinden, wo ein Bataillon Gebirgsartillerie, drei Bataillone algerischer Schützen sowie zwei Bataillone afrikanischer Jäger zu ihm stoßen werden. Ferner werden in Casablanca am 20. Mai zwei Bataillone heimischer Truppen, die jetzt in Dakar zusammengestellt werden, eintreffen. Sodann werden die drei Bataillone, die jetzt in die Heimat zurückkehren sollten, bis auf weiteres in Marokko verbleiben.

Eine Note der Agence Havas besagt: Vom 10. Mai an werden ansehnliche **Truppenverstärkungen** nach Marokko entsandt werden, und zwar Tirailleure, Kolonialinfanterie, Gebirgsartillerie, Fremdenlegionäre, Chasseurs d'Afrique und senegalesische Schützen. Die Gesamtstärke der in den verschiedenen Gebieten befindlichen Truppen wird nach der Verstärkung 45 000 Mann erreichen.

Deutsches Reich.

Mischehen und Geschäftsordnungs-Aenderungen.

Die für den Mittwoch in Aussicht genommenen namentlichen Abstimmungen hatten bewirkt, daß die Bänke des Hauses stärker als in den Tagen vorher gefüllt waren. Vor diesen Abstimmungen aber mußte zunächst die Debatte über die Mischehenfrage beendet werden. Die Gegner der Mischehen, die Redner der Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen, wußten nicht mehr viel Neues für ihren Standpunkt ins Treffen zu führen. Erzberger und unser Genosse David, die diesmal in gleicher Reihe standen, wußten die Scheingründe treffend zu widerlegen. David ließ es sich nicht entgehen, die Heuchelei des offiziellen Staatschristentum bei dieser Gelegenheit aufzudecken. 90 Proz. aller Mischlingskinder sind unehelich; ein Verbot der Mischlingsehen, die doch auch „im Himmel geschlossen" sind, würde also nur bewirken, daß die 100 Proz. voll würden. Staatssekretär Dr. Solf tat das Klügste, was er tun konnte, er schwieg und ließ alle Angriffe unbeantwortet. Er hatte wohl eingesehen, daß es besser für ihn gewesen wäre, wenn er diese Klugheit des Schweigens schon vor einigen Tagen bewiesen hätte. Die Resolution der Budgetkommission, die die Gültigkeit der Ehe zwischen Weißen und Eingeborenen in allen Schutzgebieten sichergestellt wissen will, wurde mit 203 gegen 133 Stimmen angenommen. Mit der Sozialdemokratie und dem Zentrum stimmten auch einige Freisinnige, wie Gothein und Kerschensteiner, die sich zu der Brutalitätsphilosophie von dem Herrenrechte noch nicht bekehrt haben.

Dann folgte die Abstimmung über die Aenderungen der Geschäftsordnung. **Alle Anträge der Geschäftsordnungskommission wurden mit großer Mehrheit angenommen.** Die Konservativen vermochten mit ihren Anhängseln nur 67 Stimmen gegen 205 zur Verteidigung des angeblich bedrohten Kronrechts aufzubringen. Die neue Geschäftsordnung tritt sofort in Kraft. Am Freitag sollen die kleinen Anfragen zum ersten Male beim Beginn der Sitzung gestellt werden, — falls sie vorliegen. Die Frist für die Einbringung dieser Anfragen ist diesmal sehr karg bemessen. Sie mußten bis zum Schluß dieser Sitzung dem Bureau übergeben werden.

Hieran schloß sich die Abstimmung über die Frage der Mindeststärke einer Fraktion. Die Reichspartei erlitt, wie vorauszusehen war, eine völlige Niederlage. Ihr Versuch, wenigstens bis auf weiteres mit Hilfe der „Zugezählten" zur Fraktion zu werden, scheiterte mit 88 gegen 146 Stimmen. Freilich gelang es auch nicht, unseren Proportionalantrag durchzusetzen.

Zum Schluß wurde der Etat des Reichsschatzamtes in Angriff genommen. Eine Resolution unserer Fraktion, die die Unstimmigkeiten und Härten bei der Einteilung der Ortsklassen baldigst beseitigt wünscht, wurde von Ebert mit einer warmherzigen Rede für die mittleren und unteren Beamten begründet und fand bei allen Parteien Zustimmung. Sie wurde denn auch schließlich beinahe einstimmig angenommen.

Genosse Molkenbuhr nahm dann Gelegenheit, die Schädigung der Tabakarbeiter durch die letzte Tabaksteuergesetzgebung und die Not der kleinen Tabakfabrikanten ziffermäßig festzustellen.

Das ergiebige Thema der Veteranenbeihilfen wurde heute nur angeschnitten und soll morgen weiter besprochen werden.

Wehrvorlage und Militäretat in der Budgetkommission.

Die Kommission beendete in der Mittwochssitzung die Beratung der Wehrvorlage. Für einen in Saarbrücken zu garnisonierenden Armeeinspektor wurden 15 300 M. Wohnungsentschädigung gefordert. Derart hohe Entschädigungen wurden lebhaft kritisiert und schließlich statt der geforderten 15 300 nur 12 000 M. bewilligt. Bei den Forderungen für Bauten für die neuen Truppenteile versuchte der konservative Abg. Crahmer für seinen Wahlkreis Garnisonen zu erlangen, fiel mit diesem Versuch jedoch gründlich ab.

Bei der Beratung des **Militäretats** führte die Forderung, für zehn weitere Bezirkskommandos Obersten statt bisher Stabsoffiziere als Kommandeure zu bewilligen, zu einer lebhaften Aussprache. Der Kriegsminister begründete die Forderung damit, daß an diese Kommandostellen ehemalige Regimentskommandeure aus Gründen der Mobilmachung gestellt werden sollen, dann aber auch, um ältere und erfahrene Offiziere dort zu haben. Es müsse zugegeben werden, daß Bezirkskommandeure sehr oft daneben hauen; dem soll möglichst vorgebeugt werden, was durch die Berufung der erfahrenen Regimentskommandeure geschehen könne. Die Kommission ließ jedoch diese Gründe nicht gelten; sie strich fünf von den zehn geforderten Obersten. Klage wurde darüber geführt, daß Reservisten zum Dienst in den Bezirkskommandos einberufen werden, lediglich um Gestellungsbefehle von Haus zu Haus zu tragen. Die Verwaltung versprach, eine Aenderung eintreten zu lassen. Zur Beschaffung von Naturalien (Brotgetreide, Hafer, Heu, Stroh) wurden 77 413 161 M. angefordert; 12 628 853 M. mehr als im Vorjahre. Nach der Ursache dieser enormen Ausgabeerhöhung befragt, erklärte die Militärverwaltung, die wesentlich gestiegenen Preise seien schuld an der Erhöhung der Ausgabe. Die Wucherzöllnerei kommt auch bei der Truppenverpflegung finanziell recht scharf zum Ausdruck. Empfohlen wurde, die Verwaltung solle in höherem Maße bei den landwirtschaftlichen Produzenten direkt einkaufen, statt sich der Händler zu bedienen, die höhere Preise fordern. — Die Weiterberatung wurde sodann auf Donnerstag vertagt.

Branntweinsteuerkommission.

Die Mittwoch-Sitzung der Branntweinsteuerkommission begann mit einer längeren Geschäftsordnungsdebatte. Das ist nicht erstaunlich bei der höchst verwickelten und mangelhaften Geschäftsführung durch den Kommissionsvorsitzenden, den Zentrumsabgeordneten Dr. Jehnter. Die Mehrheit beschloß zunächst auf seinen Vorschlag, entgegen der sozialdemokratischen Auffassung, die Abänderungsanträge zum geltenden Branntweinsteuergesetz zurückzustellen und bei dem jetzigen Entwurf erst unter dem vierten Abschnitt zuzulassen.

Bei den §§ 10, 11 und 12, die sich auf den Durchschnittsbrand beziehen, beantragten die Fortschrittler die Beseitigung der ganzen Einrichtung und stellten zugleich eine Reihe von Eventualanträgen. Sozialdemokratische Anträge wollten in die §§ 11 und 12 des Entwurfs eine Herabsetzung der zehnjährigen Frist und die Gleichstellung der gewerblichen mit den landwirtschaftlichen Brennereien.

Inzwischen hatte der Konservative Nehbel noch einen Antrag auf Bevorzugung der landwirtschaftlichen Kartoffelbrennereien in Ostpreußen eingebracht. — In der Abstimmung wurden sämtliche Abänderungsanträge zum Absatz 1 abgelehnt, regelmäßig gegen die 12 Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler, denen sich der Nationalliberale Kölsch bisweilen anschloß. Für den Antrag Nehbel stimmte, nachdem die Worte „landwirtschaftliche Kartoffel" gefallen waren, nicht einmal der Antragsteller. Abgelehnt wurde dann auch der Markenschutz für Obstbranntweinsorten.

Bei § 13 wurde dann der Antrag auf Aufhebung der Vergällungspflicht behandelt. Die Abgg. Schweickhardt (Fortsch.) und Wurm (Soz.) verteidigten insbesondere die Rechte der Essigindustrie. Staatssekretär Kühn war mit diesen Anregungen naturgemäß nicht einverstanden.

Genosse Wurm wandte sich auch gegen die Ausdehnung der Befugnisse des Bundesrats, die doch nur einer Stärkung der Zentrale gleichkomme. Er setzte ausführlich auseinander, daß unsere Bestrebungen dahin gehen, wieder einen freien Markt zu schaffen, der auch für die kleinen landwirtschaftlichen Brennereien eine Besserung bringe. Deshalb richten wir uns in unseren Anträgen gegen jegliche Privilegierung.

Nach längerer Debatte wurden **alle Abänderungsanträge abgelehnt.** Aber auch der § 13 selbst fiel.

Das Koalitionsrecht — eine „Erpressung".

Auf der Hauptversammlung der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände hat der Generalsekretär Dr. Tille Ausführungen gemacht, die er selber unter der Ueberschrift „Die Straffreiheit der Vereinigung zur Wirtschaftsstörung und Vorteilserpressung" in seiner Südwestdeutschen Wirtschaftsztg. veröffentlicht.

Die Deutsche Industrie-Korrespondenz gibt aus den Ausführungen des Herrn Tille eine Anzahl Sätze wieder, die es ihrer Meinung nach besonders verdienen, der Oeffentlichkeit bekannt gemacht zu werden. Diese Sätze sind so charakteristisch für den Standpunkt der kapitalistischen Herrenmenschen, daß wir sie unseren Lesern nicht vorenthalten wollen.

Nach Dr. Tille ist die sogenannte Koalitionsfreiheit, die Freiheit, sich zusammenzuschließen, um von seiten der gewerblichen Lohnarbeiter „Erpressungen gegen den Unternehmer auszuüben" (!), nur eine Ausnahmebestimmung von dem allgemeinen Erpressungsparagraphen des Strafgesetzbuchs, der sonst für das ganze Volk gilt.

In bezug auf das Koalitionsrecht spricht Dr. Tille an einer anderen Stelle weiter von „dieser Form des Erwerbs, sich außerhalb des friedlichen Wirtschaftslebens und außerhalb der ehrlichen Berufstätigkeit durch Erpressung eine Veränderung seiner Einkommensverhältnisse zu verschaffen". (!) Er nennt diese eine „Abnormität", eine „Absurdität" und eine „unmoralische Handlung". Es sei ein großer Fehler des deutschen Unternehmertums, daß es sich nicht dauernd auf der Anschauung gehalten habe, daß der Streik unter allen Umständen eine unsittliche Erscheinung und eine verwerfliche Form der Erpressung gewesen sei. (!)

Aus diesem Grunde verwendet sich Dr. Tille auch für eine Umgestaltung der Satzungen der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände. In diesen Satzungen ist heute noch die Rede von berechtigten und unberechtigten Streiks. Die Auffassung, daß es auch berechtigte Streiks gäbe, ist nach Dr. Tille im Ernst sittlich nicht haltbar. Wenn es einem Arbeiter oder, wie Herr Dr. Tille sagt, einem Entgeltarbeiter in einem Betriebe nicht gefalle, dann könne er doch, wenn er ein „vollsinniger Mensch" sei, dort kündigen und fortgehen. Wenn in einem Betriebe die Verhältnisse wirklich schlecht seien, dann würden doch nach und nach alle besseren Leute fortgehen und der Unternehmer würde hierdurch von selbst gezwungen, in diesen Mißständen eine Aenderung eintreten zu lassen — wobei Herr Dr. Tille anscheinend sich dessen nicht bewußt ist, daß ein freiwilliger Fortgang aller besseren Leute einem Streik [illegible] ähnlich sieht. Dr. Tille sagt dann weiter, weil der Lohnarbeiter [illegible] zu träge ist, „weil es ihm lediglich zu tun ist, einen Beteiligten wirtschaftlich zu unterdrücken, und weil der Staat zu träge ist, ihm die Straffreiheit und [illegible] vorzuenthalten, deswegen [illegible] heute unter solchen [illegible] in der Hand ein".

Dr. Tille [illegible] keine Auffassung dahin zusammen, daß eine [illegible] wirtschaftliche [illegible] „Erpressermoral" [illegible] unter die [illegible] Dinge sehe.

Leider kann man die [illegible] des Dr. Tille nicht einfach als tolle [illegible] eines [illegible] Scharfmachergehirns beiseite legen. Haben sich doch [illegible] Richter gefunden, die es fertig brachten, ehrliche Arbeiter oder Gewerkschaftsbeamte, die [illegible] Hinweis auf einen eventuellen Streik eine Lohnerhöhung für ihre Kollegen gefordert hatten, wegen Erpressung ins Gefängnis zu schicken.

Wermuth als Berliner Oberbürgermeister.

Der bisherige Oberbürgermeister von Berlin, Kirschner, wird sich zur Ruhe setzen, um [illegible] Abschiedsgesuch eingereicht. Die Vertrauensmänner der verschiedenen bürgerlichen Fraktionen der Berliner Rathauses haben den Posten dem ehemaligen Reichsschatzsekretär Wermuth angeboten, der sich bereit erklärt hat, das Amt eventuell anzunehmen. Die bürgerlichen Fraktionen, die [illegible] Mitglieder umfassen, treten geschlossen für die Kandidatur Wermuth ein, während die Sozialdemokraten eine reservierte Stellung beobachten. Die sozialdemokratische Fraktion, [illegible] Mitglieder zählt, will erst abwarten, wie sich Herr Wermuth zu verschiedenen kommunalen Fragen stellt. Sie meinen, daß Wermuth als Kommunalpolitiker ein unbeschriebenes Blatt darstellt. Als Oberbürgermeister der Reichshauptstadt, Herrenhausmitglied und Vorsitzender des deutschen und preußischen Städtetages könne man aber einen Mann nur dann wählen, wenn Garantien geboten werden, daß er in den wichtigsten Fragen mit der Bürgerschaft von Berlin und ihrer Vertretung übereinstimme. Auch einige bürgerliche Stadtverordnete neigen dieser Anschauung zu. Da eine [illegible] Mehrheit für die Wahl Wermuths eintritt, kann sie heute schon als absolut sicher gelten.

Dem Verhalten Wermuths in der letzten Zeit seiner Amtsführung als Reichsschatzsekretär hat auch die Sozialdemokratie ihre Anerkennung nicht versagt. Wermuth hat sich dem Ansinnen Bethmanns, auf eine ausreichende Deckung der Kosten der neuen Rüstungsvorlagen zu verzichten, nicht gefügt. Er ist nicht, wie das wohl mancher andere an seiner Stelle getan hätte, vor der übergeordneten Stelle zu Kreuze gekrochen und seiner Wege gegangen, als er nicht durchsetzen konnte, was er für richtig hielt. Das beweist, daß er ein Mann von Charakter ist.

Ob er aber auch bereit ist, eine fortschrittliche Kommunalpolitik zu treiben, ist eine andere Frage. Irgendwelcher allzu volksfreundlicher Anschauungen ist er nicht verdächtig. Es braucht nur daran erinnert zu werden, daß er die Finanzreform von 1909 mitgemacht hat. Er soll übrigens Angehöriger der freikonservativen Partei sein.

Elsaß-Lothringen als preußische Provinz.

Das Verhalten des elsaß-lothringischen Landtages in der Grafenstadener Angelegenheit hat das berüchtigte Scharfmacherblatt Die Post aus dem Häuschen gebracht. Es bringt am Mittwoch abend einen Sensationsartikel mit der kriminalromanhaften Ueberschrift: „Ein deutsches Parlament als Brutstätte des Landesverrats", der die Regierung zum Verfassungsbruch und Staatsstreich aufreizt. Da wird erklärt, daß das ganze elsässische Parlament von landesverräterischer Gesinnung erfüllt sei, daß in Elsaß-Lothringen der offene Landesverrat auf allen Straßen heule, und schließlich wird dieser Appell an die Regierung gerichtet:

> Zu retten ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen nichts mehr in Elsaß-Lothringen; die einzige Möglichkeit, welche bleibt, ist die eines raschen unerschrockenen Handelns: **Aufhebung der Verfassung und Einverleibung des widerspenstigen Landes in den Macht- und Zuchtbereich der preußischen Monarchie!**

Wenn es nach den Leuten von der Post und ihren Gesinnungsgenossen ginge, so würde ganz Deutschland unter die preußische Knute kommen. Die Post weiß natürlich ganz genau, daß zur Einverleibung Elsaß-Lothringens in Preußen die Zustimmung des Reichstages nötig wäre, die wohl kaum jemals gegeben würde. Aber was schert sich die Post darum. Sie läßt zwar alle Tage entrüstete Artikel gegen die Umstürzler los, aber gegen eine kleine Revolution von oben hätte sie absolut nichts einzuwenden.

Korpsstudentisches Rowdytum.

Der Student Tiedemann von der Technischen Hochschule zu Danzig ist von dem dortigen Schöffengericht zu 500 M. Geldstrafe verurteilt worden. Er war mit einem anderen Studenten in Konflikt geraten, in dessen Verlauf es zu einer Säbelforderung kam. Als der Gegner zu der Ehrengerichtsverhandlung im Hause des Korps erschien, dem Tiedemann angehört, stellte ihn dieser im Hausflur, nahm seine Forderung zurück und versetzte ihm ein paar kräftige Ohrfeigen. In der Begründung des Urteils wurde hervorgehoben, das Gericht habe angenommen, daß Tiedemann im Auftrage seines Korps unter dem Vorwande, daß das Ehrengericht im Hause stattfinden sollte, seinem Gegner im Hausflur aufgelauert habe, um ihn dort zu verprügeln. Der Richter sagte wörtlich: „Es handelt sich hier um eine ganz gemeine Rowdytat."

Was würde dem jungen Herrn wohl passiert sein, wenn er nicht Student, sondern Arbeiter, und wenn der Geohrfeigte ein Streikbrecher gewesen wäre? Und was für ein Geschrei würde sich in den Kreisen aller Ordnungsfreunde erheben, wenn etwa eine gewerkschaftliche Organisation ein Mitglied zu ähnlichen Brutalitäten anstiften würde, wie es hier ein so „vornehmer" studentischer Verband getan hat? Der „gebildete" Akademiker zahlt 500 M., und erhält von dem Senat das consilium abeundi, den Rat, die Hochschule zu verlassen. Nach kurzer Zeit wird dank guter Konnexionen alles wieder eingerenkt sein, und nach einigen Jahren steht Herr Tiedemann so oder so im Lager des industriellen Unternehmertums und entrüstet sich über die Roheit der Arbeiter und den Terrorismus der Gewerkschaften.

Weitere Polizeitaten in Essen.

Nicht nur gegen die Arbeiterjugend, die Partei und die Gewerkschaften richtet sich das wiederholt gekennzeichnete Treiben der Essener politischen Polizei, sondern auch gegen die **Genossenschaften und die Sportvereine.**

Im Frühjahr vorigen Jahres wurde von der Essener Strafkammer ein jugendlicher Angestellter des Konsumvereins **Eintracht**, der sich in der freien Jugendbewegung betätigte, zu 50 M. Strafe verurteilt, und zwar wegen Beleidigung des Polizeikommissars Leschnik. Dieser nahm sich den jungen Menschen aufs Korn und wußte ihn durch Geldspenden, Gratiskneipereien usw. dahin zu bringen, daß er sich mit dem Kommissar auf Duzbruderschaft einließ! Daß es dem Polizeibeamten daran lag, den jungen Menschen auszuholen, geht daraus hervor, daß er diesen wiederholt völlig betrunken machte. Dinge, die der Verführte so ausplauderte, wurden, mit Gehässigkeiten und Verzerrungen ausgestattet, später im Organ der gelben Streikbrechervereine Rheinland-Westfalens, dem **Werkverein**. Dem jungen Menschen, der wie bemerkt, wegen Beleidigung desselben Herrn Leschnik zu einer Geldstrafe verurteilt worden war, wurde von dem Leiter der politischen Polizei — Assessor Hanisch, der die Listen des Steigerverbandes an den Zechenverband auslieferte! — ein Führungszeugnis zur Einjährigfreiwilligen-Prüfung ausgestellt, in dem es hieß, daß **gegen ihn nichts Ungünstiges vorliege!** Zur Ausstellung solcher Zeugnisse ist die politische Polizei übrigens nicht befugt; dies hat eine ganz andere Polizeiabteilung, die einem Polizeirat unterstellt ist, zu vollziehen!

Der Verführte ging, als diese Angelegenheit bekannt wurde, nach England. Um für ihn Ersatz zu schaffen, versuchte der Herr Leschnik bei anderen jungen Leuten anzukommen, die er ebenfalls schon den Gerichten überliefert hatte, blitzte aber ab. Es blieb ihm daher nichts anderes übrig, als die Ueberwachung des Arbeiter-Turnvereins, die nun in das Programm aufgenommen wurde, durch polizeiliche Kräfte ausführen zu lassen. Seit dem Herbst vorigen Jahres suchte ein unbekannter Mann auf jede mögliche Weise in das Vertrauen des Vorsitzenden des Arbeiter-Turnvereins zu dringen. Er nannte sich „Turngenosse", interessierte sich für die Schriften des Arbeiter-Turnerbundes und fahndete mit auffallendem Eifer nach einem Protokoll des Arbeiter-Turnertages in Hannover 1911. Als er dieses in Essen nicht erlangen konnte, wandte er sich an den Landesvorstand in Leipzig, bei dem er sich ebenfalls mit „Frei Heil" als Turngenosse bezeichnete, wurde von diesem aber an den Verein in Essen verwiesen. Hier hatte man in ihm bereits einen **Anfrager der politischen Polizei** erkannt, namens **Gerlitzki** und stellte ihn nunmehr öffentlich bloß. Natürlich hatte der gute Mann als „Turngenosse" lediglich das Material erlangen wollen, womit ein früher bereits gescheiterter Versuch, den Turnverein für politisch erklären zu lassen, mit besserem Erfolg wiederholt werden sollte. Die Erregung unter den Essener Arbeitern gegen dieses Treiben der Polizei ist groß, zumal mit den geschilderten Fällen die Liste der Polizeitaten längst nicht erschöpft ist.

Zur Stichwahl in Varel-Jever.

Alle Anstrengungen werden von nationalliberaler Seite

ausgeübt, um zu verhindern, daß der III. Sozialdemokrat in den Reichstag zieht. Am Dienstag hat sich auch die nationalliberale Reichstagsfraktion für den fortschrittlichen Kandidaten Dr. Wiemer ins Zeug gelegt und ein Telegramm nach Varel abgesandt, in dem sie die dortigen Nationalliberalen ersucht, bei der Wahl für Dr. Wiemer einzutreten.

Die Getreidepreise steigen noch höher.

Nach den Berichten von deutschen Fruchtmärkten, die im Reichsanzeiger veröffentlicht werden, war im April dieses Jahres gegenüber dem März wieder ein Steigen der Getreidepreise zu verzeichnen. Es kostete der

Doppelzentner	im April 1912	im März 1912	im April 1911
Weizen	21,96 M.	20,79	18,96
Gerste	20,25 M.	20,08	16,54
Roggen	18,82 M.	18,19	14,40
Hafer	20,34 M.	19,87	16,57

Im Verhältnis zum April 1911 ist der Preis von Weizen um 3,00 M., von Gerste um 3,71 M., von Hafer um 3,77 M. und von Roggen sogar um 4,42 M. gestiegen. Trotz alledem werden die Zollschranken für Lebensmittel nicht gemindert! Möge das minderbemittelte deutsche Volk auch Hunger leiden, die Hauptsache ist, daß der agrarische Geldbeutel nicht geschmälert wird.

Leidig und Bassermann. In dem Wilmersdorfer Professor Leidig verkörpert sich die scharfmacherische Richtung in der nationalliberale Parteien. Leidig und die westfälischen und schleswig-holsteinischen Nationalliberalen sind eins, und wenn irgendwo in der nationalliberalen Partei ein reaktionärer Vorstoß gemacht wurde, da war immer auch Professor Leidig dabei. Jetzt hat bei den Delegiertenwahlen für den nationalliberalen Parteitag Professor Leidig eine kräftige Niederlage gegen Bassermann erlitten. Nicht nur, daß die Liste der Bassermann freundlichen Delegierten gegen die Leidigsche Liste mit zwei Drittel Mehrheit durchdrang, Herr Leidig mußte sich auch noch gefallen lassen, daß die Delegiertenversammlung ein ausdrückliches Vertrauensvotum für Bassermann beschloß. Herr Leidig hatte sich gegen dieses Vertrauensvotum mit aller Energie gewährt und gedroht, wenn es doch beschlossen werden solle, würde er den Vorsitz in der Wahlkreisorganisation Teltow-Beeskow niederlegen. Er erreichte damit das Gegenteil dessen, was er beabsichtigte: Die Delegiertenversammlung wandte sich sehr energisch gegen solche Majorisierungsversuche durch den Vorsitzenden, beschloß das Vertrauensvotum und Herr Leidig legte den Vorsitz nieder und verließ mit seiner Gefolgschaft die Versammlung.

Ein Zensurstreich der Post. In Wetzlar (Rheinland) wurde dem Absender einer Ansichtskarte diese wieder zurückgegeben mit dem Vermerk: „Unzulässig, zurück!" Weshalb? Die Rückseite trug das bekannte Bild des französischen Künstlers Doré, die Marseillaise. Es ist das die Nachbildung eines hervorragenden Kunstwerkes, und hunderttausende dieser Karten sind schon in allen Kulturländern durch die Post verbreitet worden, ohne daß der Staat dadurch zugrunde gegangen ist. Die Post sollte sich hüten, nach den Mustern der preußischen Polizei mancher Städte die Zensur zu üben; sie hat nicht das Recht, Postsachen von der Beförderung auszuschließen, sofern es sich nicht um pornographische Zeichnungen handelt; vor allem aber hat sie die Hand von Kunstwerken zu lassen, wie die Marseillaise von Doré eins ist.

Die Wahlrechtsreform in Braunschweig verschoben. In der Mittwoch-Sitzung des Landtags wurde der Antrag der Kommission, in eine zweite Lesung über die Wahlrechtsvorlage nicht einzugehen, angenommen. Die Regierung erklärte hierauf bis auf weiteres die Vertagung des Landtags. Inzwischen will die Regierung neues Material für eine neue Wahlrechtsvorlage sammeln.

Kleine politische Nachrichten. Nach einer längeren Rede des Ministerpräsidenten Lukacs vertagte sich das ungarische Abgeordnetenhaus auf unbestimmte Zeit, um der Regierung Gelegenheit zu geben, mit der Justhpartei eine Einigung herbeizuführen. — Wie aus Torreon (Mexiko) telegraphiert wird, hat General Aubert glaubwürdigen Nachrichten zufolge die Aufständischen bei Canon de Carmen geschlagen. Etwa hundert sollen getötet oder verwundet worden sein. — In Minersville (Pennsylvanien) wurden bei einem Zusammenstoß zwischen Polizei und etwa 3000 Menschen vier Personen getötet und zahlreiche andere verletzt. — In der amerikanischen Konservenindustrie droht abermals ein Skandal auszubrechen. Auf Verlangen des Senators hat das parlamentarische Komitee von neuem eine Untersuchung gegen die Konservenfabrikanten eingeleitet. Senator Nelson richtet ähnliche Angriffe wie seinerzeit Upton Sinclair gegen diese Industrie und behauptet u. a., daß trotz aller Angriffe die Konservenindustriellen fortfahren, wiederum schlechtes Fleisch in den von ihnen hergestellten Konserven zu verarbeiten.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Streikkämpfe.

Die Neue Freie Presse meldet aus Pola: Infolge der Aussperrung der Straßenbahnangestellten wegen Teilnahme an der Maifeier droht hier der Generalstreik. Heute abend wurde eine Versammlung von Arbeitern vor dem Arbeiterhause aufgelöst. Ein Teil der Arbeiter drang in das Arbeiterhaus ein, nachdem er den Polizeikordon durchbrochen hatte. Die Polizei drang nach. Sowohl innerhalb wie außerhalb des Hauses kam es zu schweren Zusammenstößen, wobei mehrere Personen, darunter auch zwei Schutzleute, verwundet wurden. Etwa 30 Personen wurden verhaftet.

Türkei.

Bombenattentate.

Konstantinopel, 8. Mai. Die Behörden von Ochrida haben die Pforte davon verständigt, daß bulgarische Komitatschis unter eine Eisenbahnbrücke der Strecke Ochrida—Monastir Dynamit gelegt hätten mit der Absicht, die Brücke in dem Augenblicke in die Luft zu sprengen, wo die Reformkommission unter Führung des Ministers des Innern sie passierte. Ein Paket mit Dynamitbomben sei vorgefunden und 8 Personen verhaftet worden.

Bulgarische Komitatschis brachten an der Bahnbrücke der Orientbahn in der Nähe der Station Gewgeli zwei Dynamitbomben zur Explosion, wodurch die Brücke beschädigt wurde.

Rußland.

Petersburg, 8. Mai. Der Reichsrat hat in zweiter Lesung die Arbeitergesetzvorlagen angenommen betreffend die Verpflichtung der Fabrikanten, den Arbeitern ärztliche Hilfe zu gewähren; ferner betreffend obligatorische Unfallversicherung und Gründung von Assekuranz-Gesellschaften aus Arbeitern und Unternehmern. Besondere Lokalkomitees und ein Zentralrat sollen das neue Gesetz kontrollieren.

Die Kadetten, die Sozialisten und die Arbeitsgruppe der Reichsduma beantragen, die Opfer des Gemetzels auf den Lena-Goldfeldern staatlich zu entschädigen.

Verhaftungen.

Moskau, 8. Mai. Beim Versuche, einen Demonstrationszug der streikenden Schneidergesellen zu veranstalten, wurden 15 Demonstranten verhaftet.

China.

Die Kämpfe in Tibet.

In Beantwortung einer Anfrage über die Lage in Tibet erklärte im englischen Unterhaus der Parlamentssekretär im indischen Amt, Montagu, daß nach den letzten aus zuverlässiger Quelle stammenden Meldungen am 28. April in Lhasa der Kampf zwischen Tibetanern und Chinesen noch andauerte. Neunhundert Tibetaner und dreihundert Chinesen seien getötet worden. Dem Vernehmen nach seien tausend Mann chinesischer Truppen von zehntausend Tibetanern und zehntausend Mönchen, die als Freiwillige Dienst taten, umzingelt. Die chinesischen Truppen hätten das Haus des Bruders des Dalai Lama besetzt und seine Frau und seine Kinder verhaftet. Der Tempel in Lhasa, das Serakloster und der Palast des Dalai Lama seien nicht beschädigt, nur einige Gebäude im Süden der Stadt seien eingeäschert worden. Der Taschi Lama solle sich in Khambajeng aufhalten.

Der italienisch-türkische Krieg.

Von der durch die Italiener besetzten Insel Rhodus kommen Meldungen, die einander widersprechen. Die einen berichten eine italienische Niederlage, die anderen (aus Rom) dementieren diese Nachricht. Sicher scheint uns, daß auf der Insel ein Guerillakampf zwischen den türkischen und italienischen Truppen tobt, über dessen Resultate noch nichts Bestimmtes bekannt ist.

Die Telegramme melden über die

Situation auf Rhodus.

Konstantinopel, 8. Mai. Nach einem Telegramm aus Smyrna in das Ministerium des Innern soll auf Rhodus eine größere italienische Truppenabteilung im Kampfe mit der türkischen Besatzung völlig aufgerieben und 1000 Italiener gefangen genommen worden sein.

Rom, 8. Mai. (Meldung der Agenzia Stefani.) Die angebliche Depesche des Gouverneurs von Rhodus, die einen türkischen Sieg und die Gefangennahme von 1000 Italienern meldete, ist unzutreffend.

Konstantinopel, 8. Mai. Offiziellen Depeschen zufolge war es dem Wali von Rhodus nicht möglich, sich den zurückweichenden türkischen Truppen anzuschließen und in den Bergen Zuflucht zu suchen. Die türkischen Truppen führen einen Guerillakrieg und es wird den Italienern schwer fallen, einen entscheidenden Schlag gegen sie auszuführen, da sie mit der Oertlichkeit nicht vertraut sind.

Konstantinopel, 8. Mai. Nachrichten aus Rhodus besagen, daß im Innern der Insel der Kampf fortdauert. Mehrere hiesige Blätter schreiben heute, daß die auf der Insel befindlichen türkischen Truppen sehr wohl in der Lage sind, den Italienern ein Jahr lang Widerstand zu leisten, da sie mit Lebensmitteln und Munition reichlich versehen sind, auch dürfte man türkischerseits auf die Hilfe der griechischen Bevölkerung rechnen.

Der Plan der Italiener, Rhodus zu zernieren und die Garnison zur Uebergabe zu zwingen, ist gescheitert. Die türkischen Truppen konnten sich nach erbittertem Widerstande in eine sichere Position zurückziehen. — Der Kaimakan der Insel Kos meldet, ein italienisches Torpedoboot kreuze in der Umgegend.

Gefangennahme des Walis von Rhodos?

Rom, 8. Mai. Nach einer offiziösen Meldung aus Rhodus hat der Torpedobootszerstörer Ostro im Hafen von Lindos den Wali von Rhodus und zwei seiner Sekretäre, die sich eben anschickten, die Insel zu verlassen, gefangen genommen. Sie werden nach Italien gebracht. Weiter wird gemeldet, daß vier türkische Offiziere und 18 reguläre türkische Soldaten sich bei Rhodus den Italienern ergeben haben.

Neue Aktion der italienischen Kriegsschiffe.

London, 8. Mai. Daily Mail berichtet aus Konstantinopel, daß gestern in der Nähe der Insel Chios 12 italienische Kriegsschiffe gesehen wurden. Man erwarte eine Besetzung der Insel. Gerüchtweise verlautet, daß 16 italienische Kriegsschiffe vor der Insel Lemnos erschienen sind.

Neue Italienerausweisungen aus der Türkei.

Konstantinopel, 8. Mai. Der Ministerrat beschloß, die Italiener aus Vdem ilajet Smyrna auszuweisen und ihnen bis zur Abreise eine vierzehntägige Frist zu gewähren. Schon lange vor diesem Beschlusse haben die Behörden einige hervorragende Italiener ausgewiesen. Eine Depesche des Wali von Smyrna besagt, daß die italienische Flotte sich entfernt habe.

Vom Kriegsschauplatz in Tripolis.

Rom, 8. Mai. Aus Tripolis wird gemeldet, daß über dem türkischen Lager ein lenkbares italienisches Luftschiff erschienen sei und zahlreiche Bomben unter den Feind geschleudert habe, die großen Schaden anrichteten. Ein anderer Luftkreuzer, der sich nach Azizzia wandte, warf gleichfalls 20 Bomben in das türkische Lager, die den Tod vieler türkischer Soldaten herbeiführten.

Tripolis, 8. Mai. Nachrichten aus arabischer Quelle bestätigen die Meldung, die bereits vor einigen Tagen durch die Blätter ging, daß sich im türkischen Lager nunmehr ebenfalls Flugapparate befinden. In einigen Tagen wird man mit deren Montage fertig sein und die Flugzeuge werden ihre ersten Fahrten unternehmen können. Da auch das italienische Lager mit Flugapparaten versehen ist, so wird man die erste Luftschlacht der Welt erwarten können.

Nach einer Meldung aus Benghasi stand eine kürzlich gebildete italienische Eingeborenentruppe gestern früh zum erstenmal im Kampfe. In der Oase Gariaues stieß sie auf versteckt liegende Gruppen von Beduinen und zerstreute sie.

Dresdner Polizeibericht vom 9. Mai.

Der im August v. J. in Breslau aufgetretene Bankräuber, der unter Ueberreichung eines Zettels mit der Aufschrift „Die schwarze Hand" die sofortige Herausgabe von Geld gefordert hat und vor dem seinerzeit gewarnt worden war, ist kürzlich in der Person des Färbers Richard Riggens aus Ryedt bei Düsseldorf festgenommen worden.

Bericht der Landeskriminalpolizei. Anton Nemeth ist im März 1912 auf der Heimreise von Amerika nach Ungarn in Sachsen, wahrscheinlich auf der Station Coswig, unbemerkt aus dem Zuge gestiegen und seitdem verschwunden. Da Nemeth nicht mehr ganz geistesklar war, wird Unglücksfall vermutet. Nemeth hatte Eisenbahnfahrkarte Route Rotterdam—Wien bei sich. Er wird beschrieben: 30 Jahre alt, mittelgroß, schwächlich, braunes Gesicht, schwarze Augen, gute Zähne, schwarzen Schnurrbart, ein wenig beschnitten, auf der linken Seite der Nase die Narbe einer Schnittwunde; Bekleidung: kurzer, grün- und graugestreifter Rock (die Farbe ist auffallender), schwarze Weste, dieser ähnliche Hose, blaues gestreiftes Barchenthemd, schwarzer, weicher Hut, Zugschuhe. Wer irgendwelche Auskunft über den Vermißten geben kann, wolle dies an die Landeskriminalpolizei in Dresden, Schießgasse 7, 1., Zimmer 48, melden.

Wetterbericht von der Wetterschule an der Karolabrücke.

Vom 9. Mai, mittags 12 Uhr.

Barometer 764. Schön Wetter.
Thermometer + 16° R.
Thermometergraph: Min. + 9, Maxim. + 16.
Hygrometer 60 %.
Wasserstand — 166 cm.

Prognose der sächsischen Landeswetterwarte
für den 10. Mai:
Westwinde; wolkig; etwas kälter; zeitweise Regen.

Letzte Telegramme.

Der Leutnant und die vier Mann im preußischen Abgeordnetenhaus.

Berlin, 9. Mai. (Privattelegramm.) Im preußischen Abgeordnetenhause kam es heute bei der Rede des nationalliberalen Abg. Dr. Pfefferer zu schweren Zusammenstößen zwischen dem Präsidenten und unserem Genossen Dr. Borchardt. Der Letztere hielt sich in der Nähe der Rednertribüne auf und machte verschiedene Zwischenrufe. Der Präsident v. Erffa forderte ihn auf, die Zwischenrufe nur von seinem Platze aus zu machen. Genosse Borchardt erwiderte, er werde sich auf seinen Platz begeben, wenn der Präsident so laut spreche, daß es alle auch im Saale hören könnten. Daraufhin machte der Präsident auf den entsprechenden Paragraphen der Geschäftsordnung aufmerksam und forderte den Genossen Borchardt auf, den Verhandlungssaal zu verlassen, weil er von der Sitzung ausgeschlossen sei. Der Genosse Borchardt berief sich auf die Geschäftsordnung und das Strafgesetzbuch, wonach derjenige mit Zuchthaus bestraft wird, der einen Abgeordneten an der Ausübung seiner parlamentarischen Tätigkeit hindert. Auch nach dreimaliger Aufforderung verließ der Genosse Borchardt den Saal nicht. Hierauf wurde der Leutnant hereingerufen, der den Genossen Borchardt aus dem Saale bringen sollte. Auch seiner Aufforderung kam er nicht nach und verwies wiederum auf die Geschäftsordnung. Hierauf kamen auf Veranlassung des Leutnants

vier Schutzleute in den Saal

und Genosse Borchardt wurde gewaltsam hinausgebracht. Der Genosse Hoffmann rief dazwischen: Preußen in der Welt voran!

Nach einigen Minuten betrat Genosse Borchardt wiederum den Sitzungssaal und setzte sich auf seinen Platz. In völliger Ratlosigkeit über den Ausgang der Sache hob der Präsident die Sitzung auf. Nach einer Viertelstunde wurde sie wieder eröffnet. Genosse Borchardt hatte seinen Platz wieder eingenommen. Auf Verlangen und Zurufe der Junker mußte der Präsident v. Erffa den Genossen Borchardt wiederum auffordern, die Sitzung zu verlassen. Er machte wiederum auf die Geschäftsordnung aufmerksam und kam auch der dritten Aufforderung des Präsidenten zum Verlassen des Saales nicht nach. Zum zweiten Male kam daraufhin der Leutnant mit den vier Schutzleuten in den Saal, und wiederum wurde der Genosse Borchardt gewaltsam hinausgebracht.

Gegen den Duellunfug.

Berlin, 9. Mai. In der Budgetkommission des Reichstags wurde heute vom Zentrum folgende Resolution eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler zu ersuchen, alsbald Schritte zu tun, die geeignet sind, die Zweikämpfe zu beseitigen, insbesondere dem Zwange zur Herausforderung zum Zweikampfe und zur Annahme einer solchen entgegenzutreten, vor allem aber schleunigst zu veranlassen, daß die Bestimmungen der Order vom 1. Januar 1897 über die Einschränkung und Vermeidung der Zweikämpfe überall und in allen Teilen zur strengsten Durchführung gelangen, daß namentlich a) Personen von ehrloser Gesinnung für einen Ehrenhandel unter allen Umständen ausscheiden, b) gegen die Beleidiger schleunigst und scharf vorgegangen wird, c) Ehrenhändel erst nach erfolgtem ehrengerichtlichem Verfahren zum Austrage gebracht werden, d) die Ablehnung eines Zweikampfes aus religiös oder sittlich gerechtfertigten Bedenken, ebensowenig wie Streitigkeiten dienstlicher oder privatgeschäftlicher Natur zum Gegenstande eines ehrengerichtlichen Verfahrens gemacht werden.

Die Haltung der Nationalliberalen in Varel-Jever.

Oldenburg, 9. Mai. Die gestrige Vertrauensmännerversammlung der Nationalliberalen im Wahlkreise Varel-Jever hat an dem alten Beschlusse der Stimmenfreigabe festgehalten. Die Aemter Butjadingen, Westerstede, Varel und Elsfleth haben jedoch Protest erhoben und treten für den fortschrittlichen Kandidaten ein.

Metallarbeiterstreik.

Hannover, 9. Mai. Nachdem in einzelnen Betrieben dieser Tage die Metallarbeiter zwecks einer Verkürzung der Arbeitszeit und entsprechender Lohnerhöhung in den Ausstand getreten sind, haben heute früh gemäß eines vorgestern gefaßten Beschlusses etwa 1000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter der Firma Gebrüder Körting gleichfalls die Arbeit niedergelegt. Nur etwa 700 Mann des Gewerkvereins der Fabrik arbeiten weiter.

Der Aufruhr in Marokko.

Paris, 9. Mai. Wie aus Oran gemeldet wird, haben die Beni Uarain ihr Lager in der Nähe von Bujokubat unweit des Punktes aufgeschlagen, wo sie kürzlich einen Angriff auf die Franzosen unternommen hatten. Alle französischen Posten zwischen dem Mulujafluße und der algerischen Grenze sind beträchtlich verstärkt worden, weil man sich darauf gefaßt macht, daß die Beni Uarain, die außerordentlich gut bewaffnet sind und Verstärkungen von den anderen aufständischen Stämmen erhalten dürften, demnächst in großer Anzahl den Mulujafluß zu überschreiten und die französischen Streitkräfte anzugreifen beabsichtigen.

Tanger, 9. Mai. Nachrichten aus Fez bestätigen, daß der Sultan noch immer im Zweifel ist, ob er abreisen soll. Jedenfalls hat er sich entschlossen, bis zur Ankunft des Generals Lianthey in Fez zu bleiben, da man ihm versichert hat, er werde dann sogleich nach Rabat aufbrechen können. In Marrakesch und Umgegend sind Unruhen ausgebrochen. Die Mesluja haben sich empört, den Kaliffen getötet und seine Kasbah geplündert.

Die Dardanellen-Minen.

Konstantinopel, 9. Mai. Wie versichert wird, sind von 60 nach dem Bombardement der Dardanellen gelegten Minen bisher 27 entfernt worden. Die übrigen hofft man in drei bis vier Tagen beseitigen zu können.

Hochwasser.

Innsbruck, 9. Mai. Der Höttinger Bach hat die Innsbrucker Stadtteile Hötting und Mariahilf zum Teil überschwemmt. Militär arbeitet an der Eindämmung des Hochwassers. Der Inn ist seit gestern um 80 Zentimeter gestiegen. Die Ortschaft Kramsach-Acherain ist durch Hochwasser gefährdet. Der Regen dauert fort.

Das heutige Blatt umfaßt 14 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120509/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Zschachwitz – Leuben!

Sonntag den 12. Mai 1912, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof Goldene Krone in Klein-Zschachwitz

Oeffentliche Frauen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Heraus mit dem Frauen-Wahlrecht!

Referent: Landtags-Abgeordneter **Julius Friesdorf**, Dresden.

Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes! Sorgt für massenhaften Besuch dieser Versammlung! Pflicht aller Partei- und Gewerkschaftsgenossen ist es, nicht nur selbst in der Versammlung zu erscheinen, sondern auch vor allen Dingen für guten Besuch derselben zu sorgen!

Oeffentliche politische Versammlung.

Der Einberufer: Paul Stergel, Großluga.

Lößnitz-Ortschaften!

Sonnabend den 11. Mai 1912, abends 9 Uhr

Oeffentliche Versammlung

im Gasthof Heiterer Blick, Niederlößnitz.

Tages-Ordnung:

Das Frauenwahlrecht.

Referentin: Frau **Klara Zetkin, Stuttgart.**

Freie Aussprache.

Frauen und Männer aller Bevölkerungsschichten, erhebt machtvoll eure Stimme, damit auch den Frauen die Gleichberechtigung zuteil wird, die ihnen gebührt. Massenhaftem Besuch sieht entgegen **Der Einberufer.**

Oeffentliche politische Versammlung. Einberufer: Gust. Krumbholz, Naundorf 5. Kötzschenbroda.

Sozialdemokr. Verein für den 6. Kreis

Geschäftsstelle: Dresden-N., Königstraße 4, gegenüber dem „Goldenen Anker". Geöffnet: Wochentags v. 8—1 Uhr und 3—4 Uhr. Montags bis 7 Uhr. Telephon: Amt Dresden Nr. 774.

Gruppe Leutewitz-Briesnitz.

Sonnabend den 11. Mai, abends 8 Uhr im **Gasthof in Omsewitz Mitgliederversammlung.** Tagesordnung: 1. Kreiskonferenzbericht. 2. Vorstandsbericht und Neuwahl des Kreisvertreters. 3. Allgemeines. — In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

Die Ortsverwaltung.

Gruppe Plauen.

Sonnabend den 11. Mai 1912, abends 9 Uhr im **Plauenschen Hof**, Hofmühlenstraße **Mitglieder-Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. **Vortrag** des Genossen Kahmann: **Parlamentarismus und Sozialismus.** 2. Vorstandsbericht. 3. Neuwahl der Vorstandsmitglieder und Stellvertreter. 4. Vereinsangelegenheiten. — Zahlreichen Besuch der Mitglieder erwartet

Die Gruppenverwaltung.

Deutscher

Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Dresden u. U.

Branche d. Elektromonteure u. Helfer!

Sonnabend den 11. Mai, abends 9 Uhr

Branchen-Versammlung

im Restaurant Volkshaus (kleiner Saal), Magstr. 18.

Tages-Ordnung:

1. **Die Entwicklung des Menschen im Lichte d. Darwinismus**
   Referent: Herr Schriftsteller Reinhardt.
2. **Branchenangelegenheiten.**
3. **Verbandsangelegenheiten.**

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Musenhalle

Einziges Varieté- und Volks-Theater des Westens.
Gastspiel der bestrenommierten Theater-Gesellschaft
Müller-Lipart aus Magdeburg.

Ab heute: Ueberall mit großem Beifall aufgenommen!
Der lebende Leichnam. Mit Gesang u. Orchester
Die rote Cilli, zu Ballhaus-Anna. Burleske
und der vorzügliche Soloistenteil.
Kinematograph: Die neuesten Schlager.

Sonntags von 11—1 Uhr im herrlichen Garten **Frühschoppen-Konzert.** Zur Nachmittags-Vorstellung ein Kind in Begleitung der Eltern frei!

Jeden Sonntag und Montag
Im Ballsaal: Beste Ballmusik des Westens!
Montags: Herren 50, Damen 25 Pf.
Die neuesten Walzerschlager.

Bezirk Pieschen

Freitag

Sitzung.

Radeberg!

Herren jedes Berufes, welche Lust und Liebe für angenehmes, frohes Wandern haben, finden jederzeit freundliche Aufnahme im

Touristenklub Berg Heil

Vereinslokal: Restaur. Quelle. Zusammenkunft jeden Donnerstag, abends 8½ Uhr.

Jakob Kranz
Frisch-auf-Schänke
Könneritzstr. 17. Tel. 791
hält sich zur Einkehr best. empf.

E. Schurigs Restaur.

14 Stiftsstraße 14
Grosser Mittagstisch.
Freitag: 707. Schlachtfest
Verkehrs-Lokal der Modellstiefelschlosser.

Restaurant
Zum Vater Jahn

Jahnstrasse 1, Wettinerplatz
hält sich bestens empfohlen.
Vorzügl. Speisen u. Getränke.
Vereinszimmer zur gefl. Benutzung.
Franz Reinhardt und Frau
(früher in Striesch).

Porstmanns
Café Trachenberge
Grimmaer Str. Ecke Döbelner Str.
hält sich zur Einkehr empfohlen.

Rest. Kielmansegg, Tharandter Strasse 84
Inhaber: E. Günzel
empfiehlt seine Lokalitäten einer geneigten Beachtung. Bürgerlicher billiger Mittagstisch.

Rest. Reisewitzer Park

Tharandter Strasse — Inh. P. Babisch
empf. seine Lokalitäten einer geneigt. Beachtung. Vorzügl. Mittagstisch.

Görickes Restaur.
Ulsdruffer Vorstadt
Freiberger Straße 9.
Jede Einkehrende. Vereinszimmer.

Restaurant
Zum deutschen Zecher

Dresden-A., Wettinerstraße 47
Inh.: Herm. Baumnitz, Tel. 11778
hält seine freundlichen Lokalitäten nebst Vereinszimmer (f. 50 Pers.) bestens empfohlen.
Vorzügl. Speisen. Erstklass. Biere.

Herren-Wäsche

Krawatten, Blaue Anzüge
kauft man am billigsten bei:
E. Köhler, Am See 13.

Schweizerhof

Dresden, Rampischestrasse 8.
Vollständig renoviert!
Neue Bewirtung. Hochf. Biere.
Billige u. saubere Uebernachtung.
Vereinszimmer frei.
Besitzer: **Otto Schenk.**

Damen

und Herren kaufen Wäsche, Kleiderstoffe, Gardinen, Vitragen, Portieren, Federn usw.

Garderobe usw.

— da auch bei —

Anfertigung nach Maß

Teilzahlung
gern gestattet — in dem christlichen Versandgeschäft von

H. Looß

Liliengasse 13¹, Nähe Annenkirche
Telephon 18912.

Meine Uhr geht nicht mehr! Wo soll ich sie hinschaffen? Zu

H. Lorenz

jetzt Frauenstraße 1
Ecke Schöffergasse
wo man alle Uhren gut und billig repariert. Preisangabe sofort.
Neue Uhren billigst.
Trauringe in grosser Auswahl

Feinste Tafelbutter

Pfund 125 Pf.

Frische Eier

Stück 5 Pf., Mandel 75 Pf.

Kräft. Landbrot

Stück 40 Pf., 3 Stück 115 Pf.

Neustädter Butterhaus

2 Oppellstraße 2.

Kluge Frauen

„Frauenlee", Paket 75 Pf.
Mutterspritzen, Spülkannen
Monats-Gürtel, Leib-Binden
sowie alle

Frauen-Artikel

Nur bessere Ware!

R. Freisleben

Postplatz.
Man achte auf Firma.

Achtung! Erfinder!

Für größere industrielle Unternehmungen werden **Erfindungen und Ideen zu kaufen gesucht,** für welche bis 10 000 M. u. mehr bezahlt werden. Offerten unter **T. 339** an **Haasenstein & Vogler, A.-G., Mannheim.**

Hühner

gute Eierleger. Stück M. 2.10, zu verk. **Neumann,** Butzenstr. 66.

Allgem. Mietbewohnerverein Dresden.

In der Gesamtvorstandssitzung vom 10. April 1912 ist Herr Oberpostassistent J. Herrmann, hier, zum Vorsitzenden und Herr Kaufmann L. Schatz, hier, zu dessen Stellvertreter, gewählt worden.

Sonnabend den 11. Mai, abends 8½ Uhr

Mitglieder-Versammlung

in Meinholds Sälen, Moritzstraße.

Tages-Ordnung:

1. Vorführung der Gaskochapparate der Sanogres-Gesellschaft: Das Kochen und Braten in der Papiertüte. 2. Bewilligung von Mitteln für Schwemmkanalisation im Grundstück Marschallstraße 29. 3. Unser Jahresprogramm. 4. Sonstiges.

Wir bitten unsere Mitglieder, **besonders die Frauen,** recht zahlreich der überaus interessanten Versammlung beizuwohnen. Anschließend Verteilung von **Kostproben!**

Mittwoch den 15. Mai 1912, nachmittags 4 Uhr

Besichtigung der Felsenkeller-Brauerei

mit anschließendem **geselligen Beisammensein** und **Tanz** im Felsenkeller-Restaurant.

Treffpunkt Felsenkeller-Restaurant, nachmittags 3½ Uhr.

Wir bitten, auch dieser Einladung zahlreich nachzukommen.

Der Vorstand. F. Herrmann.

Radrennen zu Dresden

Sonntag den 12. Mai, nachmittags 3½ Uhr
auf der Radrennbahn hinter dem Grossen Garten
Direkte Strassenbahnverbindung: **Linie 12.**

Grosser Mai-Preis

Stundenrennen mit Motorführung für Extra- und A-Klasse.
5 Preise à 1500, 1200, 1000, 800, 600 M.

Theile-Erinnerungsfahren über 15 km, 4 Preise zus. 1400 M.

Es starten:
Collins und **Walthour,** Amerikaner
Saldow, Demke und **Thomas,** Deutsche

Ausserdem **Grosse Berufsfahrer-Flieger**rennen mit erstklassiger Besetzung (Henri Mayer, Schilling, Peter, Neumer, Techmer, Tadewald usw.) — Preise der Plätze wie üblich.

Welt-Etablissement „Zum Steiger"

Niederpesterwitz-Potschappel.

Voranzeige!

Sonnabend den 11. Mai: **Großer öffentlicher Ball** des **Schießklubs z. Potschappel.** Jeder gebe auf die Hauptannonce Obacht.

Gasthof Gittersee.

Freitag den 10. Mai 1912

Auftreten von Oskar Junghähnels berühmt. hum. Sängern

Neues, noch nie gehörtes Weltstadt-Programm.

12 Herren! Neue erstklassige jugendliche Kräfte. Anfang 8½ Uhr. Billette im Vorverkauf 50 Pf., an der Kasse 60 Pf., reservierter Platz 80 Pf., an der Kasse 1 M.

Um gütigen Zuspruch bitten **O. Junghähnel** und **M. Balke.**

Restaur. Micktener Baubörse.

Mickten, Homilinsstraße 1. Ecke Teachaner Straße
empf. seine schönen freundl. Lokalitäten. 80 Pers. fass. Vereinszimmer. Asphalt-Kegelbahn. Forellen aus Hetzdorf in bekannter Güte. **A. verw. Höser.**

Kino Leuben

Täglich, außer Dienstags, geöffnet.

Mittwoch u. Sonnabend Programmwechsel.

Um recht zahlreichen Besuch bittet **Die Direktion.**

Wir suchen zu **sofortigem Eintritt** und für **dauernde Beschäftigung**

tüchtige Monteure

für **allgemeinen Maschinenbau** und solche, die in **Mälzerei-Einrichtungen** und **Transportanlagen** gute Erfahrungen haben. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften unter **T. S. Erfurt** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Karl Zimmolde, Dresden.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Reinhold Sichler, Dresden.
Druck und Verlag: Liebers & Romm, Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120509/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 106. | Dresden, Donnerstag den 9. Mai 1912. | 23. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Konservative Obstruktion in der Zweiten Kammer.

Im Landtage verursachten am Mittwoch zwei Punkte der Tagesordnung abermals eine Dauersitzung, die sich von nachmittags 5 Uhr bis nachts 10½ Uhr ausdehnte, nachdem zuvor Deputationssitzungen den Abgeordneten Gelegenheit zu ausdauernder Arbeit gegeben hatten. Der Etat der Forsten gab dem Genossen Uhlig Gelegenheit, die Löhne der Waldarbeiter einer Betrachtung zu unterziehen, die zeigte, daß Aufbesserungen dringend nötig sind. Die bürgerlichen Redner bemühten sich besonders um die Forstbeamten, die Konservativen um die Oberförster.

Weit längere Zeit verursachte das Kapitel direkte Staatssteuern. Wie wir bereits mitgeteilt haben, handelte es sich dabei auch um einen sozialdemokratischen Antrag, die Einkommen von 600 M. an steuerfrei zu lassen, der in der Deputation eine Mehrheit gefunden hatte und im Plenum vom Genossen Fleißner nochmals befürwortet wurde. Dann aber brachten bürgerliche Redner allerhand Steuerschmerzen vor. Der Fabrikant Merkel glaubte, daß die Fabrikantenwelt durch ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts zu hart zur Steuer herangezogen worden sei. Er hielt es für nötig, das Urteil samt der langen Begründung zu verlesen und Gegenstücke aus Entscheidungen preußischer Behörden vorzutragen. Dazu brauchte er reichlich eine Stunde. Man sieht, die bürgerlichen Vertreter fragen nicht nach der Zeit, wenn es sich um ihre Interessen handelt. Andere bürgerliche Redner bemühten sich, Merkel nachzueifern. In dieser ausgedehnten Debatte wandte sich der Finanzminister gegen den Beschluß auf Herabsetzung der untersten Steuerklassen, ebenso die konservativen Redner. Es wurden wieder die alten Argumente angeführt; die kleinen Einkommen hätten nur ledige Dienstboten und andere jungen Leute, die gar nicht von den geringen Steuern bedrückt würden. Vor allem erklärte die Regierung, sie könne nicht zustimmen, daß die Landtagswähler, die durch den Wegfall der untersten Steuerklassen steuerfrei würden, das Wahlrecht behalten sollten.

Bei der langen Debatte hatten sich die Sitze der Nationalliberalen und Konservativen beträchtlich geleert, während die Sozialdemokraten und Freisinnigen fast vollzählig vertreten waren. Unter solchen Umständen wären die Anträge auf Fort[illegible] all der untersten Steuerklassen sicher mit großer Mehrheit angenommen worden. Das aber wollten die Nationalliberalen, die sich anscheinend wieder in Gegner dieser Steuerreform verwandelt haben, verhüten. Deshalb stellte der Abg. Nitzschke den Antrag, die Abstimmung zu vertagen, um, wie er sagte, eine Gelegenheitsmehrheit zu verhüten. Für den Fall, daß die Vertagung abgelehnt werde, drohte er damit, die Beschlußfähigkeit des Hauses anzuzweifeln. In Eile überzählte die Linke die Anwesenden; es ergab sich eine Präsenzziffer von 50 Mann. Das Haus war also beschlußfähig. Inzwischen aber verließen, nur zu dem Zwecke, die Beschlußunfähigkeit künstlich herzustellen und die Verhandlungen lahm zu legen, die Abgg. Schmidt, Dr. Böhme und Dr. Mangler den Saal. So kam es, daß die Auszählung nur die Anwesenheit von 42 Abgeordneten feststellte, das Haus war also nicht beschlußfähig. Diese Vorgänge waren von lebhaften Zwischenrufen und heftigen Auftritten zwischen der Rechten und der Linken begleitet. Der Nationalliberale Nitzschke regte sich über die von sozialdemokratischer Seite gemachten Vorwürfe gewaltig auf und schimpfte schließlich wie ein Rohrspatz. Der Namensaufruf der fehlenden Konservativen wurde mit allerhand spitzen und witzigen Bemerkungen begleitet: „Der hat sich gedrückt", „ist ausgerückt", „abkommandiert", bei dem Abg. Böhme wurde gerufen: „steht Schmiere", Mangler, der wütende Bekämpfer des Koalitionsrechtes, wurde zum „Streikposten". Auch die Gegenseite suchte mit Zwischenrufen aufzuwarten. Die Rechte hat durch diese Obstruktion erreicht, daß die Verhandlungen nachts 10½ Uhr abgebrochen werden mußten. Dadurch erreichte sie gleichzeitig die Absetzung der Beratung über die sozialdemokratische Interpellation wegen der Wohnungsnot. Das war wohl auch die Nebenabsicht der Obstruktionsmacher. Sie gaben sich der Hoffnung hin, die Interpellation auf diese Weise überhaupt los zu werden. Hoffentlich haben sie sich getäuscht. Wenn das Präsidium den guten Willen dazu hat, würde sie noch vor Pfingsten zur Beratung gestellt werden können.

Unter erregten Auseinandersetzungen gingen die Abgeordneten schließlich auseinander. Die Konservativen konnten sich rühmen, den Landtag durch Obstruktion verhandlungsunfähig gemacht zu haben. Das ist auch ein Erfolg, der ihnen aber wohl in der Zukunft wenig Freude bereiten wird.

In der Schulgesetzdeputation

stand am Mittwoch ein nationalliberaler Antrag auf der Tagesordnung, daß in Schulfragen Reformierte und Evangelisch-Lutherische einander gleich geachtet und behandelt werden sollen. Die Debatte darüber zeigte deutlich, wie zweckwidrig und die Schule in ihren Aufgaben schädigend es überhaupt ist, die Schule nach Konfessions- und Kirchenrücksichten zu behandeln und einzurichten. Der Antrag wurde schließlich gegen die Stimmen der Konservativen angenommen mit dem Zusatze, daß reformierte Lehrer Religionsunterricht nur an reformierte Kinder erteilen sollen.

Die weiteren Verhandlungen betrafen die Zuständigkeit des Schulvorstandes, die § 48 regelt. Die Zuständigkeit betrifft naturgemäß im wesentlichen die Schulverwaltung. Eine Bestimmung, daß der Schulvorstand das Verhalten und die Amtsführung der Lehrer überwachen soll, wurde gestrichen. Bei der Zugehörigkeit des Geistlichen zum Schulvorstande würde sie je nach Umständen nur die geistliche Schulaufsicht durch die Hintertür wieder hereingebracht haben. Ein sozialdemokratischer Antrag, das Aufsichtsrecht des Schulvorstandes auf alle Kindergärten, Kinderbewahranstalten, Arbeitsschulen usw. zu erstrecken, wurde abgelehnt. Angenommen wurde die Regierungsvorlage, nach der diese Aufsicht nur stattfindet, wenn solche Anstalten ganz oder teilweise aus Mitteln der Gemeinde gegründet oder unterhalten werden. Der Berichterstatter hatte beantragt, daß dem Schulvorstande alle die Erziehung betreffenden Gemeindeaufgaben (also auch Fürsorgeerziehung, Waisen- und Jugendpflege usw.) unterstehen sollen, ließ den Antrag aber nunmehr fallen.

Ein Antrag des Berichterstatters, daß durch die Ortsschulordnung bestimmt werden kann, daß der Unterricht an einigen der letzten Tage jedes Halbjahres öffentlich stattfindet, wurde angenommen.

Von Interesse ist auch § 45, der das Verhältnis der Lehrer zum Kirchendienste regelt. Die Regierungsvorlage wurde, wie wir unseren früheren Berichten nachtragen, von der Deputation gegen den Willen der Regierung und die Stimmen der Konservativen mehrfach wesentlich geändert. Es wurde folgende Fassung beschlossen: „Bei Neubesetzung von Kirchschulstellen ist das Kirchenamt vom Schulamte zu lösen. Der Lehrer ist berechtigt, den musikalischen Kirchendienst als Nebenamt zu übernehmen. Niedere Kirchendienste, die von jeder nicht besonders vorgebildeten Person verrichtet werden können, dürfen dem Lehrer nicht angesonnen werden. Uebernimmt er sie freiwillig, so ist ihm eine angemessene Entschädigung zu gewähren. Soweit er solche übernommen hat, ist er berechtigt, sie gegen Verzicht auf den entsprechenden Teil des kirchendienstlichen Einkommens abzulehnen oder abzugeben." Die Bestimmung der Vorlage, daß der Lehrer während der Ferien um Urlaub nachsuchen soll, soweit Kirchendienste in Frage kommen, wurde gestrichen.

Um die Bezirksvertretung.

In der Rechenschaftsdeputation der Zweiten Kammer wird jetzt über den Gesetzentwurf über eine Aenderung der Bezirksverbände verhandelt. In der Beratung ist von den Vertretern der Linken das Hauptgewicht darauf gelegt worden, eine andere Zusammensetzung der Bezirksversammlungen zu erlangen. Es wurde auch ein Antrag Kleinhempel angenommen. Danach sollte die Bezirksversammlung aus dem Amtshauptmann und 30 gewählten Abgeordneten bei einer Einwohnerzahl bis zu 100 000, 39 bei 100 000 bis 150 000 Einwohnern und 48 bei mehr als 150 000 Einwohnern des Bezirks bestehen. Von den Abgeordneten sollen bei einer Gesamtzahl von 30 resp. 39 resp. 48 Abgeordneten 10 resp. 13 resp. 16 Abgeordnete der Gemeinden, 4 resp. 5 resp. 6 Abgeordnete der Höchstbesteuerten, je 3 resp. 4 resp. 5 Abgeordnete der Handelskammern und der Gewerbekammern, 3 resp. 4 resp. 5 Abgeordnete des Landeskulturrats, 3 resp. 4 resp. 5 Abgeordnete der krankenversicherungspflichtigen Arbeiter und 4 resp. 5 resp. 6 freizuwählende Abgeordnete sein.

Die Regierung hat dagegen allerhand Einwendungen erhoben und im wesentlichen einen ablehnenden Standpunkt eingenommen. Erhebungen sollen ergeben haben, daß eine solche Vertretung unzweckmäßig wäre. Daher unterbreitete das Ministerium des Innern der Deputation neue Vorschläge. Danach sollen die Bezirksversammlungen aus mindestens 32 gewählten Mitgliedern bestehen. Ueberreicht die Einwohnerzahl eines Bezirks die 100 000, dann soll die Versammlung aus 40, und bei mehr als 150 000 Einwohnern aus 48 gewählten Mitgliedern bestehen. Die Bezirksversammlungen, die aus 32 Mitgliedern bestehen, sollen zusammengesetzt sein aus 4 Vertretern der Höchstbesteuerten, 12 Abgeordneten der Gemeinden, je 2 Vertretern der Urwähler bei den Wahlen zur Handelskammer, zur Gewerbekammer und zum Landeskulturrate, aus 2 Vertretern der Arbeiter und aus freier Wahl 8 weiterer Mitglieder. Besteht die Bezirksversammlung aus 40 Mitgliedern, dann sollen die Höchstbesteuerten auch 4, die Gemeinden 15, die Urwähler zur Handelskammer, zur Gewerbekammer und zum Landeskulturrate sowie die Arbeiter je 3 stellen und 8 Mitglieder in freier Wahl gewählt werden. Besteht die Bezirksversammlung aus 48 Vertretern, dann sollen die Höchstbesteuerten 6, die Gemeinden 18, die Urwähler zur Handels- und Gewerbekammer, zum Landeskulturrate sowie die Arbeiter je 4 Mitglieder wählen und schließlich ebenfalls 8 Mitglieder in freier Wahl gewählt werden.

Der Abgeordnete Kleinhempel hat seinen Antrag darauf dahin abgeändert, daß er statt Handels- und Gewerbekammer und Landeskulturrat ebenfalls die Urwähler zu diesen Körperschaften als Wähler der betreffenden Gruppen eingesetzt, im übrigen aber es bei seinem Antrage belassen hat. Eine endgültige Entschließung hat die Deputation noch nicht gefaßt, doch wird voraussichtlich der Antrag Kleinhempel eine Mehrheit finden.

Neue landesgesetzliche Bestimmungen über den Verkauf von Milch?

Die Erste Kammer hatte sich am Mittwoch mit einer Petition des Verbandes mitteldeutscher Milchhändlervereine zu Dresden zu beschäftigen, in der um Einführung einer allgemeinen sächsischen Verordnung über den Verkauf von Milch gebeten wird. In der Eingabe wird darauf hingewiesen, daß gegenwärtig in den einzelnen Städten des Landes ganz verschiedene Milchregulative bestehen, deren Bestimmungen sich zum Teil direkt widersprächen und nicht zu erfüllen seien. Der Mindestfettgehalt der Milch schwanke zwischen 2,7 und 3,2 Prozent. Das Ministerium des Innern hat das Landesmedizinalkollegium, die Kommission für das Veterinärwesen, den Landeskulturrat usw. gehört und hat sich schließlich mit Rücksicht darauf, daß zurzeit Verhandlungen wegen Schaffung eines Reichsmilchgesetzes schweben, dahin schlüssig gemacht, eine abwartende Haltung einzunehmen. Dabei ist die Regierung auch stehen geblieben, obgleich neuerdings die Verhandlungen wegen Schaffung eines Reichsmilchgesetzes wieder ins Stocken geraten sind. Die Erste Kammer hat den Entschluß der Regierung gebilligt und deshalb nach dem Antrage der Deputation beschlossen, die Petition auf sich beruhen zu lassen.

Freie Eisenbahnfahrt für Soldaten.

Die zweite Deputation der Ersten Kammer beantragt zu dem Antrag des Abg. Singer und Genossen auf Bewilligung von Mitteln zur freien Eisenbahnfahrt an die im Reichslande dienenden Soldaten bei Urlaubsreisen in ihre sächsische Heimat, die Kammer wolle beschließen: 1. den Antrag des Abg. Singer und Genossen, abweichend von dem Beschlusse der Zweiten Kammer, abzulehnen; 2. die Staatsregierung zu ersuchen, im Bundesrate dahin zu wirken, daß allen Mannschaften des Heeres und der Marine bei Heimatsurlaub einmal im Jahre freie Hin- und Rückfahrt auf der Eisenbahn zwischen Garnisonort und Heimatsort gewährt werde; 3. die Zweite Kammer um Beitritt zu diesem Beschlusse zu ersuchen. — Der Antrag Singer und Genossen lautete: Die Staatsregierung zu ersuchen, im Staatshaushaltetat Mittel einzustellen, damit den aus Sachsen nach dem Reichslande zur aktiven Militärdienstleistung einberufenen Mannschaften alljährlich freie Hin- und Rückfahrt zu einem Besuche ihrer sächsischen Heimat gewährt werden kann.

M. Chemnitz. Wegen sechs Birnen vor dem Schwurgericht! Das klingt unglaublich, wurde aber doch zur Tatsache. Folgender Tatbestand lag einer Anklage wegen räuberischen Diebstahls zugrunde, die sich gegen den 20 Jahre alten Handarbeiter Hermann Richter aus Pethau bei Zittau richtete. Am 16. August war dieser mit zwei Wanderkollegen von Dresden nach Chemnitz unterwegs. In Falkenau bei Flöha hatte R. einen an der Straße stehenden Birnbaum geschüttelt. Sechs Früchte waren herabgefallen. Eine davon verzehrte er sofort, die anderen steckte er ein. Diesen Vorgang hatte der Obstpächter H. beobachtet und war R. nachgelaufen, um ihn zur Rede zu stellen und die Birnen zurückzufordern. Während die Kollegen des R. davonliefen, entspann sich zwischen diesem und dem Obstpächter ein Wortwechsel. R. gab die Birnen nicht heraus und hinderte H., sie ihm abzunehmen, indem er die Taschen zuhielt und Drohungen ausstieß. Als der Straßenwärter G. dazukam, kündigte dieser dem R. die Arretur an. Dieser aber widersetzte sich R., indem er sich einstemmte und um sich schlug. Erst als der Schutzmann kam, ging R. ruhig mit nach dem Gemeindeamte. Mit dieser Sache hatte sich zunächst das Schöffengericht Augustusburg beschäftigt. Dieses hatte sich aber nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme für unzuständig erklärt, weil nach seiner Annahme ein Delikt nach § 252 des Reichsstrafgesetzbuchs vorliege, dafür aber nur das Schwurgericht zuständig sei. Nun stand R. vor dem Chemnitzer Schwurgericht. Er bestritt, sich widersetzt zu haben, um die Birnen zu behalten; er habe sich nur gewehrt, um seine Arretur zu hindern, zu der er den Straßenwärter nicht berechtigt gehalten habe. Den Obstdiebstahl habe er aus Hunger begangen. Die Geschworenen konnten sich nicht davon überzeugen, daß räuberischer Diebstahl vorliege; sie verneinten die entsprechende Schuldfrage. Richter wurde nur des Widerstands gegen die Staatsgewalt und des Vergehens gegen das Forst- und Feldschutzgesetz schuldig gesprochen. Das Gericht erkannte auf 3 Monate Gefängnis wegen des Widerstands und auf 2 Tage Haft wegen des Vergehens. Beide Strafen wurden als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet, der Haftbefehl aufgehoben und R. entlassen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In Rochlitz ist eine Baugenossenschaft Rochlitz, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, errichtet worden, deren Zweck ist, Grundstücke zu erwerben und durch Erbauung gesunder und alle Wohlfahrtseinrichtungen enthaltender Wohnhäuser kleine und mittlere Wohnungen zu beschaffen, die preiswert an die Mitglieder der Genossenschaft zu vermieten sind. — Bei einem Umbau im Geschäftshause einer großen Konfektionsfirma in Zwickau wurden, in die Erde vergraben, mehrere hundert sächsische Silbermünzen verschiedenen Wertes und Gepräges aus der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, vornehmlich aus der Zeit des Siebenjährigen Krieges, gefunden. Die Münzen sind durchweg gut erhalten. — Die Automobilverbindung vom Vogtlande nach Johanngeorgenstadt soll über Platten-Gottesgab nach dem Fichtel- und Keilberg und über Oberwiesenthal nach Weipert fortgeführt werden. Die von Breitenbach nach Platten führende Straße muß allerdings erst verbreitert werden. Am 10. Mai findet in der „Dreckschänke" eine Besprechung der Interessenten statt unter Leitung eines Ministerialrates aus Prag.

Stadt-Chronik.

Wohnungsfürsorge im Heimatschutz.

Anschließend an die Hauptversammlung des Vereins Sächsischer Heimatschutz sprach gestern im Künstlerhause darüber Prof. Dr. Wuttke. Der Redner bemerkte einleitend, daß zwei Interessengruppen sich in der Wohnungsfrage gegenüberstehen. Die Mieter klagen über ungenügende Wohnungen, die Hausbesitzer über schlechte Rentabilität der Häuser. (?) Das zeige, daß man gegenwärtig vor einem außerordentlichen Zustand auf dem Gebiete der Wohnungsfrage stehe. Der Redner sucht die Frage zu beantworten, welche Rolle der Hausbau innerhalb der allgemeinen Warenproduktion spiele. Zunächst komme in Frage, daß zum Hausbau viel Kapital gehöre. Die Ware Haus sei abhängig im Preis vom Grund- und Bodenwert. In England sei es darum besser mit dem Hausbau, weil dieser dort vom Grund- und Bodenwert unabhängig erscheine. Bei uns leide die Frage daran, daß der Kapitalist das Risiko auf den Bauunternehmer abwälze. Ferner müsse das Haus, sobald es fertig sei, eine Steuer tragen. Die Ware Haus sei also sofort besteuert. Weiter sei ein Mangel, daß die Arbeiter nicht als Käufer von Häusern in Frage kommen, obwohl sie ja ihrer Zahl nach als Hauptkonsumenten gelten sollten. Trotzdem würden die Arbeiter schwer geschädigt, wenn sie an den Besitz eines Hauses gebunden würden, weil ihnen dadurch die Bewegungsfreiheit genommen würde. Auch der Mittelstand fahre unter den heutigen Verhältnissen besser, wenn er nicht das ganze Haus kaufe, sondern nur Teile von Hypotheken darauf stehen habe. Sowohl beim Hausbau wie beim Hausbesitz werde heute fremdes Kapital gebraucht. Der Redner schätzte das Kapital, das in Hypotheken in Deutschland auf den Häusern ruht, auf 40 Milliarden Mark. Diese Kapitalskreise haben an der besseren Gestaltung der Wohnungen lediglich ein kapitalistisches Interesse. So gehe privatkapitalistisches und soziales Interesse durcheinander. Das Verhältnis zwischen beiden sei nicht geklärt. Es herrsche allgemeine Wirrnis auf diesem Gebiete. Aber die wichtige Wohnungsfrage erfordere im Kulturinteresse die größte Aufmerksamkeit und Klärung. Die Art der Wohnung sei von größtem Einfluß auf ihre Bewohner. In „Steinhaufen" gehe dem Menschen der natürliche Zusammenhang mit der Natur verloren. Die sittliche Hebung des Volkes sei nur möglich, wenn die Wohnungen gesünder und besser werden. Die Frage müsse deshalb von allen Seiten angefaßt werden. Ihre Lösung hafte auf allen Gebieten. In Sachsen hätten sich die Wohnungsverhältnisse im Laufe der letzten Jahre ganz bedeutend verschlechtert. Sachsen sei bereits ein Stadt-Staat. Während Lübeck z. B. nur 9 Bewohner auf ein Haus habe, sind es in Sachsen 13. Die Erscheinungen, die zu solcher Wohndichtigkeit führen, lassen sich aber nicht aufhalten. Man könne nur ihre unsozialen Wirkungen aufheben. Zu diesem Zwecke sei die Zentralstelle für Wohnungsfürsorge geschaffen. Jeder müsse hier mitarbeiten, wenn das sächsische Volk kulturell mit anderen Völkern auf gleicher Stufe bleiben wolle.

Neues hat der Herr Professor ja nicht gerade gesagt. Der Schwerpunkt seiner Ausführungen liegt im Kritischen. Vor positiveren Maßregeln zur Bekämpfung des Wohnungselends schreckt er offenbar zurück. Mit Zentralstellen allein ist es nicht getan.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120509/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Schwindler

treiben seit längerer Zeit in den Verhandlungssälen des Landgerichts am Münchner Platz ihr Unwesen. Sie setzen sich in Abwesenheit der Gerichtsberichterstatter der hiesigen Zeitungen auf die für diese bestimmten Plätze und geben sich so den Anschein von Pressevertretern. Es passiert alle Tage, daß sich Angeklagte oder deren Angehörige an die Pressevertreter mit der Bitte wenden, ihre Sache nicht in die Zeitungen zu bringen. Die Gerichtsberichterstatter verfahren in der Regel so, daß sie die Leute an die Redaktionen ihrer Zeitungen verweisen, außer in den Fällen, wo die Verhandlung absolut kein allgemeines Interesse beansprucht und so wie so nicht publiziert würde. Die Leute werden dann in diesem Sinne beschieden. Es kommt nun leider häufig vor, daß manche dieser Leute, die an die Redaktionen verwiesen werden, den Berichterstatter bestechen wollen, und vielfach hält es schwer, diesen Personen das Entehrende ihrer Zumutung zum Bewußtsein zu bringen. Diese bedauerlichen Verhältnisse nutzen eine ganze Anzahl von Schwindlern zu ihrem Vorteil aus. Es wird stets in mehreren Sälen zugleich verhandelt. Die Gerichtsberichterstatter können natürlich nicht in allen Sälen zugleich sein. Es ist daher kein Wunder, wenn die unlautern Elemente leichtes Spiel haben und oft als vermeintliche Pressevertreter mit Bitten um Weglassung ihres Falles angegangen werden. Wie in mehreren Fällen bekannt geworden ist, versprechen sie dies und lassen sich dafür von dem Angeklagten Geschenke machen oder den Ausfall an Zeilenhonorar vergüten. Manche warten die günstige Gelegenheit — daß sich jemand an sie wendet — gar nicht erst ab, sondern sie machen sich an die Leute heran, geben sich als Vertreter dieser oder jener Zeitung aus und versprechen für einen bestimmten Betrag Weglassung des Berichts. Durch Zufall ist es jetzt zwei Gerichtsdienern gelungen, einen dieser Schwindler festzunehmen und der Polizei zu übergeben. Der Mensch hat sich vor etwa 14 Tagen drei Personen gegenüber als Vertreter von zwei hiesigen Tageszeitungen ausgegeben, die Weglassung des Verhandlungsberichts zugesichert und sich für jede Zeitung 2 M. zahlen lassen. Jetzt kamen die Leute wieder nach dem Gericht und erkannten den Mann im Zuschauerraum. Der Gerichtsdiener ließ ihn verhaften. Soviel steht fest, daß der Verhaftete nur einer von vielen ist und daher werden im Interesse des Ansehens der Presse und zum Schutze der Allgemeinheit alle diejenigen, von denen irgend welche Personen derartige Geschenke angenommen haben, aufgefordert, dies bei der Kriminalpolizei zu melden und eine Beschreibung jener Personen beizufügen, damit diesem Treiben ein Ende gemacht wird. Es wäre allerdings auch nötig, daß in Zukunft strenge Anweisung zur Entfernung Unberufener von den Presseplätzen gegeben wird.

Wie es gemacht wird!

Eine seltsame Nötigungsaffäre auf einem Tanzsaale beschäftigte in letzter Instanz den Strafsenat des Oberlandesgerichts. Ende vorigen Jahres war in verschiedenen Schokoladenfabriken Dresdens ein Streik zwecks Verbesserung der Arbeitsverhältnisse ausgebrochen. Zwischen Streikenden und Arbeitenden kam es gelegentlich einer öffentlichen Ballmusik im Tianasaal am Sonntag den 22. November v. J. zu Reibereien. Die beiden bei Hartwig u. Vogel beschäftigten Arbeiterinnen Büttner und Paul, die sich dem Streik nicht angeschlossen hatten, befanden sich neben einer Anzahl streikender Schokoladenarbeiterinnen und -arbeiter unter den Gästen des Tanzsaales und erregten den Unwillen der Streikenden. Sie wurden umringt, „Streikbrecher" genannt und schließlich aus dem Saale hinausgedrängt. Auf diese Zwischenfälle hin stellten die beiden Arbeiterinnen Strafantrag wegen Beleidigung gegen den Zimmermann Klein, den Schlosser Kutzicke und die Arbeiterin Blau, zogen aber diesen Antrag vor der Verhandlung vor dem Schöffengericht wieder retour. Die Staatsanwaltschaft glaubte aber, die Sache im öffentlichen Interesse weiter verfolgen zu müssen, und destillierte ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung aus der Affäre (!). Schöffen- sowohl wie Landgericht erkannten demgemäß und verurteilten Klein sowohl wie die Blau zu je 3 Wochen Gefängnis (!), während Kutzicke mit 3 Tagen Gefängnis davon kam. Sämtliche Angeklagten legten gegen die Verurteilung Revision beim Oberlandesgericht ein und erklärten, daß es nicht zulässig sei, nachdem der Strafantrag zurückgezogen worden sei, ein neues Verfahren einzuleiten. Das Rechtsmittel wurde kostenpflichtig verworfen. Das Revisionsgericht führte ungefähr folgendes aus: In der Hauptsache werde, abgesehen von unzulässigen prozessualen Einwendungen, die Heranziehung von § 153 der Gewerbeordnung gerügt. Es sei aber festgestellt worden, daß die Ehrenkränkungen begangen worden seien und zwar in der Absicht, die beiden Arbeiterinnen an der Teilnahme zum Streik zu bewegen. Ob das angewendete Mittel geeignet sei oder nicht, sei nebensächlich; es komme lediglich auf die Absicht an (!).

Die Verurteilten sind also gegen den Willen der angeblich Beleidigten und Genötigten bestraft worden! Klassenjustiz ist das natürlich nicht.

Fahrpreisermäßigungen

bei Vermittlung auf Strecken über 25 Kilometer genießen bekanntlich die dem Verbande deutscher Arbeitsnachweise angeschlossenen öffentlichen und gemeinnützigen Arbeitsvermittlungsstellen. Auch der hiesige Zentralarbeitsnachweis kann in diesem Jahre eine stärkere Inanspruchnahme dieser Vergünstigung verzeichnen. Während 1911 die Zahl der ausgestellten Fahrscheine 50 nicht überschritt, sind in diesem Jahre bereits 74 derartiger Scheine verwendet worden. Die Zunahme dürfte sich aus der allgemeinen Lage des Arbeitsnachweises sowie einer den Arbeitsnachweisen günstigeren Auslegung der einschlägigen Tarifbestimmungen erklären. — Die Generalkonferenz der deutschen Eisenbahnen hat beschlossen: „Die Fahrkarten zum halben Preise werden von den Fahrkartenausgabestellen gegen Vorlage eines von der Arbeitsnachweisanstalt nach dem vorgeschriebenen Muster ausgefertigten Ausweises verabfolgt, in dem die Person des Arbeitsuchenden, die zu befahrende Strecke und der Reisetag angegeben und bescheinigt sein muß, daß dem Inhaber eine Arbeitsstelle vermittelt oder eine solche auf Grund eines der Arbeitsnachweisanstalt vorliegenden bestimmten Beschäftigungsangebotes bezeichnet worden ist." Die Generaldirektion der Sächsischen Staatseisenbahnen bemerkt dazu in einem Schreiben an den Zentralarbeitsnachweis vom 2. März d. J.: Hiernach dürfen künftig Ausweise zur Erlangung der Fahrpreisermäßigung auch dann ausgestellt werden, wenn die Arbeitsnachweisanstalt auf Grund eines ihr vorliegenden Beschäftigungsangebots dem Arbeitsuchenden eine bestimmte Arbeitsstelle bezeichnet und der Arbeitsuchende sich zu ihrer Annahme bereit erklärt hat. Es genügt also nicht, wenn der Arbeiter erklärt, er wolle auswärts selbst Arbeit suchen; vielmehr verlangt der Tarif eine eigene Tätigkeit des Arbeitsamtes in Ermittlung und Bezeichnung einer bestimmten Arbeitsstelle.

Aus den Bezirksausschüssen.

Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt hielt am Mittwoch eine öffentliche Sitzung ab. Es wurden genehmigt bezw. befürwortet die Anlagenordnung für die Gemeinde Cunnersdorf bei Schönfeld, die Erhebung einer Katzensteuer in Niederlößnitz, das Regulativ über die Aufbringung der Quartier- und Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden in Langebrück, die Satzung des Gemeindeverbands für die Gasversorgung der Gemeinde Wachwitz und Umgegend, der erste Nachtrag zum Besitzveränderungsabgaben-Regulativ für Dobritz, das Ortsgesetz über das Ablastenbuch für Lindenau, die Besitzwechselabgaben-Ordnung für die Gemeinden Lausa mit Friedersdorf, Weixdorf und Gomlitz und das Ortsgesetz der Gemeinde Loschwitz zum Schutze der Albrechtschlösser und ihrer Umgebung gegen Verunstaltung. Der Gemeinde Niederlößnitz wurde gestattet, von ihrem Stammvermögen eine Summe bis zu 10000 M. zu Rathausbauveränderungen zu verwenden. Weiter wurden genehmigt die Nachträge zu den Sparkassenordnungen der Gemeinden Naundorf, Ottendorf-Moritzdorf, Leuben, Loschwitz, Laubegast, Klotzsche, Bühlau und Blasewitz, desgleichen der erste Nachtrag zur Ortsbauordnung für Oberpoyritz, der erste Nachtrag zu den Bauvorschriften zu dem Bebauungsplane für die Ludwig-Richter-Straße in Loschwitz und weiter die Ordnung über die Erhebung von Armenkassenabgaben und Gebühren für Tanzvergnügungen und sonstige Lustbarkeiten in Radebeul. Ein Rekurs der Stadtgemeinde gegen die Heranziehung zur Grundwertsteuer in Loschwitz hatte Erfolg. Das Gesuch der Chemischen Fabrik in Helfenberg vorm. Eugen Dieterich um Erweiterung der Fabrikanlagen wurde bedingungsweise genehmigt. — Folgende Konzessionsgesuche fanden Genehmigung: Schulz in Loschwitz, Ausdehnung der Schankerlaubnis auf ein weiteres Zimmer; Handtusch in Leuben, Uebertragung der Schankkonzession usw.; Lippoldt in Loschwitz, Ausdehnung der Schankbefugnis auf den vor dem Restaurationsgrundstücke gelegenen Vorplatz; Wolf in Loschwitz, Ausdehnung der Tanzerlaubnis auf alle Sonntage im Sommerhalbjahre; Hedrich in Liegau, Uebertragung der Schank- und Tanzkonzession.

An den Gräbern der Maigefallenen von 1849 wurden heute früh Blumenspenden mit roten Schleifen und der Inschrift: Den toten Kämpfern! niedergelegt. Die Ehrung der bei der bürgerlichen Revolution von 1848 und 1849 Gefallenen haben ihre Nachfahren bekanntlich längst den Sozialdemokraten allein überlassen und so waren die Deputationen, die aus Mitgliedern der Vorstände der Sozialdemokratischen Vereine des 4., 5. und 6. Reichstagswahlkreises zusammengesetzt waren, auf dem Trinitatisfriedhof und auch auf dem Annenfriedhof in der Chemnitzer Straße die einzigen, die der für die Freiheit ruhmvoll Gefallenen im Namen der Mitglieder der Vereine ehrend gedachten.

Selbstmord. Die Kehle durchschnitt sich in seiner in der Riesaer Straße gelegenen Wohnung ein verheirateter Dekorationsmaler S. Er verstarb augenblicklich. Ein unheilbares Nervenleiden hatte ihn zum Selbstmord veranlaßt.

Selbstmordversuch. Am Mittwoch stürzte sich die 24jährige Frau eines Beamten in den Hofraum Gabelsbergerstraße 5 aus der 4. Etage hinab. Der Beweggrund soll Nervenkrankheit sein. Nur durch den Umstand, daß sie auf ein im Hofe befindliches Geländer fiel, dürfte sie vielleicht mit dem Leben davonkommen. Sie wurde schwer verletzt mittels Unfallwagens dem Johannstädter Krankenhause zugeführt.

Die beiden Sanitätswachen des Samaritervereins zu Dresden (Wallstraße 14 und Marschallstraße 8) wurden im Monat April von 374 Personen in Anspruch genommen und zwar: 314mal bei Tage und 60mal bei Nacht. Von den Hilfesuchenden (259 männlichen und 115 weiblichen Personen) verlangten 302 die Hilfe auf den Wachen und 72 anderwärts. 329 wurden wegen äußerer Verletzungen und 45 wegen innerer Erkrankungen behandelt. Betriebsunfälle waren 189 zu verzeichnen.

Vermischte Nachrichten. Einbrecher statteten in einer der letzten Nächte der Wohnung eines Löbtauer Arztes einen Besuch ab, nachdem sie mittels einer Leiter und nach Zerschneiden einer Glasscheibe mit einem Glaserdiamanten durch ein Fenster des ersten Stockwerkes sich Eingang in die Wohnung verschafft hatten. Sie hatten es auf eine Geldkassette abgesehen, die aufzusprengen ihnen nicht gelang. Sie hatten sich vergebliche Arbeit gemacht und mußten unverrichteter Sache den Rückzug antreten. Bald nach Bekanntwerden des Einbruchs gelang es dem Kriminaldetachement Löbtau, die Diebe zu ermitteln und festzunehmen. Es kommen zwei noch nicht 18 Jahre alte Lehrlinge, „Söhne achtbarer Eltern", und ein früherer Kutscher in Betracht. Die beiden Lehrlinge haben die Wohnung des Arztes durchsucht, während der Kutscher Schmiere gestanden hat. — In den letzten Tagen des vorigen Monats ist hier ein etwa 30jähriger Mann aufgetreten, der unter Vorzeigung eines Zettels, mit dem er sich als taubstumm ausgab, Bestellungen auf Vergrößerung von Photographien aufgesucht und zugleich um ein Almosen gebeten hat. Der Mann, von dem feststeht, daß er nicht taubstumm ist, war mit gutem Anzug bekleidet. Da zu vermuten ist, daß dieser Betriger noch anderswo aufgetreten ist, werden Angaben an die Kriminalabteilung erbeten. — Ein Wasserrohrbruch erfolgte Dienstag früh Ecke Frankenberg- und Roonstraße. Bis zur Beseitigung des Schadens in den Abendstunden waren einige umliegende Häuser ohne Wasser.

Gewerbegericht.

Die Maschinenarbeiterin Budig stand bei der Firma Eckstein u. Söhne im Wochenlohn. Am Sonnabend vor Ostern und den dritten Osterfeiertag bat sie um Urlaub und erhielt ihn auch. Dafür brachte ihr aber die Firma für diese beiden Tage, sowie für den zweiten Osterfeiertag 6 M. vom Lohn in Abzug. Die Arbeiterin ist damit nicht einverstanden; sie beansprucht den vollen Wochenlohn. In der Arbeiterordnung sind derartige Abzüge nicht erwähnt und es ist nun zu entscheiden, ob diese Abzüge gesetzlich zulässig sind. Das Gericht verneint diese Frage, da die Klägerin im Wochenlohn arbeitete. Der Lohnanspruch ist demnach in voller Höhe gerechtfertigt. Vergleichsweise gibt sich aber die Klägerin mit 4 M. zufrieden.

Einen recht unerquicklichen Eindruck machte ein Arbeitsverhältnis, das zwischen der Verkäuferin Schönbach und dem Roßschlächter Liebold bestand. Die Parteien sind nämlich mit einander verwandt. Die Verkäuferin klagt jetzt gegen L. wegen 52.12 M. Lohn- und Lohnentschädigungsforderung. Sie war gegen 15 M. Wochenlohn als Filialleiterin beschäftigt. Um einen größeren Umsatz zu erzielen, war die Filiale mit einer Speisewirtschaft verbunden, die die Klägerin in eigene Regie übernommen hatte. Das entnommene Fleisch wurde der Klägerin angerechnet, das Risiko trug sie selbst. Ihr Verwandter zog ihr auch die zum Heizen und Kochen im Winter verwendeten Kohlen vom Lohne ab, womit die Klägerin natürlich nicht einverstanden war. Sie machte nicht ohne Grund geltend, daß ihr der Betrieb der Speisewirtschaft nur eine große Arbeitslast aufbürdet, während der Nutzen so ziemlich für sie imaginär ist. Für den Beklagten steht dagegen der durch den erhöhten Verbrauch erzeugte Nutzen aus dem Betriebe der Speisewirtschaft unzweifelhaft fest. Obendrein wurde die Klägerin von L. wegen angeblicher Beleidigung kündigungslos entlassen. Da der Beklagte nur einen Vertreter geschickt hat, sein persönliches Erscheinen aber erforderlich ist, wurde die Verhandlung vertagt. (Vorsitzender: Gewerberichter Dr. Graßer. Unternehmerbeisitzer: Steinmetzobermeister Hempel und Hoflieferant Heuseler. Arbeiterbeisitzer: Zimmerer Graupner und Konditor Kittmann).

Aus der Umgebung.

Leutewitz-Briesnitz. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, zu der am 11. Mai, abends 8 Uhr in Fritsches Gasthof in Omsewitz stattfindenden Mitgliederversammlung zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Niedergorbitz. Mittwoch nachmittag erhängte sich die wegen Kindestötung in Verdacht geratene Frida Mehnert von hier in ihrer Wohnung aus Furcht vor Strafe.

Döhlen. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde der Jahresbeitrag für die öffentliche Lesehalle hier, der eine Ausleihebibliothek angegliedert worden ist, von 25 auf 75 M. erhöht. Unsere Vertreter, die dagegen stimmten, empfahlen die Verschmelzung der Lesehalle mit der Schulbibliothek und wiesen auch auf die Bibliothek der Gewerkschaften in der Roten Schänke hin. Die Ausführung von Reparaturen an verschiedenen Feuerlöschgeräten im Betrage von zirka 120 M. soll der Feuerlöschausschuß vergeben. In der Bausache der Tuberkulosen-Fürsorgestelle blieb der Gemeinderat auf seinem ablehnenden Standpunkt gegenüber den Forderungen Deubens bestehen. Mehrere andere Bausachen fanden Genehmigung. Bei Wasserleitungsanschlüssen durch die Gemeinde sollen nunmehr nur noch Mannesmannrohre Verwendung finden, den Hausbesitzern soll jedoch frei stehen, innerhalb ihrer Grundstücke auch Zinnmantelrohre zu legen. Die nötigen Werkzeuge wurden bewilligt. In der Aussprache über die Halde der Siemensschen Glasfabrik in Reudöhlen, die in ihrer Breite und Höhe sich bedenklich ausdehnt, wurde mitgeteilt, daß vom Bezirksarzt und vom Gewerbeinspektor keine Gefahr festgestellt worden sei. Tatsächlich aber ist die (schwefelhaltige) Luft in der Nähe der Glasfabrik, auf der Straße nach der Roten Schänke zu, sehr oft „nicht mehr zu genießen". Man beschloß, zunächst ein bergamtliches Gutachten über die Gefahr der Selbstentzündung der Halde einzuholen. — Da behauptet worden ist, die Döhlener Leitung beeinträchtige die Wasserverhältnisse in Grumbach, wurde der dortigen Gemeinde eingeräumt, dem Döhlener Wasser täglich 25 Kubikmeter zu entnehmen.

Pappritz. In der Nacht zum Mittwoch erbrachen in einem hiesigen Gehöft Diebe den Hühnerstall und nahmen von 17 Hühnern 12 Stück, wahrscheinlich in Säcken, mit sich fort.

Langebrück. Am Dienstag wurde in dem Teiche, der am Fußweg von Lausa nach der Klotzscher Straße liegt, die Leiche eines mehrere Tage alten Kindes gefunden.

Cossebaude. In der stattgefundenen Gemeinderatssitzung wurde beschlossen, die an der Eichbergstraße gelegenen, der Gemeinde gehörigen Flurstücke wieder zur Ausschreibung zu bringen. Wegen des Ausbaues der hinteren Talstraße hat unter Beisein des Amtshauptmanns Dr. Streit sowie Vertretern der Gemeinde und Anliegern eine Ortsbesichtigung stattgefunden. Empfohlen wurde nun, die Straße zu verlegen und durch das der Firma Dickerhoff u. Widemann gehörige Land zu führen. Das Land, zirka 6500 Quadratmeter a 1 M., hätte die Gemeinde zu erwerben. Auf der rechten Seite würde dann das freibleibende Land von dem Anlieger, Steinbruchsbesitzer Bärisch, und auf der linken Seite von der Baugenossenschaft Dresden-Land zur Errichtung von Kleinwohnungen von der Gemeinde zu oben genanntem Betrag zurückerworben werden. Da der Verkauf des Landes noch der Zustimmung des Aufsichtsrats der Firma Dyckerhoff u. Widemann unterliegt und auch noch einige technische Vorarbeiten erledigt werden müssen, wird die endgültige Beschlußfassung hierüber ausgesetzt. Aus dem Rechenschaftsbericht der Volksbibliothek ist zu entnehmen, daß im Berichtsjahr 700 Bände entliehen worden sind, und soll, da die Entnahme von Büchern nachgelassen hat, ferner eine Leihgebühr nicht mehr erhoben werden. Zu dem Umbau der alten Kapelle sollen noch mehrere Entwürfe eingefordert werden. Der Antrag auf Ausführungen von Eigenbauten durch die Gemeinde, mit welcher sich der Verwaltungsausschuß zu befassen hatte, kam wieder zur Beratung. Der Vorsitzende erklärte hierzu, daß der Verwaltungsausschuß nicht empfehlen könne, den Eigenbau in Angriff zu nehmen, zuvor müsse erst der Neubau des Gemeindehauses sowie der Umbau der alten Kapelle ausgeführt werden. Um dem Mangel an Klein- und Mittelwohnungen abzuhelfen, wird empfohlen, die private Bautätigkeit zum Bau von Kleinwohnungen anzuregen und zirka 25 000 M. aus der Sparkasse als zweite Hypothek unter gewissen Grundsätzen auszuleihen. Bedingung hierbei soll sein, daß mindestens die Hälfte der Grundfläche zu Kleinwohnungen verwendet wird. Die Hypothek ist mit 4½ Proz. zu verzinsen und mit ½ Proz. zu tilgen. Bevorzugt sollen solche Gesuchsteller werden, die das zu erbauende Grundstück selbst mit bewohnen wollen, und soll eine Kündigung der Hypothek durch die Gemeinde, wenn der Grundstückseigentümer seinen Verpflichtungen nachkommt, erst nach 10 Jahren zulässig sein. Nach längerer Debatte wurden von unseren Vertretern die Gründe, die gegen den Eigenbau ins Feld geführt wurden, zurückgewiesen und hervorgehoben, daß nur die ureigensten Interessen der Hausbesitzer die Stellungnahme der bürgerlichen Vertreter in dieser Sache bedingen. Der Antrag, den Eigenbau in Angriff zu nehmen, wurde gegen die Stimmen unserer Vertreter abgelehnt, der Vorschlag hingegen, zwei Hypotheken auszuleihen, fand einstimmig Annahme.

Hermsdorf. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß am Sonnabend den 11. Mai eine Gruppensitzung stattfindet. Das Erscheinen aller ist Pflicht.

Hänichen. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde der Wasservertrag mit Possendorf genehmigt. Dem Umbau

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120509/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

des Herrn Kürsten wurde nach vorgelegter Zeichnung zugestimmt. Ein Urlaubsgesuch eines Insassen der Saalhausener Anstalt wurde angenommen, gleichfalls ein Steuererlaßgesuch. Der Tierarzt Dr. Lotze-Kreischa ist als wissenschaftlicher Fleischbeschauer von der Amtshauptmannschaft bestätigt worden. Der Antrag, das Rauchen in der Sitzung zu unterlassen, wurde angenommen.

Seifersdorf bei Radenau. Ein Schadenfeuer ist durch das Gewitter am Dienstag abend verursacht worden. Der Blitz schlug in das Anwesen des Gutsbesitzers Kreher und zündete. Eine erst vor einigen Jahren erbaute Scheune und ein Seitengebäude wurden eingeäschert.

Tharandt. In der Lehngerichtsbrauerei, die nun bald aufgehört hat zu existieren, dürfte ein in die linke Seitenwand im Parterre eingefügtes Steinbild Interesse finden. Es stellt einen Hirsch auf einem etwa ½ Meter langen und zirka 30 Zentimeter hohen Sandsteinblock dar. Möglicherweise finden sich beim Abbruch des Gebäudes noch weitere Altertümer vor.

Bräunsdorf. Ein schwerer Radunfall hat sich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag auf der Straße Bräunsdorf—Langhennersdorf ereignet. Der Maurer U. von hier wurde am Sonntag vormittag von Passanten in bewußtlosem Zustande aufgefunden. Da U. von Langhennersdorf nach Bräunsdorf gefahren ist, ist es nicht ausgeschlossen, daß er von einem Gefährt überfahren wurde. Von dem Arzt wurde ein schwerer Schädelbruch konstatiert.

Saalhausen. Der Gemeindetag der in den Bezirken der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt und -Neustadt liegenden Gemeinden fand am gestrigen Tage in unserem Orte statt. Zunächst fand eine Besichtigung der Bezirksanstalt statt, der dann die Sitzung im Saale des Gasthofs zu Saalhausen folgte. Der Gemeindevorstand Werner-Radebeul leitete die Verhandlungen, von seiten der Amtshauptmannschaft war Herr Regierungsrat Jahn erschienen. Bekanntgegeben wurde eine Eingabe an die Brandversicherungskammer, die die Herausgabe eines neuen Tarifes bezweckt. Weiter wurde die Antwort mitgeteilt, die auf eine Eingabe der Kreishauptmannschaft Zwickau vom königlichen Ministerium des Innern in Gestalt einer Verordnung gegeben worden ist, wonach die Besitzwechselabgabe in den einzelnen Parochiegemeinden durchaus nicht in gleicher Höhe erhoben werden muß, vielmehr die Höhe in das Belieben der einzelnen Gemeinden gestellt wird. Der Vorsitzende legte dann ein Meldebuch vor, das schon jetzt von einer großen Anzahl Gemeinden eingeführt worden ist. Der Regierungsvertreter bemerkte dazu, daß auch die Polizeidirektion Dresden die Einführung beabsichtige und in Aussicht genommen habe, 35 Pf. für das Buch von Einzelpersonen, 50 Pf. von Familien zu verlangen. Es sei aber nicht angängig, die Annahme des Buches und höhere Gebührensätze zu erzwingen. Nach einem einstündigen Vortrage des Bureauvorstehers der Dresdner Ortskrankenkasse, Herrn Frenzel, über die Reichsversicherungsordnung wurden die Wahlen vorgenommen und nach Beendigung der Sitzung von den meisten Teilnehmern das Elektrizitätswerk für den Plauenschen Grund besichtigt.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Ein internationaler Taschendieb. Der 22jährige, aus Budapest stammende Gärtner Kolman Jambor ist wegen Taschendiebstählen schon oft vorbestraft und hat eine ganze Reihe Gefängnisse und Zuchthäuser in Deutschland wie in Oesterreich und Ungarn kennen gelernt. Am 17. März in den Nachmittagsstunden gab er in Dresden die erste Gastrolle, indem er einer Schuhmachermeistersehefrau das Portemonnaie mit 33 M. Inhalt aus der Handtasche entwendete. Er hatte aber Pech und wurde sofort erwischt. Trotzdem er in der Voruntersuchung sich mit Staatsanwalt und Untersuchungsrichter verständigen konnte, mußte zur Hauptverhandlung ein Dolmetscher herbeigezogen werden, da er nicht Deutsch verstand. Auf Grund seiner Vorstrafen und in Berücksichtigung der Gemeingefährlichkeit dieser Diebstahlsspezies versagte ihm das Gericht mildernde Umstände und erkannte auf 1 Jahr Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust.

Fahrradmarder. Ein gefährlicher Vertreter dieser Diebesspezialität ist der hier geborene 33jährige Bauarbeiter Karl Bruno Harzbecker. Wegen Fahrraddiebstählen und Notzucht hat er schon oft mit Gefängnis und Zuchthaus Bekanntschaft gemacht. Am 22. August 1911 stahl er in der Hausflur eines Gasthauses in der Terrassengasse ein dem Wirt gehöriges Fahrrad. H. bestritt den Diebstahl, da er glaubte, unbeobachtet gewesen zu sein. Es traten aber zwei Zeugen auf, die ihn mit dem Rad aus dem betreffenden Hause kommen sahen und ihn ganz bestimmt wieder erkannten. Außerdem bestätigte der anwesende Kriminalbeamte, daß H. mit allen der Polizei bekannten und zu Zuchthaus verurteilten Fahrraddieben bekannt ist und unter einer Decke steckt. Auch hier verweigerte das Gericht mildernde Umstände und verurteilte den Angeklagten wegen Rückfallsdiebstahls zu 1 Jahr Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust.

Wegen Betrugs war der wegen Hausfriedensbruchs vorbestrafte 39jährige Kaufmann Friedrich Paul Händel vom hiesigen Schöffengericht zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte er Berufung eingelegt. Im Juli 1909 soll er einem seiner Gläubiger, dem Kaufmann T., für eine Forderung von 1500 M. 27 Fässer Schmieröl, die bei drei hiesigen Speditionsfirmen lagerten, abgetreten haben. Der Verkaufswert soll 2500 bis 3000 M. betragen haben. Hierbei soll er verschwiegen haben, daß einer seiner früheren Reisenden, H., ein älteres Recht auf das Oel hat, indem er diesem für eine Provisionsforderung von 1000 M. schon am 10. Mai desselben Jahres 15 Fässer abgetreten habe. Der Angeklagte bestritt, diese Tatsache verschwiegen zu haben. Eine wirkliche Klarheit bringen auch die Zeugenaussagen nicht in die Angelegenheit, besonders konnte auch T. seine Forderung an Händel nicht präzis feststellen. In einem weiteren Fall soll Händel den Zeugen T. durch falsche Vorspiegelungen bewogen haben, ihm Kredit zu gewähren. T. hat H. nach und nach für 1500 M. Waren geliefert, weil H. ihm versichert hat, seine Schwägerin, Frau K., sei Teilhaberin in seinem Geschäft. Die gelieferte Ware ist bis auf 289 M. bezahlt worden. Wegen des Restes mußte T. klagen und im Zivilprozeß haben sich die Parteien geeinigt, indem H. 150 M. zahlte und T. auf weitere Forderungen verzichtete. Der Angeklagte bestritt auch hier, zu T. gesagt zu haben, Frau K. (seine Schwägerin) sei Geschäftsteilhaberin. Diese Aussage wurde noch gestützt von dem Schwager H.s, dem ehemaligen Bäckermeister K., der bei den betreffenden Verhandlungen dabei gewesen sein will, und der beschwor, daß von einer Teilnahme seiner Frau am Geschäfte H.s nicht die Rede gewesen sei. Bei dieser Feststellung der Tatsachen konnte das Gericht den Tatbestand des Betrugs nicht erblicken und sprach Händel kostenlos frei.

8. Generalversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen Deutschlands.

K. Berlin, den 7. Mai.

Die Generalversammlung beschäftigt sich weiter mit den Statuten- und sonstigen Anträgen, die der Statutenberatungskommission nicht mit zur Besprechung überwiesen sind. Mit 26 gegen 23 Stimmen wird beschlossen, den Sitz des Hauptvorstandes von Hamburg nach Berlin zu verlegen.

Kollege Lange erstattet sodann den Geschäftsbericht. Er streift den raschen Mitgliederzuwachs, die umfassende Agitationsarbeit und behandelt dann den Abschluß von Tarifverträgen, die Entwicklung der Stellenvermittlung und die Arbeit des Zentralverbandes bei den Kaufmannsgerichtswahlen.

Unter Tarifverträgen arbeiteten Ende 1911 insgesamt 4589 Mitglieder. Dies ist eine Ziffer, wie sie keine andere Angestelltenorganisation aufweisen kann. Die Stellenvermittlung des Verbandes bedarf noch energischer Entwicklung. An Kaufmannsgerichten sind Ende 1911 insgesamt 135 Beisitzer des Zentralverbandes tätig.

Lohnbewegungen wurden eine ganze Anzahl durchgeführt; in Nürnberg kam es zu einem Streik der Verkäufer und der Einkassierer der Maschinenfabrik Singer u. Ko. Ueberall, wo darum ersucht wurde, erhielt der Zentralverband die Unterstützung der Arbeiterschaft.

Der Kassenbericht bringt eine gedrängte Uebersicht der Einnahmen, Ausgaben und Vermögensverhältnisse, wie sie im Vorbericht schon behandelt sind.

Die Mitteilungen über die Arbeit des Ausschusses ergaben, daß durch die Mandatsniederlegung des Kollegen Josephsohn-Hamburg eine provisorische Neubesetzung des Vorsitzendenpostens notwendig wurde. Die Wahl fiel auf Kollegen Lange.

Die ausgedehnte Diskussion über diese drei Berichte ergibt unter anderem auch Einstimmigkeit darüber, daß die Propaganda des Bundes der technisch-industriellen Beamten und einiger seiner sozialdemokratischen Vorstandsmitglieder für die neue Handlungsgehilfenorganisation scharf zu verurteilen sei. Eine entsprechende Resolution wird angenommen.

Neben anderen süddeutschen Vertretern sprechen Zölitsch und Bechert-München über die Qualität der Gehilfenausschüsse an den Handelskammern. Es hat sich gezeigt, daß diesen Ausschüssen eine andere als dekorative Bedeutung gar nicht zukommt. Es wird eine Resolution angenommen, die besagt, daß die Generalversammlung des Zentralverbandes den Handlungsgehilfen empfiehlt, überall dort, wo solche Wahlen stattfinden, eine Beteiligung strikte ablehnen.

Die Stellung des Bureauangestelltenverbandes — der auch auf der Generalversammlung durch Gäste vertreten ist — zu einer eventuellen Vereinigung oder einem Kartellvertrag mit dem Zentralverband führt zu einer ausführlichen Diskussion.

Die von beiden Seiten vorgeführten Gründe und Argumente klären die Frage so weit, daß ein Antrag des Inhalts angenommen werden kann, daß die beiden Zentralvorstände die ganze Verschmelzungsfrage energisch weiter zu führen haben.

Des weiteren wird ein Antrag angenommen, der fordert, daß die Parteibetriebe immer den Arbeitsnachweis des Zentralverbandes benutzen sollen.

Die Generalversammlung nimmt darauf den Bericht der Statutenberatungskommission entgegen, die sich mit etwa 200 Anträgen zur Statutenänderung zu beschäftigen hatte. Trotzdem wird eine gruppenweise nochmalige Durchberatung aller Anträge durchgeführt.

Besonders breiten Raum nimmt die Beitragsfrage ein. Es soll Entscheidung gefällt werden, ob und in welcher Einteilung fortan Staffelbeiträge zu erheben sind. Es wird beschlossen, Beiträge von monatlich 60 Pf., 1,00 M., 1,20 M., 1,50 M. und 2,00 M. zu erheben; die Höhe des Beitrages richtet sich nach dem Verdienst.

Dem Vorstande wird das Recht zugesprochen, im ersten Jahre nach der Aenderung der Beitragserhebung die Unterstützungsdauer der einzelnen Hilfseinrichtungen auf vier Wochen zu kürzen, wenn dies notwendig erscheint.

Die Einrichtung einer Kranken- und einer Umzugsunterstützung sowie die Schaffung einer Sterbegeldgewährung wird beschlossen. Die schon bestehenden Unterstützungseinrichtungen werden den Staffelbeiträgen entsprechend umgeändert.

Die neuen Bestimmungen treten am 1. Juli 1912 in Kraft.

Urban-Berlin wird als Vorsitzender des Zentralvorstandes gewählt, als Redakteur wird Lange-Hamburg wiedergewählt. Sitz des Ausschusses wird Hamburg.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Karl Legien als Gast der amerikanischen Gewerkschaften.

Zu dem Beginn der Vortragstour, die Karl Legien unter den Auspizien des Amerikanischen Arbeiterbundes durch die Vereinigten Staaten unternimmt, schrieb die Neuyorker Volkszeitung u. a.:

„Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete von Kiel wird überall von den „Spitzen" der Behörden fetiert und gefeiert werden. Am Mittwoch wurde er von dem Bürgermeister von Boston und dem Gouverneur von Massachusetts bewirtet, heute wird er vom Präsidenten Taft empfangen werden und morgen dürften die kapitalistischen Werkzeuge des nationalen Repräsentantenhauses wie die des Miltonärklubs, auch Bundessenat geheißen, ihm ihre Reverenz erweisen, und so fort bis nach Denver, Kolorado, wo die Arbeiterbund-Versammlungen aufhören.

Nun ist es ganz gewiß nicht nach Legiens Geschmack, dem Manne, der die Miliz gegen die streikenden Lawrencer Textilarbeiter sandte, die Hand zu drücken, oder mit dem Vater des Einhaltsbefehlwesens freundliche Worte zu tauschen, noch liegt ihm an der Komödie, die die demokratischen und republikanischen Politiker in Washington mit ihm aufführen wollen; da er aber unter den Auspizien der A. F. of L. reist, muß er sich eben in die „Methoden" schicken und — lächeln. Als ihm, kurz nach seiner Ankunft, durch Gompers von diesen „Vorstellungen" Mitteilung gemacht wurde, schnitt er ein ganz verteufeltes Gesicht, um schließlich gute Miene zum bösen Spiel zu machen."

Ueber den Eindruck seiner ersten Rede schrieb dieselbe Zeitung, daß die Rede allgemeine Befriedigung in den Parteikreisen hervorgerufen habe, denn sie betone „mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit die unlösliche Zusammengehörigkeit von gewerkschaftlicher wie politischer Klassenorganisation und -aktion; sie verlangt solidarisches Handeln auf internationaler Basis und unterstreicht sehr nachdrücklich den hohen Kulturwert der sozialistischen Bewegung".

Dann sagt die Volkszeitung weiter:

„Gewiß, viele von uns werden einen entschiedeneren Ton, eine radikalere Fassung gewünscht und erwartet haben; aber man wird die Umstände, unter denen diese Legien-Reden gehalten werden, in Betracht ziehen müssen, um ihnen völlig gerecht werden zu können.

Denn so lange unser deutscher Genosse zu Versammlungen spricht, die unter den Auspizien der American Federation of Labor abgehalten werden, ist er der Repräsentant der gewerkschaftlichen Bewegung, redet er als internationaler Gewerkschaftssekretär, der vor allen anderen die eine Aufgabe zu erfüllen hat, den amerikanischen Unionleuten die Notwendigkeit der internationalen Verbindung klar zu machen. Ihm muß es daher in erster Linie darum zu tun sein, die in hiesigen Unionkreisen bestehenden Vorurteile zu beseitigen und diesen zu zeigen, daß die Internationalität der Gewerkschaftsbewegung nur die konsequente Weiterentwicklung jeder lokalen Zusammenfassung der Arbeiterkräfte ist; wobei er von der sehr richtigen Erkenntnis ausgeht, daß das Verständnis für den einen Schritt nach vorwärts unaufhaltbar alle weiteren Schritte in der gleichen Richtung nach sich ziehen muß."

Lokales.

Nachklänge zur Maifeier!

Herr Hermann Fechner, Turngerätefabrik in Trachau, sendet uns auf die in Nr. 102 von uns gebrachte Notiz mit obiger Ueberschrift eine Entgegnung, die in ihrer Länge mindestens fünfmal so lang ist, wie die erstere.

In dieser Entgegnung bestreitet Herr Fechner, gesagt zu haben: „Wenn ihr feiern wollt, ich habe nichts dagegen!" Vielmehr habe er auf die Ansage, daß die Arbeiter beschlossen hätten, den 1. Mai zu feiern, gesagt: „Tun Sie, was Sie für gut befinden und ich werde dann mein Verhalten danach einrichten!" Weiter teilt Herr Fechner mit, er habe sich sehr in Bedrängnis befunden, da er mehrere Turnhalleneinrichtungen bis zu einem bestimmten Termin zu liefern hatte. Er bestreitet weiter, mit seiner Frau hinter den Gardinen der Fenster gestanden und hämisch gelacht zu haben, als die Arbeiter einer nach dem andern kamen und wieder gingen.

So weit die tatsächlichen Berichtigungen von dem, was in der Notiz stand. Die übrigen Ausführungen zu bringen, in denen Herr Fechner schildert, welch gutes Herz er stets für seine Arbeiter gehabt habe, haben wir keine Veranlassung.

Inland.

Die Eröffnung der Tarifbewegung im Malergewerbe.

Der im Jahre 1910 abgeschlossene Reichstarif geht im Februar 1913 zu Ende und die Gehilfenschaft rüstet, da die Tarifberatungen schon sechs Monate vor Tarifablauf beginnen, schon jetzt zum Kampfe, der bei der Stellung, die die Unternehmer einnehmen, unausbleiblich erscheint. Die Unternehmer haben in Scharfmacherei das denkbar Möglichste geleistet. In der bürgerlichen Presse wimmelt es von Tartarennachrichten über Tarifbrüche des Verbandes. Selbstverständlich wird damit lediglich eine Beeinflussung der öffentlichen Meinung bezweckt.

Der Gehilfenverband veranstaltet diese Woche im ganzen Reiche Versammlungen mit der Tagesordnung: „Die Stellung des Unternehmerverbandes zur Tarifpolitik." Vor über tausend Berufsangehörigen referierte am Mittwoch den 7. Mai im Tivolisaale Gauleiter Genosse Buch-Hamburg.

Einleitend schilderte er die Gründe, die zur Tarifpolitik des Verbandes führten. In Krisenzeiten gingen die bei guter Konjunktur errungenen Erfolge oft verloren. Die gesetzliche Freiheit des Arbeitsvertrages benachteiligte den wirtschaftlich schwächeren Arbeiter immer mehr. Die zunehmende Reservearmee Arbeitsloser, die Steuerpolitik der Reichsregierung und eine große Anzahl anderer Faktoren zwangen die Organisationen dazu, an Stelle des freien Arbeitsvertrages geregelte Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Der Reichstarif erstreckt sich zurzeit über 18 000 Betriebe mit 61 000 Beschäftigten und der Ablauf dieses Tarifes stellt somit das gesamte Gewerbe vor eine außerordentlich ernste Situation. Trotzdem durch den Reichstarif die ärgste Schmutzkonkurrenz, die auf Kosten der Gehilfenlöhne geführt wird, etwas eingedämmt wurde, wollen die Unternehmer von Tarifen nichts wissen, der Herr-im-Hause-Standpunkt spukt auch im Malergewerbe, schrieb doch das Unternehmerorgan: „Der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe, haben wir dem Tarifvertrage zugestimmt," gezwungen von der Organisation, die im letzten Jahrzehnt 544 Lohnkämpfe führte, die der Organisation 1 355 000 M. Streikunterstützung kosteten; abgesehen von der noch größeren Zahl Lohnbewegungen, die ohne Kampf beendet wurden.

Noch 1905 erklärte der Kölner Obermeister: „Kein Meister, der einen Tarifvertrag unterschreibt, ist des Meistertitels würdig, weil er sich zum Hausknecht der Gehilfen macht." Das Unternehmerorgan bezeichnete Tarifverträge als „Prämien auf Faulheit" und der zweite Malertag der Unternehmer nahm drei Jahre später eine tariffreundliche Resolution an. Die Macht des Verbandes hatte den Herren ihren Dünkel ausgetrieben.

Auch die Unternehmer haben ihre Organisation gestärkt, wenn diese anscheinend auch immer noch finanziell nicht gerade glänzend gestellt ist. Der Dresdner Leiter der Unternehmerorganisation, Herr Rosenbaum, mußte 1908 unter allseitiger Zustimmung erklären: „Es ist leichter, das große Los in der Völkerschlachtlotterie zu gewinnen, als die Malermeister ans Beitragzahlen zu gewöhnen." Heute müssen die Farbenreisenden den Unternehmerverbandssäckel füllen helfen, sonst kaufen ihnen die Meister nichts ab.

Mit allen Mitteln der Ueberrumpelung hat der Unternehmerverband den Ablauf sämtlicher Tarife im Reiche an einem Tage erstrebt, weil er glaubte, der Vorstand wird dann den Kampf nicht wagen können.

Als der Tarif für Süddeutschland beraten werden sollte, lud der Zentralvorstand des Unternehmerverbandes ohne Wissen der beteiligten Unternehmer- und Arbeitervertreter die Christen, Hirsche und Gelben als Tarifkontrahenten ein.

Der Malerverband hatte in diesem Bezirke 12 000, die Christen 200, die Hirsche 30 und die Gelben — — gar keine Mitglieder. Der gelbe „Vertreter", Herr Ritter v. Feldeck, erklärte aber, er werde in der nächsten Woche in Baden oder Württemberg einige Filialen gründen und vertrete jetzt die Unorganisierten.

Solche Leute sollte der Verband als gleichberechtigt anerkennen, weil, wie das Unternehmerorgan in edler Dreistigkeit erklärte, die Unternehmer ein Interesse daran haben, daß die Gehilfen unorganisiert sind oder Verbänden angehören, die sich gegenseitig bekämpfen. Die Unternehmer beklagen infolge ihrer Scharfmacherei das Absplittern besonders kapitalkräftiger Unternehmer; das ist um so bedeutender, als auch im Malergewerbe der Großbetrieb unaufhaltsam fortschreitet. Die Betriebe von über 50 Gehilfen haben in den letzten 15 Jahren um 1285 Prozent und die Zahl der in diesen Betrieben Beschäftigten um 1407 Prozent zugenommen.

Alle diese Umstände haben im Unternehmerverband einen verzweifelten Entschluß reifen lassen. Der Wunschzettel, den sie zur Tarifberatung mitbringen, beweist, daß der Unternehmerverband geradezu ein Va banque-Spiel zu treiben gesonnen ist.

Der Gehilfenlohn soll bis zu 21 Jahren der freien Vereinbarung unterliegen. Die ärgsten Schreier verlangen gar „bis zum 30. Jahre".

Die Arbeitszeit soll nicht verkürzt werden. Einem Schiedsspruch Unparteiischer über die Lohnhöhe wollen sie sich unter keinen Umständen unterwerfen.

Für zwei Ueberstunden pro Tag soll keine höhere Entschädigung gezahlt werden. Die Auslösung für auswärtige Arbeiten soll wegfallen. Die Gehilfenorganisation soll eine Kaution stellen für Schadenersatz bei Tarifbrüchen. Die Unternehmer wollen natürlich keine Sicherheit leisten.

Diese Forderungen sind geradezu wahnwitzige zu nennen. Niemals wird sich die Gehilfenorganisation auf diese Wünsche einlassen. Wir werden darauf dringen, daß unser Arbeitsverhältnis zeitgemäß ausgebaut wird. Es wird zum heißen Kampfe kommen, und wenn wir alle unsere Pflicht erfüllen, werden wir zu kämpfen und zu siegen wissen. (Brausender Beifall.)

Von einer Diskussion beschloß die Versammlung abzusehen. Eine Resolution fand einstimmige Annahme, die sich auf den Boden des Tarifvertrages stellt, das Vorgehen der Unternehmer scharf verurteilt und eine gründliche Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen fordert.

Mit einem Kampfliede — eröffnet war die Versammlung worden mit dem Absingen eines Freiheitsliedes — und einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Organisation fand die imposante Versammlung ihr Ende.

Unternehmerknechte.

Die bürgerliche Presse weiß der staunenden Mitwelt zu berichten:

„Der Hauptausschuß nationaler Arbeiterverbände hat an den Verein deutscher Arbeitgeberverbände die Bitte gerichtet, bei Aussperrungen die Arbeiter, die einem seiner Verbände angehören, nicht mit auszusperren und sie, falls es doch zu einer Betriebseinstellung kommt, durch Einstellung in andere Betriebe vor Not zu schützen."

Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände ist augenscheinlich auf die Erfüllung dieser Bitte bedacht, denn er hat nicht nur seinen Mitgliedern von der Anregung des Hauptausschusses nationaler Arbeiterverbände Kenntnis gegeben, sondern auch ersucht, sich gegebenenfalls seiner Vermittlung zu bedienen.

Es bedurfte nicht erst dieser sehr durchsichtigen Reklame für die nationalen Arbeitervereine, um sie als allezeit getreue Fridoline der Unternehmer nochmals in besondere Erinnerung zu bringen. Niemand erwartet von ihnen etwas anders, als daß sie, ihrer Menschenwürde bar, unentwegt dem Grundsatz huldigen: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben." Der liebe Gott sorgt schon dafür, daß ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen, weshalb sie in ihrer Bedeutungslosigkeit den Unternehmern bei Aussperrungen nicht viel nützen können. Die noch einmal öffentlich bekundete Knechtsgesinnung ist eine für manchen etwas anrüchige Geschäftsreklame.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120509/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Neues aus aller Welt.

Folgen der Sonnenfinsternis.

Berlin, 9. Mai. In Berlin und den Vororten ist eine Menge von Personen an Netzhautentzündung erkrankt und teilweise fast erblindet, die die Sonnenfinsternis mit unbewaffnetem Auge beobachtet hatten.

Zugzusammenstoß.

Rheinbach, 8. Mai. (Amtliche Meldung.) Heute vormittag 10 Uhr 50 Minuten stießen zwischen den Stationen Jünkerath und Hillesheim zwei Bauzüge auf einem außer Betrieb befindlichen Gleis infolge unterlassener Verständigung zusammen. Vier Personen wurden schwer, sechs leicht verletzt. Der Betrieb wurde nicht gestört.

Schwerer Unglücksfall.

Augsburg, 8. Mai. Von einem Bau stürzten vier Arbeiter aus beträchtlicher Höhe ab. Einer war sofort tot, zwei andere wurden lebensgefährlich und der vierte schwer verletzt.

Im Gefängnis erhängt.

Stuttgart, 8. Mai. Im Untersuchungsgefängnis des württembergischen Landgerichts Ellwangen hat sich heute nacht der wegen eines Sittlichkeitsverbrechens verhaftete evangelische Pfarrer Schmidt von Kleinheim erhängt.

Ermordung einer Bauersfrau.

Prag, 8. Mai. Im Walde bei Netdorf wurde die 37jährige Bäuerin Marie Beliczky mit Schnitt- und Halswunden tot aufgefunden. Von den Mördern fehlt jede Spur.

Entdeckte Falschmünzerwerkstätte.

Paris, 8. Mai. Die Pariser Polizei hat die Hauptwerkstätte der mit Garnier und Vallet verbündeten Falschmünzer aufgespürt. Augenblicklich werden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Selbstmord eines Kapitäns auf sinkendem Schiff.

Amsterdam, 8. Mai. Der holländische Dampfer Gravenhagen fand auf der Nordsee in hilflosem Zustande den norwegischen Dreimaster Haabet mit einer Ladung nach England unterwegs. Die Leiche des Kapitäns befand sich an Bord. Von der Mannschaft fand man keine Spur. Man nimmt an, daß diese ertrunken ist und daß der Kapitän angesichts des Unterganges des Schiffes sich selbst den Tod gegeben hat. Das Schiff ist nach Amsterdam eingeschleppt worden.

Eisenbahnunglück in Schweden.

Stockholm, 8. Mai. Heute nacht ist der Expreßzug, der von Malmö nach Stockholm als Anschlußzug fährt, bei Elmhult aus den Schienen gesprungen. Mehrere Wagen, darunter zwei Schlafwagen erster Klasse, wurden umgeworfen. Nur die Lokomotive und drei andere Wagen sind auf dem Gleise stehen geblieben. Von den Passagieren und dem Fahrpersonal ist niemand zu Schaden gekommen. An der Unfallstelle sind alle Telephon- und Telegraphendrähte gerissen. Der Bahndamm ist bis auf eine Strecke von hundert Metern aufgerissen. Die Passagiere kamen mit achtstündiger Verspätung in Stockholm an. Ursache des Unfalls war ein Radreifenbruch. Die Bahnstrecke dürfte heute wieder passierbar werden.

Ueberschwemmungen.

Innsbruck, 8. Mai. Infolge des anhaltenden heftigen Regens ist in Ost-Tirol Ueberschwemmungsgefahr eingetreten. Der Ort St. Johann ist teilweise überschwemmt. Die Orte Waidring und Erpfendorf sind bedroht. Eine Brücke bei Erpfendorf ist fortgerissen. Von Kössen ist keine Nachricht zu erhalten, weil der Verkehr unterbrochen ist. Der Lech ist heute um 2 Meter gestiegen.

Immenstadt, 8. Mai. Infolge des heutigen wolkenbruchartigen Regens sind die Flüsse über die Ufer getreten. Heute abend mußte der Zugverkehr Sonthofen—Immenstadt eingestellt werden. Im Illerwerk bei Stein sind die Wiesen längs der Bahn so überschwemmt, daß das Wasser bereits bis an die Schienen reicht.

Newyork, 8. Mai. Die Situation im Mississippital ist noch immer verzweifelt. Im ganzen Mississippigebiet dauern die heftigen Regengüsse an. Das Wasser erreicht an vielen Stellen den Kamm der Dämme. Hunderte von Menschen leiden Hunger, da die nötige Zahl von Booten zur Herbeischaffung von Lebensmitteln fehlt. Bei der Bergung der von den Fluten Eingeschlossenen sind zahlreiche Menschen ums Leben gekommen. Viele von den Eingeschlossenen sind vor Hunger gestorben. Die Verbindung mit dem Ueberschwemmungsgebiet, auch die telegraphische, ist unterbrochen.

Washington, 8. Mai. Beamte des Ackerbauministeriums schätzen den durch die Ueberschwemmung im Mississippitale angerichteten Flurschaden auf 50 Millionen Dollar. Die Regierung versorgt gegenwärtig 117 000 Notleidende mit Nahrung und Kleidung. Der Kongreß wird voraussichtlich weitere zwei Millionen für die Hilfeleistung bewilligen. Die Meldung, daß Hunderte ertrunken seien, hat bisher eine amtliche Bestätigung nicht gefunden.

Baton Rouge, 8. Mai. Infolge eines Dammbruchs sind gestern 17 Personen in den Fluten des Mississippi ertrunken.

Kleinverkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren in Dresden.

Nähere Bezeichnung	Preise für ½ kg am 8. Mai 1912	Ende April 1912	Ende April 1911
Rindfleisch			
Brust	70—120	70—120	70—120
Bauch	70—90	70—90	70—90
Bratenfleisch, Keule	90—180	90—180	90—180
Schoß	100—200	100—200	100—200
Lende, unausgeschält	80—180	80—180	80—180
Lende, ausgeschält	120—250	120—250	120—250
Kalbfleisch			
Schnitzelfleisch	120—240	120—240	140—240
Keule	85—180	85—180	80—180
Uebrige Teile	70—120	70—120	75—120
Hammelfleisch			
Keule	90—120	90—120	90—120
Koteletts	90—120	90—120	90—120
Kochfleisch	70—100	70—100	70—100
Schweinefleisch			
Keule	80—120	80—120	70—120
Karree	90—120	90—120	90—120
Bauch	70—80	70—80	60—85
Knöchel	60—70	60—70	60—70
Rauchfleisch	90—150	90—150	80—140
Schinken, im ganzen Stück	100—150	100—150	100—150
Schinken, im Aufschnitt	140—240	140—240	140—240
Speck, geräuchert	75—120	75—120	80—120
Speck, roh	70—90	70—90	60—100
Schweineschmalz	90—120	90—120	90—120
Rinderschmalz	60—80	60—80	60—80
Blutwurst	60—140	60—140	60—140
Leberwurst	60—140	60—140	60—140
Zervelatwurst	120—240	120—240	120—240

Anmerkung. Es verstehen sich: Der niedrigste Preis für Fleisch mit Zulage, der höchste Preis für Fleisch ohne Zulage.

Das Rennen in Dresden macht
Tymians Thalia-Theater
Görlitzer Str. 6 — Telephon 4296 — Linien 6 und 7
Am 1. u. 15. vollst. Programmwechsel. Sonntag von 11—1 Uhr Fideler Frühschoppen m. Vorst. (30 u. 50 Pf.). Nachm. 4 Uhr Kl. Pr., ab 8 Uhr Gew. Pr. Donnerstag Damen-Kaffee m. Vorstellung. Wochentags abends TTT-Vorzugskarten gültig.

L. PASCHKY
Wilsdruffer Str. 14, Tel. 3362 | Pfotenhauerstr. 24, Tel. 3970
Bismarckplatz 12, Tel. 4182 | Wettinerstraße 17, Tel. 1685
Eingang Lüdenstraße. | Rosenstraße 43, Tel. 1735
Bautzner Straße 12, Tel. 3806 | Hechtstraße 27, Tel. 4596
Eingang Striesener Straße. | Torgauer Straße 10, Tel. 1589
Marienstr. 14, Tel. 4060 | Trompeterstraße 5, Tel. 2967
Mauerstraße 4, Tel. 2257 | Kesselsdorfer Str. 18 Tel. 4114
Bienertstraße 11, Tel. 4871
Kontore und Lagereien: Wölfnitzstraße 1, Tel. 1684.

Jetzt sind
infolge recht guter Fänge, mit denen mehrere Dampfer heimkehrten
frische Seefische sehr billig.
In lebensfrischer Ware direkt aus See ist heute zu erwarten
1 Waggon frischer Seefische
wovon ganz besonders empfehlenswert:
Schellfisch, ohne Kopf
f. groß, in silberblanken etwa 4-Pfündern . . Pfund 15 Pf.
bei mindestens 50 Pfund a 11 Pf.
Austernfisch, ohne Kopf
in delikaten, fleischigen, großen Fischen . . . Pfund 15 Pf.
bei mindestens 50 Pfund a 11 Pf.
Seelachs, ohne Kopf, n. Fleisch, i. etwa 6pfd. Prachtfischen Pfund 12 Pf.
bei mindestens 50 Pfund a 10 Pf.
Kabljau, ohne Kopf
nur Fleisch, in extrafein. etwa 7pfündigen Fischen Pfund 12 Pf.
bei 50 Pfund a 10 Pf.
Schellfisch, „Helg." in silberblanken Fischen, je nach Größe . . . . . . Pfund 25–18 Pf.
Ausführliche gedruckte Kochrezepte gratis!
Neue feinste Riesenbratheringe . 2 Stück 15 Pf.
8 Pfund-Dosen, [illegible] 4 Pfund-Dosen
bei 25 Dosen a 110 Pf. 85 Pf.
bei 10 Dosen a 115 Pf. 90 Pf.
bei 5 Dosen a 120 Pf. 95 Pf.
einzelne Dosen 125 Pf. 100 Pf.
Versand prompt gegen Nachnahme!

Großes Lager selbstgefert. Böttchergefäße, Wasch- u. Wringmaschinen, Haus- u. Küchen-Artikel in großer Auswahl sowie echt Erzgebirgische Holzspielwaren findet man reell und solid bei
Gegr. 1871 Richard Thomas Gegr. 1871
Dresden-A., Freiberger Strasse 9.
Reparaturen an Holzgefäßen jeder Art prompt und sauber.

Annähfüsse
aus prima Handstrickgarn gestrickt
3 Paar 1 M.
Strumpffabrik P. Krause
Gerokstraße 54, gegenüber dem Carolahaus; Rosenstraße 7, drittes Haus vom Freiberger Platz; Bautzner Straße 21, nächst Markgrafenstraße.

Frauen
gebrauchen bei Störungen
Perioden-Pulver
Schachtel à 2.50 M. Prospekte gratis.
Frau Hennig, Am See 24.

Paul Kluge
Poffendorf
empfiehlt Schuhwaren aller Art.

Damen-, Mädchen-, Kinder-Hüte
eleg. Neuheiten, kol. Auswahl, Hutborten, Straußf., Fleureus., Reiher billig.
54, 1. Hutfabrik Ammonstraße 54, 1.

Modern. Klappsportwagen, Netzbettstell., Kinderwag. bill. zu verkaufen Zillergaße 5, part.

Vorurteile
zu haben, ist nicht mehr zeitgemäß. Das geben Sie zu?! — Und doch hegen Sie noch ein Vorurteil gegen Palmin?
Prüfen Sie Palmin, indem Sie einen Pfannkuchen damit backen — dann urteilen Sie! Ihr Vorurteil wird sich in Bewunderung verwandeln.
Lassen Sie sich keine Nachahmungen aufdrängen!

Allerfeinstes
Mischobst
bestehend aus
Ringäpfeln, Birnen, Aprikosen
Pfirsichen, Feigen, Datteln,
Pflaumen, Rosinen, Korinthen
alles in bester neuer Ware
1 Pfund 38 Pf.
bei 5 Pfund 1 Pfund 36 Pf.
F. E. Krüger
nur
Webergasse 18.
Fernsprecher Nr. 1912.
Freier Versand nach allen Stadtteilen.

Möbel, Schuhe, neu und gebraucht, am billigsten b. F. Neumann, Großenhainer Str. 117.

Herren-Rad m. Frlf., wie neu, f. 30 M. zu verk. Dresden-A., Cypelstraße 19, 1. r.

Ein grosser Posten
Sofabezüge
in glattem und gepresstem Plüsch, Moquette Coteline usw.
Grosse Auswahl in Tischdecken und Portieren in Filz, Tuch, Plüsch und Leinen
Steppdecken
Maschinen- und Handarbeit, zu enorm billigen Preisen bei
Kupfermann
Dresden, Pillnitzer Str. 14, I.
Kein Laden!

Eleg. Stoff- u. Plüschsofas
beste Polsterung — eleg. Möbel, Ausstattungen empf. billigst (auch bei Teilzahlung) Rössler, Tapezierer, Schäferstraße 38.

Gebr. Möbel
in gutem Zustande kaufen Sie sehr billig (Teilzahl.) beim Gewerken Pollmann, Schäferstraße 59 u. Wachsbleichstraße 3b.

12 Kabinett-Photographien von 3 M. an liefert
Photograph Rich. Jähnig
Marienstraße Nr. 12
im Hause von Weigel & Zech.

Oskar Ruhtz
Leipziger Straße 158
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in Stroh-, Filz- und Seidenhüten — Mützen — Stöcken Schirmen — Herrenwäsche — Krawatten usw.
Um gütige Unterstützung bittet D. O.

Herrschaftl. gut getr. H.- u. Damen-Kleider, Jackett- und Gehrock-Anz. v. 10 M. an, einzelne Hosen, Westen, Schuhe, Damen-Röcke, Blusen verleiht und verkauft billig
Röhner, Webergasse 14.

Einige Waggons
guttochende, mehlige, weiße
Speise-Kartoffeln
billig abzugeben, 10 Pfd. 48 Pf., 1 Zentner 4,60 M. frei Haus.
Ostra-Allee 31 (Kartoffelkeller).

Strumpfanstrickerei
jeder Stärke, Reparatur von Unterhosen Seilergasse 12.

Kokos-Flocken
Selbmanns Filialen

Klöpplerinnen
in Gold und Silber gesucht. Frau Lehner, Fiedlerstr. 14, [illegible]

6. Wahlkreis. Bezirk Leuben u. U.

Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unsere Genossin

Frau Rosa Wendt

(Reick, Gasanstaltstraße 10) Dienstag früh 8 Uhr verstorben ist.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 3 Uhr auf dem Friedhof Leubnitz-Neuostra statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht — Die Verwaltung.

Allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten, die mir beim Hinscheiden meiner lieben, viel zu früh verstorbenen Frau

Helene Franz geb. Hennig

durch herrlichen Blumenschmuck in so reichem Maße sowie durch zahlreiches Geleit zur letzten Ruhestätte ihre Teilnahme in diesen schweren Stunden bezeugten, sage ich hierdurch meinen innigsten, tiefgefühltesten Dank.

Max Franz im Namen aller Hinterbliebenen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120509/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Arbeiterinnen! Sorgt für eine Massenbeteiligung am Frauen-Wahlrechtstag! Vorwärts zum Kampf für euer Menschenrecht!

Reichstag.

56. Sitzung. Mittwoch, den 8. Mai, nachmittags 1 Uhr.
Am Bundesratstisch: Dr. Solf.

Mischehenfrage.

Abg. **Erzberger** (Z.): Was der Staatssekretär in seiner Rede vertreten hat, und was der Antrag Dr. Braband will, heißt das Roß am Schwanz aufzäumen. Man will keine Mischlinge und verbietet die Mischehen. Dabei steht fest, daß 90 Proz. der Mischlinge aus dem Konkubinat von Weißen und Schwarzen stammen. Wo bleibt da die Logik? Da müßte man viel eher Maßnahmen gegen den außerehelichen Geschlechtsverkehr treffen. Davon habe ich aber bisher nichts gehört. Möge der Staatssekretär doch gegen seine Beamten, die sich mit Schwarzen abgeben, ebenso streng vorgehen, wie es England tut, das solche Beamten entläßt oder versetzt. In erster Linie sollten verheiratete Beamte in die Kolonien geschickt werden, das ist viel wirksamer als ein Verbot der Ehe zwischen Weißen und Schwarzen. Eine Ehe zu verbieten, ist eine Brutalität ersten Ranges. Es ist das Naturrecht jedes Menschen, sich so verehelichen, wie er es für richtig hält. Samoa ist ganz christlich. Sie verbieten also die Ehe zwischen Christen. Das ganze ist ein bloßer Lufthieb, denn die Trauung kann in jeder fremden Nachbarkolonie vollzogen werden und hat dann Gültigkeit auch für die deutschen Kolonien. Ich kann Sie nur bitten, an dem Beschluß der Budgetkommission festzuhalten. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. **von Böhlendorff-Kölpin** (k.): Wir legen den Hauptwert auf die Erziehung der Beamten, damit sie mit gutem Beispiel vorangehen.

Abg. **von Richthofen** (natl.): Durch das Verbot der Mischehen wollen wir das Rassegefühl der Weißen stärken, dann wird auch der außereheliche Geschlechtsverkehr zwischen Weißen und Schwarzen aufhören. (Lachen im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **David** (Soz.):

Der Versuch der Konservativen, ihre Haltung mit dem Christentum in Einklang zu bringen, ist gänzlich mißlungen. Wenn sie auf dem Standpunkt der christlichen Religion stehen, die die Gotteskindschaft aller Menschen zur Basis für ihre Moral mache, in der Sie nicht den geringsten Anlaß finden, die Menschen verschieden zu werten und die außerdem noch sagt, daß die Ehen im Himmel geschlossen werden (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), und wenn Sie es trotzdem hier unternehmen, Sturm zu laufen gegen die Eheschließung zwischen Christen — denn darum handelt es sich in Samoa —, dann ist das ein solcher Widerspruch, der mit gesunder Logik nichts zu tun hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was das Argument der Rassereinheit betrifft, auf das sich die Nationalliberalen und Freisinnigen stützen, so wird es durch die Tatsache, daß 90 Proz. der Mischkinder unehelich sind, vollständig über den Haufen geworfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Behauptung des Herrn von Richthofen, das Eheverbot wäre ein Weg, die Zahl der unehelichen Mischkinder zu vermindern, beweist auch wieder eine Logik, bei der man sich an den Kopf greift. Wenn man die Eheschließung zwischen Weißen und Farbigen verhindert, so wird der Erfolg nur der sein, daß aus 90 Proz. unehelicher Kinder 100 Proz. werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr von Richthofen meinte, wenn man die Ehe verbäte, so würde dadurch ein starkes Rassegefühl bei den Weißen erzeugt, so stark, daß sie in den Kolonien — Enthaltsamkeit üben? Oder was meinten Sie? (Große Heiterkeit.) Wenn Freiherr von Richthofen diese Konsequenz nicht ziehen will, so fällt damit seine ganze Logik wie ein Kartenhaus über den Haufen, und diese Konsequenz zu ziehen, geniert er sich noch etwas, so weit kennt er doch die menschliche Natur, daß er weiß, daß auch ein starkes Rassegefühl gegenüber einem noch elementareren Gefühl die Segel streicht. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Erlaß des Staatssekretärs ist zunächst auf die Samoanische Bevölkerung gemünzt. Nun sind gerade die Samoaner — darin stimmen alle Ethnographen überein — ein ganz hervorragend schönes und gesundes Volk. Ich glaube demgegenüber versagt das Rassegefühl. Ja, mancher Weiße könnte vielleicht mit einer Samoanerin seine eigene Nachkommenschaft nicht degradieren, sondern aufbessern. (Große Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Jedenfalls sind die Samoanerinnen nicht in einen Topf zu werfen mit den Negerinnen. Sie sind nahe verwandt mit den Japanern. Wir hören zuweilen, daß ein Gesandter eine Japanerin heiratet und dann kommen die allerhöchsten Herrschaften und gratulieren ihm, da scheint man das Rassegefühl gänzlich verloren zu haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nun sagt man, die Beamten sollen mit gutem Beispiel vorangehen, seither war das nicht der Fall, eher das Gegenteil. Wollte man alle Beamten zur Rechenschaft ziehen, die ihrerseits die Mischlingsbevölkerung vermehren, so wäre ein ganzer Rattenkönig von Prozessen die Folge. Unser Standpunkt ist der, es soll Sache der Selbsterziehung, der Selbstzucht jedes einzelnen sein, für die Güte seiner Nachkommenschaft zu sorgen. Das ist eine Forderung der sexuellen Moral. Wir wünschen auch nicht, daß planlos eine Mischbevölkerung erzeugt wird. Aber wir wollen nicht, daß da, wo es geschieht, die Frauen und die Kinder sozial degradiert werden, daß man ihnen das Brandmal aufdrückt, wie auch bei uns leider den unehelichen Kindern, die doch wahrhaftig nichts dafür können, daß sie nicht in einer Ehe erzeugt sind. Deshalb sind wir aus Gründen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit gegen das Verfahren, das sie einschlagen wollen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Erzberger (Z.) und Freiherr von Richthofen (natl.) schließt die Debatte.

Die Resolution der Budgetkommission, die einen Gesetzentwurf verlangt, welcher die Gültigkeit der Ehe zwischen Weißen und Eingeborenen in allen deutschen Schutzgebieten sicherstellt, und das Recht derjenigen unehelichen Kinder regelt, auf welche etwa das Bürgerliche Gesetzbuch zurzeit nicht Anwendung findet, wird in namentlicher Abstimmung mit 203 gegen 138 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Mit der aus Sozialdemokraten und Zentrum bestehenden Mehrheit stimmen auch einzelne Freisinnige, die Abg. Gothein, Kerschensteiner.

Die Resolution der Kommission, welche einen Gesetzentwurf zur Einengung des Verordnungsrechts in den Schutzgebieten verlangt und die Mitwirkung der Reichsgesetzgebung erweitern will, wird angenommen.

Es folgen die **Abstimmungen** über die Abänderung der Bestimmungen der Geschäftsordnung über **Interpellationen**.

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge werden die Anträge der Geschäftsordnungskommission **angenommen**.

Ueber den Antrag der Konservativen, daß bei der Besprechung einer Interpellation die Stellung eines Antrages unzulässig sein soll, wird namentlich abgestimmt; er wird mit 265 gegen 67 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Nach Schluß der Abstimmungen erklärt:

Präsident **Kaempf**: Die neue Geschäftsordnung tritt meines Erachtens sofort in Kraft. (Zustimmung.) Der erste Tag für kleine Anfragen ist also der nächste Freitag, nachmittag 1 Uhr. Im Interesse des Geschäftsganges schlage ich vor, daß am Mittwoch bis zum Schluß der Sitzung etwaige Anfragen dem Bureau des Hauses übergeben werden. (Zuruf: Heute?) Jawohl, wenn die Anfragen heute am Schluß der Sitzung dem Bureau übergeben werden, so ist nur noch knappe Zeit dazu, sie dem Reichskanzler zu übermitteln und ihm die Zeit zugeben, die Antwort vorzubereiten. Wenn am Dienstag der Tag für die kleinen Anfragen ist, so schlage ich vor, diese Anfragen am Sonnabend bis zum Schluß der Sitzung dem Bureau zu übergeben.

Das Haus ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

Es folgen die Abstimmungen über den Vorschlag der Geschäftsordnungskommission betr. die Mindeststärke der Fraktionen und die dazu gestellten Anträge.

Der Antrag **von Gamp** (Rp.), die „Zugezählten" bei einer Gruppe für die Anerkennung als Fraktion mitzuzählen, wird gegen die Stimmen der Rechten und eines Teiles des Zentrums **abgelehnt**.

Der Antrag **Schultz** (Rp.), die Vereinigung der Mitglieder und Hospitanten einer Partei bis auf weiteres als zur Teilnahme an Kommissionen und am Seniorenkonvent ausreichend anzuerkennen, wenn sie mit den „Zugezählten" 15 Mitglieder erreicht, wird in namentlicher Abstimmung mit 188 gegen 146 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen abgelehnt. Abgelehnt wird auch der Antrag **Albrecht**, die Vertreter einer Partei, die 1/300 aller bei den Wahlen abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat, als **Fraktion** anzuerkennen.

Angenommen wird nur der Antrag der Kommission, daß nur eine Mitgliedervereinigung von mindestens 15 Mitgliedern (Vollmitgliedern und Hospitanten) als Fraktion anzuerkennen ist.

Es folgt die zweite Beratung des

Etats für das Reichsschatzamt.

Hierzu liegt eine Resolution **Albrecht** (Soz.) und Genossen vor, die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Unstimmigkeiten und Härten, die sich bei der Einteilung der Ortsklassen ergeben haben, baldigst zu beseitigen.

Abg. **Racken** (Z.) erklärt, daß seine Freunde für die Resolution stimmen würden.

Reichsschatzsekretär **Kühn**: Im Jahre 1918 wird eine völlige Nachprüfung der Klasseneinteilung erfolgen. In der Zwischenzeit hat der Bundesrat die Befugnis, einzelne Orte in eine höhere Klasse einzureihen, wenn ein Bedürfnis dazu sich ergibt. Von dieser Befugnis hat der Bundesrat bereits in nicht unerheblichem Umfange Gebrauch gemacht. Im vorigen Jahre sind 67 Orte in eine höhere Ortsklasse eingereiht worden. Wenn neue Tatsachen in einem Ort vorliegen, wird das auch in Zukunft geschehen.

Abg. **Ebert** (Soz.):

Die Art, wie der Bundesrat von seiner Befugnis Gebrauch gemacht hat, hat in weiten Kreisen der Beamtenschaft Beunruhigung hervorgerufen. Außer Stuttgart sind es fast nur kleine Orte mit wenig Beamten, die in eine höhere Ortsklasse gekommen sind. Die Petitionen der größeren Städte sind fast völlig ohne Erfolg geblieben. Dies Ergebnis ist wohl zurückzuführen auf die neuen Grundsätze, die der Bundesrat bei der Prüfung dieser Petitionen angewandt hat und die erheblich von den Grundsätzen abweichen, die seinerzeit Reichstag und Abgeordnetenhaus im Einverständnis mit der Regierung aufgestellt hätten. Danach wurde der Zimmereinheitspreis ermittelt, unter Berücksichtigung der Zimmerzahl, die den mittleren Beamten zugebilligt worden ist, also der Vierzimmerwohnung. Nach den neuen Grundsätzen des Bundesrats aber wird geprüft, ob die Mehrheit der mittleren Beamten eines Ortes mit dem ihnen zustehenden Wohnungszuschuß drei Viertel ihres tatsächlichen Mietsaufwandes decken können. Nun befinden sich unter den mittleren Beamten mehrere Gruppen von Eisenbahnbeamten, die ein verhältnismäßig geringes Gehalt beziehen und natürlich eine Vierzimmerwohnung nur in ganz wenigen Fällen bewohnen können. Deshalb werden die Orte, in denen die betreffenden Eisenbahnbeamten die Mehrheit der mittleren Beamten bilden, recht schlecht bei der Einteilung in Ortsklassen wegkommen. Das Verfahren des Bundesrats ist auch deshalb nicht einwandsfrei, weil dadurch die Einheitlichkeit der Ortsklasseneinteilung durchbrochen worden ist und mit zweierlei Maß gemessen wird. Eine Erklärung des Finanzministers Lentze vom 18. März 1911, daß bei Prüfung der Petitionen von der Grundlage ausgegangen werden müsse, die die Reichstagskommission seinerzeit festgelegt hatte, hatte in gewissem Sinne beruhigend gewirkt. In einer Denkschrift der Beamten aus Elberfeld und Barmen wird nun aber dargelegt, daß im Januar dieses Jahres eine Deputation dieser Beamten unter Führung der Oberbürgermeister bei Herrn Lentze vorstellig geworden sei, und daß ihr mitgeteilt worden sei, daß Elberfeld und Barmen deshalb nicht in eine höhere Ortsklasse versetzt worden seien, weil der Bundesrat die früheren Grundsätze des Reichstags nicht mehr als maßgebend anerkenne. Gegen dieses ungeheuerliche Verfahren muß entschieden Einspruch erhoben werden. Es ist überhaupt recht merkwürdig, daß man das Reichsschatzamt mit der Prüfung dieser überaus sozialpolitischen Petitionen beauftragt hat. Ich will nicht sagen, daß man dadurch den Bock zum Gärtner gemacht hat (Heiterkeit), aber es ist doch ganz natürlich, daß das Reichsschatzamt bei seinen Entscheidungen, die in erster Linie von finanziellen Gesichtspunkten ausgehen, angesichts der Steuerpolitik des schwarzblauen Blocks ist es begreiflich, daß der Staatssekretär in seiner Steuerscheu darauf bedacht ist, möglichst viel Ueberschüsse herauszuwirtschaften. Diese Sparsamkeitspolitik ist aber hier am wenigsten angebracht, denn hier wird gespart auf Kosten der Gesundheit der Beamtenfamilien. Vor allem hat unter diesem Verfahren die Unterbeamtenschaft zu leiden. Den Unterbeamten hat man ein Wohnungsbedürfnis von zweieinhalb Zimmern zugebilligt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dabei sind mehr als 90 Prozent aller Unterbeamten verheiratet und haben im Durchschnitt vier Kinder. Also einer sechsköpfigen Beamtenfamilie mutet man zu, mit zweieinhalb Wohnräumen auszukommen. Im Westen versteht man darunter meist eine Küche, ein Wohn- oder Schlafzimmer und eine Dachkammer. Es muß bei der Einteilung der Ortsklassen Rücksicht genommen werden auf die Einheit der einzelnen Landesteile und auf Ortsgebräuche. So ist es im Westen vielfach üblich, daß der Mieter den Küchenherd und die Oefen stellen muß. Also eine Revision der Ortsklassen tut dringend not. Je einmütiger Sie unserer Resolution zustimmen, um so größer wird der Eindruck auf die Regierung sein. Den Reichsschatzsekretär erinnere ich daran, daß der Reichskanzler vor kurzem geäußert hat, die Reichsregierung würde der Wohnungsfrage dauernd die Aufmerksamkeit zuwenden, die sie verdient. Nun, hier handelt es sich um einen wesentlichen Teil der Wohnungsfrage, und ich möchte dringend bitten, daß die Regierung auch dieser Resolution die Beachtung zukommen läßt, die sie verdient, und nicht nur die finanzielle, sondern auch die soziale Seite der Frage erwägt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Reichsschatzsekretär **Kühn** bestreitet, daß die Regierung sich von den Grundsätzen, welche die Kommission des Reichstages festgesetzt hat, entfernt habe; finanzielle Erwägungen seien bei der Erledigung dieser Frage nicht maßgebend.

Abg. Dr. **Quarck** (natl.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu der sozialdemokratischen Resolution.

Abg. Dr. **Neumann-Hofer** (Vp.): Auch meine Freunde werden für die Resolution stimmen. Die Zölle und Steuern werden zwar für das Reich erhoben, aber von den Einzelstaaten, daraus ergibt sich eine ganze Reihe ungleichmäßiger Anwendungen des Zolltarifs. Eine einheitliche Regelung wäre für das Publikum und die Beamten bequemer und für das Reich billiger. Daher sollte man die ganze Zollverwaltung auf das Reich übernehmen.

Reichsschatzsekretär **Kühn**: Diesem Wunsche des Vorredners steht die Verfassung entgegen, die klar und deutlich vorschreibt: „Die Erhebung und Verwaltung der Verbrauchssteuern bleibt jedem Bundesstaat innerhalb seines Gebietes überlassen".

Abg. Dr. **Landsberg** (Soz.):

Meine Freunde unterstützen die Petitionen der Altpensionäre, die für sich selbst sprechen. — Ferner protestiere ich gegen die ungerechte Behandlung der Stadt Magdeburg, die plötzlich, nachdem sie 38 Jahre lang der Serviceklasse I angehört hatte, in eine niedrigere Serviceklasse versetzt ist. Die Beschwerden der Beamten, denen der Wohnungsgeldzuschuß dadurch erheblich gekürzt ist, war berechtigt; die Regierung sollte ihnen abhelfen, indem sie Magdeburg in die Serviceklasse I versetzt.

Abg. **Erzberger** (Z.) tritt für die Erhöhung der Pensionen der Altpensionäre ein.

Abg. **Zimmermann** (natl.) betont die Notwendigkeit einer stetigen Finanzpolitik des Reiches.

Abg. **von Oertzen** (Rp.) erklärt sich für die Resolution und für die Erhöhung der Pensionen der Altpensionäre.

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.):

In bezug auf die Erhebungskosten für Zölle und Verbrauchssteuern ist insofern ein Wandel eingetreten, als wir jetzt nicht mehr, wie früher, aus dem Etat ersehen können, wie hoch die Entschädigungssummen für die einzelnen Bundesstaaten sind. Eine solche Zusammenstellung sollte wieder herausgegeben werden und gleichzeitig über die Summen, die die Einzelstaaten für die Erhebung wirklich ausgeben. Ich möchte auf die schweren Schädigungen eingehen, die die Tabakarbeiter durch das letzte Tabaksteuergesetz erlitten haben. In den Rechnungsergebnissen der Berufsgenossenschaft liegt jetzt eine Grundlage vor, um diese Nachteile genau festzustellen. Daraus ergibt sich, daß im Durchschnitt die Lohnsumme der Tabakarbeiter in einer Reihe von Jahren bis 1909 um 6,65 Proz. gestiegen ist. Man hätte also annehmen können, daß diese durchschnittliche Steigerung weiter angehalten hätte, wenn nicht das Tabaksteuergesetz gekommen wäre. In den Jahren 1909/10 beträgt nun nach dem Nachweis der Berufsgenossenschaft der Lohnverlust der Tabakarbeiter, soweit sie gegen Unfall versichert sind, 77 630 000 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Von diesem Lohnverlust sind gerade die Aermsten der Arbeiter betroffen; da in jeder Fabrik natürlich die schwächsten Arbeiter zuerst entlassen werden. Außerdem gibt es auch eine ganze Anzahl Tabakarbeiter, die nicht gegen Unfall versichert sind, die sogenannten kleinen Fabrikanten, die allein arbeiten, und diese sind in die allerbitterste Not gekommen, denn sie haben überhaupt keinen Anspruch auf irgendwelchen Schadenersatz, wie er den arbeitslos gewordenen Tabakarbeitern durch das Tabaksteuergesetz zugesprochen war. Also hier kann man einmal ziffernmäßig nachweisen, welches Unheil durch solche Gesetze hervorgerufen werden kann, und ich bitte den Reichsschatzsekretär, wenn es wieder gilt, ein Defizit zu decken, nicht wieder zu einer solchen Steuer zu greifen, durch die Tausende und Arbeitertausende der Allerärmsten dem Elend preisgegeben werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **Junck** (natl.): Was für Magdeburg gilt, gilt auch für eine Reihe anderer Städte. (Zustimmung.)

Abg. **Althorn** (Vp.): Der sozialdemokratischen Resolution werden meine Freunde zustimmen. Aber allen wird man es nie recht machen können. Die Petitionen der Altpensionäre werden auch von meinen Freunden unterstützt.

Abg. **Bietmeyer** (Wirtsch. Vg.) erklärt sich für die Wünsche der Altpensionäre und für die sozialdemokratische Resolution.

Die sozialdemokratische Resolution wird angenommen.

Beim Titel: „**Veteranenbeihilfe**" fragt

Abg. **Prinz zu Schönaich-Carolath** (natl.), was aus den schon im April 1910 einstimmig im Reichstag angenommenen Anträgen zugunsten der Kriegsveteranen geworden ist.

Reichsschatzsekretär **Kühn** weist darauf hin, daß 5 Millionen Mark mehr in den Veteranenfonds eingesetzt sind und daß die Ausführungsverordnungen wesentlich milder gestaltet worden sind.

Abg. **Belzer** (Z.): In der Praxis ist aber die Ausführung dieser an sich guten Bestimmungen keine milde, sondern vielfach eine recht harte. (Allseitige Zustimmung.)

Die Weiterberatung wird **vertagt auf Donnerstag 1 Uhr.** (Außerdem 3. Lesung der kleinen Strafgesetznovelle und kleinere Etats.)

Schluß 6½ Uhr.

Man verlange

wenn man die **besten** Fabrikate haben will, stets solche, die sich seit Jahren bewährt haben. Nachahmungen, besonders in ähnlichen Packungen, weise man im eigensten Interesse zurück. Fabrikate, die sich infolge ihrer hervorragenden Qualität und ihrer unbedingten Zuverlässigkeit lange Jahre bewährt und einen Weltruf erworben haben, sind:

Dr. Oetker's Backpulver
Dr. Oetker's Puddingpulver
Dr. Oetker's Vanillin-Zucker

1 Päckchen 10 Pf. 3 Stück 25 Pf.

Ueberall zu haben!

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120509/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

84. Sitzung vom 8. Mai, nachm. 5 Uhr.

Am Regierungstische: v. Seydewitz.

Das Haus tritt in die Beratung ein über Kap. 1 des Etats, betreffend

Forsten

(Einnahmen 16 164 000 M., Ausgaben 7 236 992 M.)

Der Berichterstatter Abg. **Döbritz** (kons.) bittet, den gedruckt vorliegenden Bericht freundlich aufzunehmen.

Abg. **Uhlig** (Soz.): Uns befriedigt der Bericht keineswegs. Ich habe mich schon vor zwei Jahren veranlaßt gesehen, die Lohn- und Rechtsverhältnisse der Forstarbeiter einer Kritik zu unterziehen. Die Verhältnisse dieser Arbeiter sind tatsächlich verbesserungsfähig und verbesserungsbedürftig. Der Forstetat gibt auch die Möglichkeit, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Dabei ist zweifellos der Ertrag aus den Forsten noch steigerungsfähig. Es erweckt auch den Anschein, als ob man die Ueberschüsse in den Etat absichtlich etwas niedrig einstellt, um nicht die „Begehrlichkeit" der Arbeiter aufzustacheln. Aber auch der gegenwärtige Ueberschuß ist hoch genug, um die Lage der Waldarbeiter aufbessern zu können. Nicht ganz unbefriedigt läßt der Bericht allerdings insoweit nicht, als nach dem Bericht der Finanzdeputation A dort Lohnerhöhungen erfolgt sind, wo bisher die allerschlechtesten Lohnverhältnisse bestanden. Die Löhne der Dresdner Waldarbeiter stehen aber hinter denen ihrer Arbeitsgenossen in Tharandt, Schwarzenberg und Grimma noch immer zurück, obgleich bei ihnen der Aufwand für den Lebensunterhalt sicherlich nicht geringer ist als bei den anderen. Freilich stehen die Waldarbeiter in Marienberg, Flöha, Bärenfels, Auerbach, Schandau und Eibenstock bezüglich ihrer Lohnverhältnisse noch hinter den Dresdner Waldarbeitern zurück. Die dort gezahlten Löhne sind nicht genügend, um auch nur die allereinfachsten Ansprüche an die Lebenshaltung zu befriedigen. Nach Ansicht eines Geheimrats sind die Löhne angemessen. Wenn ich Geheimer Rat wäre (große Heiterkeit), würde ich es bei einem Vergleich der Löhne der Waldarbeiter und des Gehalts, das ein Geheimrat bezieht, nicht wagen, die Löhne der Forstarbeiter als angemessen zu bezeichnen. Man muß doch auch bedenken, daß Waldarbeit Saisonarbeit ist, und daß die Ueberschüsse aus den Forsten in der Hauptsache erst durch die Arbeit der Waldarbeiter und der Forstbeamten erzielt werden. Notwendig ist es auch, daß auf allen Arbeitsplätzen Verbandsmaterial gehalten wird, um bei Unglücksfällen sofort Hilfe leisten zu können. Die Arbeiterausschüsse fehlen ebenfalls immer noch. Von der Forstverwaltung muß in allen Dingen Großzügigkeit verlangt werden, sowohl im Etat als auch den Arbeitern gegenüber, aber auch nach außen hin. Nach einer Zeitungsmeldung haben im vorigen Jahre im Staatsforstrevier Kreischern bei Moritzburg drei Radfahrer einen Waldbrand entdeckt und ihn sofort energisch bekämpft. Wenn dies auch seitens dieser Leute nicht in der Absicht geschehen ist, um eine Belohnung zu bekommen, so hat die Forstverwaltung in diesem Falle doch wenig Noblesse bewiesen. Alle drei Leute erhielten zusammen eine Belohnung von 3,70 M. (Heiterkeit), dabei wurde noch einer dieser Männer auf die Geschäftsstelle der Forstverwaltung bestellt, um sich die Belohnung abzuholen. Die Belohnung ist nach einem Stundenlohnsatze von 35 Pf. berechnet worden. Eine Belohnung nach Berechnung von Stundenlohn auszusetzen erscheint doch geradezu unglaubhaft. Solche Dinge sind natürlich nicht geeignet, das Interesse des Publikums am Walde und seiner Erhaltung rege zu erhalten. (Beifall bei den Soz.)

Abg. **Merkel** (lib.) hält es für angebracht, daß die Wertfeststellung der Forsten auf einem anderen Wege erfolgt. Das jetzige Verfahren sei nicht richtig.

Abg. **Koch** (Fortschr. Volksp.) ist der Meinung, daß zur Verhütung von Waldbränden bei offenen Feuern den Arbeitern transportable Kochherde mitgegeben werden sollen. Seine politischen Freunde seien auch bereit, die Löhne der geringbesoldeten Forstarbeiter aufzubessern. In der Absperrung der Waldwege gegenüber dem Publikum sollte weniger rigoros verfahren werden.

Abg. Dr. **Seyfert** (natl.) beklagt die Verlegung der Oberforstmeisterei von Zschopau nach Flöha.

Vizepräsident **Fröhdorf** (Soz.) führt aus, daß die Waldarbeiter darüber klagen, daß die Löhnung nur aller vier Wochen erfolgt. Kürzere Lohnperioden sind durchaus notwendig. Im Winter werden diese Leute zum Streuschlagen verwendet. Aber auch diese Arbeit wird erst nach längerer Zeit bezahlt. In verschiedenen Forstrevieren klagen die Arbeiter auch über schlechte Behandlung. Die Staatsregierung sollte auch in Erwägung darüber eintreten, ob nicht eine allgemeine Arbeiterpensionskasse für die Straßen- und Waldarbeiter gegründet werden kann.

Abg. **Göpfert** (natl.): Klagen über niedrige Löhne sind namentlich unter den Arbeitern der Oberforstmeisterei Bärenfels laut geworden. Das Finanzministerium habe inzwischen aber die Löhne bereits aufgebessert und auch zugesagt, die Frage der Akkordlöhne einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen.

Abg. Dr. **Böhme** (kons.) hält die Klagen der Waldarbeiter über schlechte Behandlung durch ihre Vorgesetzten für unberechtigt.

Finanzminister **v. Seydewitz** weist den Vorwurf zurück, daß die Einnahmen zu dem Zwecke niedrig eingestellt würden, um den Arbeitern den ihnen zukommenden Lohn vorzuenthalten. Die Löhne sind nicht zu niedrig, auch nicht die der Arbeiter des Dresdner Reviers. Die Lohnzahlungen erfolgen in der Regel aller 14 Tage, nur wenn es die Arbeiter wünschen, werden auch längere Lohnfristen eingehalten. Der absolute Jahresverdienst eines Waldarbeiters betrug im Jahre 1911 durchschnittlich 746 M. Man muß jedoch berücksichtigen, daß die Leute nur einen Teil des Jahres für die Forstverwaltung tätig sind und auch nicht unerhebliche Nebeneinnahmen haben. Für die Einsetzung von Arbeiterausschüssen liegt kein Bedürfnis vor; es haben sich dafür nur sieben Reviere ausgesprochen. Die Forstverwaltung legt auch Wert darauf, daß die Waldarbeiter angemessen behandelt werden. Etwaigen Beschwerden wird sofort nachgegangen werden. Die Verlegung der Oberforstmeisterei von Zschopau ist aus dienstlichen Gründen notwendig.

Abg. **Clauß** (natl.) dankt der Regierung für die Verlegung der Oberforstmeisterei von Zschopau nach Flöha, da damit die Geschäftsverbindung mit dieser Behörde für den ganzen Bezirk eine viel günstigere werde.

Abg. Dr. **Hähnel** (kons.) betont, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Waldarbeiter in eingehender und wohlwollender Weise in der Deputation behandelt worden sind. Daß dies geschah, dafür sorgten schon die Freunde des Abg. Uhlig.

Abg. **Nitzschke** (natl.) tritt für eine Besserstellung der mittleren und unteren Forstbeamten ein.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird das Kapitel genehmigt.

Es folgt Kapitel 36

direkte Steuern.

Die Deputation (Berichterstatter Abg. **Döhler** [natl.]) beantragt, die Einnahmen mit 76 079 300 M. zu genehmigen und die Ausgaben mit 4 505 164 M. zu bewilligen; die Anträge der Abgg. **Kleinhempel** und Genossen sowie der Abgg. **Brodauf**, Dr. **Roth** und Genossen sowie die eingegangenen Petitionen der Staatsregierung als Material zu überweisen; die Anträge der Abgg. **Koch** und Genossen und **Castan** und Genossen auf **Wegfall der vier untersten Steuerklassen abzulehnen**, dagegen den Eventualantrag **Keimling** und Genossen:

„Die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach **Einkommen bis zu 600 M. von der Staatseinkommensteuer befreit** werden, **ohne daß den in Betracht kommenden wahlberechtigten Personen das Wahlrecht zum Landtage dadurch genommen wird**"

anzunehmen.

Sekretär **Fleißner** (Soz.): Die sozialdemokratische Fraktion hat auch diesmal wie vor zwei Jahren beantragt, daß Steuern bei Einkommen bis zu 800 M. nicht erhoben werden dürfen. Bedauerlicherweise hat unser Antrag in der Deputation keine Mehrheit gefunden. Vor allem ist unser Antrag gescheitert an dem unbegreiflichen Widerstande der Regierung. Die Regierung hat in der Deputation erklärt, daß sie einem solchen Antrage nicht zustimmen wird. Nach meiner Meinung hätten sich die Herren von der bürgerlichen Seite mit einer solchen Erklärung nicht zufrieden geben, sondern einen etwas schärferen Widerstand leisten sollen. Der Landtag ist doch nicht bloß dazu da, alles das zu tun, was die Regierung will. Wir haben uns in der Deputation alle Mühe gegeben, die Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit unseres Antrags darzulegen. Leider ist es uns nicht gelungen, die Mehrheit der Deputation zu überzeugen. Insofern haben wir aber doch einen kleinen Erfolg zu verzeichnen, als unser Eventualantrag, daß Einkommen bis zu 600 M. steuerfrei bleiben sollen, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß die betreffenden Personen ihr Wahlrecht nicht verlieren, angenommen worden ist. Die Regierung hat aber auch diesen Antrag abgelehnt; sie steht also auf dem Standpunkt, daß diese Leute dann das Wahlrecht verlieren müssen. Die hierfür angeführten Gründe können wir aber durchaus nicht als berechtigt anerkennen. Wir halten jedenfalls daran fest, daß in unserem Sinne eine Steuerreform durchgeführt wird. Unser Antrag wird wiederkommen, weil wir der Meinung sind, daß er eine Entlastung jener Leute bedeutet, die eine solche sehr wohl gebrauchen. Wenn die Regierung erklärt hat, daß sie beabsichtigt, eine Novelle zum Steuergesetz einzubringen, so nehmen wir an, daß dabei auch unseren Anträgen und Anregungen entsprochen werden soll. In der Regierungserklärung ist davon freilich nicht die Rede, da werden nur die Anträge von **bürgerlicher** Seite erwähnt. Wir wollen nun nicht annehmen, daß die Regierung damit sagen will, der sozialdemokratische Vorschlag ist nicht beachtenswert. Es muß auch auf die große Härte hinsichtlich der Doppelbesteuerung der Gewerkschaftsbeiträge hingewiesen werden. Gewiß ist hier die Regierung anderer Meinung als das Oberverwaltungsgericht, aber der Widerspruch liegt einmal vor und sollte endlich beseitigt werden. Aehnlich liegen die Verhältnisse bezüglich der Besteuerung der Konsumvereinsmitglieder. Der Konsumverein ist keine Erwerbsgesellschaft, sondern eine soziale Anstalt. Was die Mitglieder am Jahresschlusse an Dividende ausgezahlt bekommen, ist eigentlich nichts als Ersparnisse. Etwas ganz anderes ist es, wenn die Dividende von Aktiengesellschaften der Besteuerung unterworfen wird. Auch die Petition des Sächsischen Lehrervereins enthält manches Beachtenswertes, soweit solche Härten in Frage kommen. Auch hinsichtlich der Art der Steuerveranlagung könnte etwas anders verfahren werden. Der Arbeiter wird bis auf den letzten Groschen zur Steuer herangezogen, auf der andern Seite läßt sich der Staat große Summen entgehen, soweit reiche und vermögende Leute in Betracht kommen. Es sind Fälle von Steuereinschätzung von Arbeitern vorgekommen, die geradezu absurd genannt werden müssen. Arbeiter, die in der sozialdemokratischen Partei eine Vertrauensstellung bekleiden, sind viel höher — um 200 M. — eingeschätzt worden, als ihr Einkommen nachgewiesenermaßen beträgt. Auf Befragen ist den Leuten auf dem Gemeindeamte erklärt worden, die höhere Einschätzung sei erfolgt, weil die Steuereinschätzungskommission angenommen hat, daß sie von ihrer Agitation für die Sozialdemokratie ein Einkommen von 200 M. haben. (Lachen bei den Soz.) Diese Leute bekleiden in Wirklichkeit ein Ehrenamt; die Entschädigungen, die ihnen gewährt werden, decken nicht einmal die baren Auslagen. Auf die Frage, warum eine solche Einschätzung erfolgt, hat der Gemeindevorstand erklärt, daß anderswo in gleicher Weise verfahren wird, das ganze Verfahren sei auf Anraten eines Assessors zurückzuführen. Nun, wenn dieser Herr die Sozialdemokratie bekämpfen will, so gibt es doch hierzu wahrlich noch ein anderes Feld als das Steuergebiet. Auf der anderen Seite sind auch in neuerer Zeit Fälle zu verzeichnen, in denen sich reiche Leute um das Steuerzahlen herumgedrückt haben. Wir ersuchen die Regierung, bei einer Reform der Steuergesetzgebung bestrebt zu sein, alle diese Dinge unmöglich zu machen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. **Rentsch** (kons.) hält eine Vereinfachung der Geschäfte im Steuerbetriebe für nötig und bezeichnet die Grundsteuerveranlagung als in vielen Fällen nicht richtig.

Minister des Innern Graf **Vitzthum**: Aus dem Deputationsbericht ist zu ersehen, daß der Antrag Castan mit 7 gegen 6 Stimmen abgelehnt, der Antrag Keimling aber mit 7 gegen 6 Stimmen angenommen worden ist. Es ist nun anzunehmen, daß dasjenige Deputationsmitglied, das gegen den Antrag Castan, aber für den Antrag Keimling gestimmt hat, von der Ansicht ausgegangen ist, daß der Regierung die Steuerbefreiung der zwei untersten Klassen leichter werden wird als die Befreiung der vier untersten Klassen. Beide Anträge machen jedoch keinen Unterschied in der Frage des Wahlrechts. Es handelt sich bei der von den Anträgen beabsichtigten Steuerbefreiung um eines der wichtigsten Grundsätze des Wahlrechts. Nach § 9 des Gesetzes vom 5. Mai 1909 soll nur derjenige das Stimmrecht haben, der eine direkte Staatssteuer entrichtet. Dieser Grundsatz entspricht der übereinstimmenden Anschauung der Regierung und der Stände, und würde bedenklich ins Wanken kommen, wenn jetzt das aktive Wahlrecht auch an Personen verliehen werden sollte, die keine direkten Staatssteuern bezahlen. Gegen eine solche Demokratisierung des Wahlrechts muß sich die Regierung wenden!

Abg. **Schönfeld** (kons.): Die Neuerung, die die Anträge der äußersten Linken wollen, würde auch auf die Gemeindeeinkommensteuer von Einfluß sein. Die Steuerbeträge, die dann ausfallen würden, fallen aber ganz erheblich ins Gewicht. Um den Ausfall wieder auszugleichen, müßten die höheren, vorwiegend aber die mittleren Einkommen stärker herangezogen werden. Das bedeutet aber ein Herunterreißen des Mittelstands. Wir werden deshalb gegen die Anträge der Sozialdemokratie stimmen.

Abg. **Merkel** (lib.) bezeichnet ein Urteil des sächsischen Oberverwaltungsgerichts vom 30. Dezember 1901, das die Berechnung eines Handels- und Gewerbetreibenden betrifft, der Bücher führt, als ein Fehlurteil.

Abg. **Kleinhempel** (natl.): Meine politischen Freunde stimmen für den Antrag auf Wegfall der beiden untersten Steuerklassen schon aus dem Grunde, daß damit eine wesentliche Geschäftsvereinfachung eintreten würde. Die betreffenden Personen dürfen natürlich nicht das Wahlrecht verlieren. Die Regierung wird schon noch einen Ausweg finden. Ferner sind wir für einen weiteren Ausbau des Kinderparagraphen, für Berücksichtigung der Wünsche der Festbesoldeten und für den Abzug der Lebensversicherungsprämien vom steuerpflichtigen Einkommen.

Finanzminister **v. Seydewitz**: Ein Fallenlassen der vier untersten Steuerklassen im Sinne des Antrags Castan ist nicht angängig. Es liegt auch hierfür kein allgemeines Bedürfnis vor. Die Verwirklichung des Antrags würde einen Ausfall von 1½ bis 1¾ Millionen Mark bedeuten. Auf diese Einnahme kann nicht verzichtet werden. Auch der Antrag Keimling ist nicht annehmbar. Die Steuern sind für die betreffenden Kreise auch nicht drückend. Die Regierung wird jedoch in Erwägung ziehen, auf welche andere Weise dem fraglichen Personenkreise Erleichterungen gewährt werden können. In der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts wegen der Besteuerung der Unterstützungseinrichtungen der Arbeiterschaft kann die Regierung nichts Unbilliges erblicken. Der Minister nimmt dann die Einschätzungskommissionen und das Oberverwaltungsgericht in Schutz.

Abg. **Brodauf** (Fortschr. Volksp.) spricht sich für Einführung des Deklarationszwanges aus. Dann würden auch Mittel flüssig werden, um die untersten Steuerstufen in Wegfall bringen zu können.

Abg. Dr. **Hähnel** (kons.) bestreitet, daß die Landwirtschaft bei der Steuerveranlagung besser wegkommt als die Industrie. Beim Wegfall der zwei untersten Steuerklassen wird man vielfach Erleichterungen schaffen, wo sie nicht am Platze sind. Das veranlaßt uns, gegen den Antrag Keimling zu stimmen.

Sekretär **Fleißner** (Soz.) stellt gegenüber den Ausführungen des Ministers fest, daß in der Deputation sämtliche Mitglieder der sozialdemokratischen, freisinnigen und nationalliberalen Fraktionen für den Eventualantrag Keimling gestimmt haben. Wenn der Minister gesagt hat, die Verwirklichung des Antrags käme einer Demokratisierung des Wahlrechts gleich, so ist dieser Grund doch wirklich sehr weit hergeholt. Das widerspricht auch dem, was für die ablehnende Haltung der Regierung vom Finanzministerium geltend gemacht worden ist, nämlich, daß in der Hauptsache die Vergünstigung nur Dienstboten, Witwen und jungen Logisburschen zugute kommen würde. Diese Leute haben aber doch sowieso kein Wahlrecht. Also kann auch von einer weitgehenden Demokratisierung des Wahlrechts keine Rede sein. Redner widerlegt dann die Behauptung des Abg. Schönfeld, daß die Sozialdemokratie zwar Anträge einbringe, die einen Steuerausfall zur Folge haben, aber nicht für Deckung sorge.

Abg. **Nitzschke** (natl.) beantragt zur Geschäftsordnung, weil die nationalliberale und konservative Fraktion nur wenige Mann stark vertreten sind, die **Abstimmung auf morgen zu vertagen**, andernfalls würde er die Beschlußfähigkeit — es ist 10 Uhr abends — anzweifeln.

Die Abgg. **Günther** (Fortschr. Volksp.) und **Sindermann** (Soz.) wenden sich gegen den Vorredner und beantragen, die Abstimmung heute vorzunehmen.

Auf der linken Seite des Hauses entsteht großer Lärm, als mehrere Mitglieder der rechten Seite den Saal verlassen, um die Beschlußunfähigkeit herbeizuführen.

Abg. **Sindermann** (Soz.) nagelt diesen Vorgang ausdrücklich fest. (Große Erregung auf allen Seiten des Hauses.)

Auf Antrag des Abg. **Günther** (Fortschr. Volksp.) wird durch namentliche Abstimmung die Beschlußfähigkeit des Hauses festgestellt.

Die Abstimmung ergibt, daß nur 48 Mitglieder anwesend sind. Das Haus ist also **beschlußunfähig**, weshalb der Präsident die Sitzung schließt. Die Abstimmung wird als erster Punkt auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung gesetzt.

Infolge des vorzeitigen Schlusses der Sitzung kam auch nicht die sozialdemokratische Interpellation über den Wohnungsmangel zur Verhandlung.

Nächste Sitzung: Donnerstag, vorm. 11½ Uhr. Tagesordnung: Die Gesetzentwürfe über die Versorgung der Hinterbliebenen von Staatsdienern, Geistlichen und Lehrern; Etatkapitel.

Victoria-Salon I. Varieté-Theater Dresdens (am neuen Rathaus)
Die grosse Ausstattungs-
Revue „Auf nach Berlin!"
Zirka 50 Mitwirkende, 40 junge Damen. — Anfang 8 Uhr.

A. Rencker
Optische Anstalt
Seestr. 2 (neben d. Krankenkasse)
Brillen u. Klemmer in allen Ausführungen, Theater- u. Reisegläser vorzüglicher Optik, Thermometer, Lesegläser 2c. in großer Auswahl.

Hier kauft man reell und billig **Hamburger** und **Lausitzer Arbeitshosen, Sporthosen** für **Radfahrer** u. **Touristen, Hamburger Oelröcke** u. **Kutscher-Pelerinen, Laden-Joppen, Pelerinen** in allen Preislagen, **Maschinisten-Anzüge, Kutscherblusen**, selbstgef. **Barchentbemden**, alles auf Wunsch nach Maß. **Glitzner**, Rosenstr., Ecke Ammonstraße 66. Haltest. Rundbahn Nr. 26.

Zugaben sind keine Geschenke!

Kein Fabrikant, der auf die Güte seiner Ware Wert legt, kann etwas verschenken.

Wenn Sie Seelig's kandierten Kornkaffee ohne Sparmarken verwenden, haben Sie die Gewissheit, nur Qualität gekauft zu haben.

Das Haus seiner Ehre

„Alfa"-Cakes-Fabrik
Niederlage: Fr. Gerstenberg
Annenstrasse 14 (Engel-Apotheke) Pillnitzer Str. 26 (gegenüber d. Ziegelstr.)
Probieren Sie doch einmal!
Immer frisch:

Germania-Bisquit-Mischung,	sehr pikant,	¼ Pfd.	30 Pf.
Löbnitz „ „	sehr fein,	¼ „	30 „
Konzert „ „	für Feinschmecker,	¼ „	40 „
Juno-Waffel-Mischung,	exquisit		30 „
Schokolade-Bisquit,	ganz überzogen, nur		30 „

Zur Probe 4 Viertel-Pfunde sortiert frei Haus.
Jeden Freitag
frischen gefüllten Waffelbruch, gebackene Tüte 40 Pf.

Kleian's Lebertran-Emulsion

Fahrrad-Mäntel
Schläuche, Ketten, Pedale sowie alle Reparaturen schnell und preisw. O. Schneider, [illegible]

zu einem wohnlichen Heim ausbauen zu können. Ein zu diesem Zwecke veröffentlichter Aufruf hatte bis jetzt Spenden im Gesamtbetrage von 5000 M. zur Folge.

Das Bureau des Bundes wurde im letzten Geschäftsjahre von 441 ledigen und 42 ehelichen Schwangeren und Müttern aufgesucht. Von den ledigen standen 55 im Alter von 16 bis 19 Jahren, 210 waren 20 bis 25, 90 26 bis 30, 23 31 bis 35 und 1 über 40 Jahre alt, während bei 13 Altersangaben fehlten. 396 hatten die Volksschule, 36 eine höhere Schule besucht, 3 (Ausländerinnen) waren ohne Schulbildung. Dem Beruf nach waren bei weitem die meisten Hilfesuchenden (226) Dienstmädchen, ein Beweis für die Unrichtigkeit der Auffassung der besonderen Geschlechtlichkeit dieses Berufs. 55 waren kaufmännische Angestellte, 40 Arbeiterinnen, 30 Stützen und Wirtschafterinnen, 36 Schneiderinnen, Putzmacherinnen usw., 11 Schauspielerinnen, 8 Krankenpflegerinnen, 4 Angestellte usw. Unter den Vätern, die meist im Alter von 20 bis 30 Jahren standen, befanden sich 90 Handwerker, 91 Kaufleute, 76 Arbeiter, 25 Beamte, 16 Chauffeure, 8 Studenten, 9 Bauern, 6 Künstler. Daß unter den unehelichen Vätern, die also nicht in genügender Weise für Mutter und Kind sorgten, sich auch 4 Offiziere, 5 akademisch Gebildete, 3 Lehrer und 1 Gutsbesitzer befanden, ist bezeichnend. Von den Vätern waren 30 verheiratet und 4 im Gefängnis. Die Heirat war in Aussicht in 60 Fällen; ausgeschlossen war sie in 99 Fällen.

In der Rettungsstation des Bundes fanden in der Zeit vom 1. April 1911 bis 15. März 1912 im ganzen 46 Mütter Aufnahme mit zusammen 1049 Verpflegungstagen, sowie 23 Kinder mit 361 Verpflegungstagen. Außerdem wurden 76 Stellen, darunter mehrere Freistellen in öffentlichen und privaten Kliniken besorgt. Zur Entbindung wurden die Hilfe suchenden Frauen an das Wöchnerinnenheim am Urban, der Universitätsfrauenklinik, der Charité, dem Heim der Frau Dr. Rhgodzinsky in Pankow und anderen gewiesen. Auch für die Unterbringung der Säuglinge wurde Sorge getragen.

Zum Schluß ist dem Bericht wieder eine Reihe Auszüge typischer Fälle beigefügt, typisch für das Elend, in das oft die eheliche Mutter gerät, typisch aber auch für die Widersinnigkeit unserer herrschenden und gesetzlich sanktionierten Moralbegriffe auf sexuellem Gebiete. Für das letztere folgendes Beispiel: Eine Lehrerin, die mit einem Manne jahrelang in freier Ehe gelebt hatte, da dessen legitime Gattin trotz faktischer Trennung in keine offizielle Scheidung willigen wollte, hatte mit diesem Manne zusammen ein Erziehungsheim eröffnet, in dem auch ihr Kind, ein begabter Knabe, erzogen wurde. Infolge einer Denunziation an die Schulbehörde wurde den Eltern die Konzession für die Schule und damit die Grundlage ihrer Existenz, die Möglichkeit, auf das beste für ihr eigenes Kind zu sorgen, entzogen. In einem anderen Falle wurde ein Beamter, der mit der Schwester eines Offiziers eine freie Verbindung eingegangen war, ehe er noch von seiner früheren Frau getrennt war, auf Grund einer Denunziation dieses Offiziers von seiner Behörde ohne Pension entlassen und ihm so die Möglichkeit genommen, für die erste Frau und ihre Kinder sowie für die zweite Frau und deren Kind zu sorgen. Ueberaus tragisch sind die Fälle, in denen junge Mädchen von einem Manne, womöglich unter Nennung eines fremden Namens, verführt und dann vor der Entbindung verlassen wurden. Der Bericht erwähnt auch hierfür mehrere Beispiele. Gerade in solchen Fällen tritt die überaus segensreiche Wirkung des Bundes zutage, der diese Unglücklichen vor der äußersten Not und Verzweiflung schützt und auf diese Weise vielleicht schon mehr als einen Kindesmord verhindert hat. Möge ihm daher immer mehr die Unterstützung aus allen Bevölkerungskreisen zuteil werden.

Gesundheitspflege

Die Nervenschwäche der Frauen und ihre Behandlung. Die Frauen sind noch häufiger der Nervenschwäche oder, mit gelehrtem Namen, der Neurasthenie, dieser angeblichen Zeitkrankheit, verfallen als das männliche Geschlecht. Abgesehen von den besonderen Störungen, denen der weibliche Körper ausgesetzt ist, wirken auch die allgemein in Betracht kommenden Ursachen, wie körperliche oder geistige Ueberarbeitung, plötzliche Erschütterungen, Sorge, Berufskrankheiten, Vergiftungen und dergleichen auf den weiblichen Körper schwerer. In jedem Fall wird das Gleichgewicht des Stoffwechsels gestört, und damit die Ernährung und Leistungsfähigkeit der Nerven. Bei einem sonst gesunden Zustand werden die Folgen nicht bedenklich sein und nach einer Zeit der Schwankungen sich wieder ausgleichen. Immerhin dauert auch dann bis zur völligen Wiederherstellung des Nervengleichgewichts durchschnittlich zwei Jahre vergehen. Die Äußerungen der Neurasthenie, soweit sie die höheren Nervenzentren betrifft, bestehen in geistiger Niedergeschlagenheit, Reizbarkeit, Mangel an Selbstbeherrschung bis zu zeitweiliger Geistesabwesenheit, Zwangsvorstellungen, Schwindel und Störungen der Sinnesorgane. Auch plötzliches Erröten ist ein sehr gewöhnliches Merkmal. Sind die niederen Nerven in Mitleidenschaft gezogen, so treten Krankheitserscheinungen vom Rückenmark her ein, die aber auch nicht immer leicht richtig zu erkennen sind. Sind die auf diesem Wege hervorgerufenen Leiden nicht zu arg, so werden sie von den Frauen häufig als ein Teil ihrer Lebensbürde hingenommen und überhaupt nicht vor den Arzt gebracht. Oft hört man auch die Meinung, es lohne nicht, da der Arzt doch nicht helfen könne. In der Tat ist die Bekämpfung der Neurasthenie eine außerordentlich schwierige Aufgabe, da sie ebenso viele verschiedene Behandlungen verlangt, als sie Ursachen hat. Mit Arzneien läßt sich ihr nur in gewissem Umfang beikommen, und namentlich ist die Zahl der Mittel recht beschränkt. Bevorzugt werden die Bromverbindungen wegen ihrer beruhigenden Wirkung, ferner der weiße Baldrian, der gleichfalls gute Dienste zur Linderung der Nervenreizbarkeit leistet, und die jetzt ziemlich aus der Mode gekommene Sumbulwurzel und [illegible]. Der indische Hanf wird hauptsächlich gegen Gesichtsneuralgie gebraucht, die auch mit der Nervenschwäche in ursächlicher Verbindung stehen kann. Zuweilen bringt auch Digitalis Nutzen, und dazu kommt noch das Heer der Schlafmittel. Das erste Gebot der Behandlung ist und bleibt selbstverständlich möglichste Ruhe. Ist eine Besserung des Befindens teilweise eingetreten, so müssen die Nerven wiederum gekräftigt werden, was namentlich durch Phosphorverbindungen, Strychnin, Eisen und ameisensaure Salze geschehen kann. Läßt auch die Beschaffenheit des Blutes zu wünschen übrig, so ist ein [illegible] zu empfehlen. Packungen und andere Wasserbehandlung greift häufig günstig ein, und namentlich kann durch heißes destilliertes Wasser die Verdauungstätigkeit gefördert werden. Endlich werden oft Massage und Elektrizität bevorzugt. Trotz dieser Vielheit der Mittel hält Dr. Wanders in den Archiven für Röntgenstrahlen die Bekämpfung der Neurasthenie gerade bei den Frauen noch für recht ungenügend, nämlich deshalb, weil die Kranken nur in Ausnahmefällen in der Lage sind, die ihnen anempfohlene Behandlung durchzuführen. Gewöhnlich fehlt es an Zeit und Geld, und deshalb bleibt die Neurasthenie eben diejenige Krankheit, die am wenigsten zur Behandlung kommt. In der Hauptsache stellt Dr. Wanders drei Sachen als notwendig hin, einmal die Beseitigung der erregenden Ursache, zweitens die Wiederherstellung des Gleichgewichts im Stoffwechsel, und drittens die Hebung der erkrankten Nerven. Der Kunst des Arztes ist hauptsächlich die Erfüllung der letzten Aufgabe vorbehalten. Es handelt sich dabei vor allem um eine starke Anregung der Gewebeatmung, ihrer Aufnahme von Sauerstoff und überhaupt ihrer Lebenskraft. In dieser Hinsicht hält Dr. Wanders die Elektrizität in Verbindung mit Massage für das einzige Mittel, das die Nerven beeinflussen kann, und zwar besonders die Anwendung von Strömen hoher Spannung.

Eine Statistik des Atems. Von der Tüchtigkeit der Atemwerkzeuge hängt für Gesundheit und Lebensdauer des einzelnen Menschen unendlich viel ab. Nicht nur der Brustumfang, der einen Maßstab für die Geräumigkeit der Lunge gibt, sondern auch die ganze Bauart des Schlundes sind in dieser Hinsicht von größter Bedeutung. Hat man doch sogar gemeint, daß Leute mit engen Nasenlöchern im allgemeinen kurzlebiger sind als solche mit weiten Nüstern. Die Unterschiede in der Entwicklung der Atmungswerkzeuge sind bei den einzelnen Menschen sehr groß, aber man kann doch ungefähr einen Durchschnitt aufstellen, der für den Menschen überhaupt gilt. Mit jedem Atemzug zieht man ungefähr 500 Kubikzentimeter Luft ein. Dieser Betrag trifft nur auf einen ruhigen Atemzug zu. Bei kräftiger Arbeit oder schwerer Anstrengung kann er sich bis auf das Siebenfache steigern. Die Leistungsfähigkeit der Lunge läßt sich am besten daran veranschaulichen, daß sie insgesamt eine Oberfläche von 90 Quadratmeter einnimmt, während der ganze Körper nur eine Oberfläche von 2 Quadratmeter besitzt. Ein Erwachsener atmet gewöhnlich in der Minute 18mal, wenn er sich in Ruhe befindet, 25mal bei einer regelmäßigen und bis zu 60mal bei einer angestrengten körperlichen Arbeit. Außerdem steigert sich die Zahl der Atemzüge bekanntlich im Fieberzustand. Bei Lungenentzündung atmet man ungefähr 40mal in der Minute. Die eingesogene Luft wird sehr schnell und stark erwärmt, und zwar mehr, wenn sie durch die Nase als durch den Mund eingeatmet wird, woraus sich der große Wert der Nasenatmung zu einem Teil erklärt. Eine Luft von 6 Grad wird auf dem langen Wege durch die Nase auf 32 Grad erwärmt, im Munde aber weniger. Das kommt daher, weil der Luftweg durch die Nase etwa 100, der durch den Mund aber nur 70 Quadratzentimeter Fläche besitzt.

Zeitschriften

Der Frauenwahlrechtstag hat auch in diesem Jahre Anlaß gegeben, ein Festblatt „Frauenwahlrecht" erscheinen zu lassen, das wiederum kraftvoll und schön ist. Es wird eingeleitet mit einem edlen, die Frühlingskräfte feiernden Gedicht von Klara Müller-Jahnke. Dem Frauentag am 12. Mai sind mehrere Artikel gewidmet, die die vielseitige Bedeutung des Tages würdigen. August Bebel, Luise Zietz, Rosa Luxemburg, Adelheid Popp und Gertrud Hanna sind mit Beiträgen vertreten. Prächtige Gedichte von Ada Negri, Walt Whitman und anderen bezeugen mit besonderer Kraft, welch menschlich hohen Gehalt der Frauentag birgt. Die in das Festblatt eingefügten Bilder zeigen uns künstlerische Meisterwerke ersten Ranges: Die „rufende Bergarbeiterin" von Meunier, die „Walküre" von Stephan Sinding, die „Ährenleserinnen" von Millet und „Judith" von Botticelli. Sie drücken Mühen, Trotz, Kampfesmut und Menschlichkeit aus, Empfindungen, aus denen heraus die kraftvolle Tat für die Befreiung des weiblichen Geschlechts ihre Kraft saugt. Dies prächtige Blatt, mit dem sich Klara Zetkin ein Verdienst erworben hat, darf in keiner Arbeiterwohnung fehlen.

Man bezieht das Blatt durch unsere Volksbuchhandlungen und Kolporteure.

Von der „Gleichheit", Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 16 des 22. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Unsere Maifeier. — Frauenwahlrecht und Achtstundentag. Von Luise Zietz. — Der erste Mai und die Arbeiterinnen. Von Mathilde Wurm. — Redende Zahlen. — Die Frau in der Industrie und Landwirtschaft Württembergs. II. Von n. usw. Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder.

1912 – Nr. 10 | Beiblatt zu der Dresdner Volkszeitung und der Volkszeitung für Zittau, Pirna, Freiberg, Meissen | 9. Mai

Her mit dem Frauenwahlrecht!

Zum zweiten Male jährt sich der Tag, wo die sozialistisch denkenden Frauen sich anschicken, in machtvoller Weise für das Frauenwahlrecht zu demonstrieren. Verständnislos entsetzt sich, lächelt oder schimpft darüber der größte Teil der bürgerlichen Gesellschaft.

Immer ernster werden die Verhältnisse, die den Frauen die Augen öffnen über die geringen öffentlichen Rechte, die sie besitzen. Immer größer wird die Empörung der denkenden Frauen über das ihnen zugefügte Unrecht. Sie fragen: Wie will die herrschende Gesellschaft es verantworten, die Angehörigen des weiblichen Geschlechts anders als wie den Mann zu bewerten?!

Leisten die Frauen nicht der Gesellschaft dieselben Pflichten als wie der Mann? — Immer größer schwillt das Heer der erwerbstätigen Frauen und Mädchen an, betrug doch ihre Zahl nach der Berufszählung 1907 9 492 881. Während der seitdem verflossenen fünf Jahre ist diese Riesenzahl noch größer geworden. Und daß die Zahl der verheirateten Arbeiterinnen immer stärker noch steigt als die der ledigen, ist ein Beweis, daß die Frau und Mutter in die Lohnarbeit gedrängt wird durch die elenden sozialen Verhältnisse. Zu der Erwerbsarbeit der Frau kommt aber noch die Hausarbeit, alle jene Arbeiten, die sie unbedingt als Frau und Mutter für ihre Häuslichkeit leisten muß, wodurch aber die Tageszeit ihrer Frau bedeutend verlängert wird unbekümmert darum, daß der Frau als Trägerin der zukünftigen Generation Ruhe und Schutz in weitestem Maße gewährt werden müßte. Denn jede gesundheitliche Schädigung trifft ja nicht nur die Frau, sondern auch die zukünftigen Geschlechter. Als **Mutter** hat deshalb die Frau das allergrößte Interesse an der Erringung des Frauenwahlrechts. Ja es ist für sie eine Notwendigkeit, weil die Erfüllung der Mutterschaft mit schweren Opfern und Gefahren verbunden ist, die bedeutend gemildert und abgewehrt werden könnten durch sozialpolitische Maßnahmen, die aber viel besser durch die parlamentarische Mitarbeit der Frau errungen werden. Sterben doch jährlich 10 000 Mütter in Deutschland an den Folgen der Geburten, die sie der Gesellschaft leisten. Und diese Opfer sind am größten da, wo die sozialen Verhältnisse am schlechtesten sind, unter denen die Frauen stehen. Die sozialen Verhältnisse und die mangelnden Schutzbestimmungen bedrohen nicht nur das Leben der Frau, sondern auch das der werdenden und neugeborenen Kinder. Die Gesellschaft wird um zahllose zukünftige Arbeitskräfte betrogen. Es wäre deshalb schon im Interesse der Gesellschaft ein durchgreifender Mütter- und Säuglingsschutz eine dringende Notwendigkeit. Aber die herrschenden Klassen mit ihren Sonderinteressen wußten bisher in kurzsichtiger Weise die Schaffung wirklicher Schutzbestimmungen zu hintertreiben. Trotz sachgemäßer und überzeugender Begründung seitens der sozialdemokratischen Abgeordneten wurden von der bürgerlichen Reichstagsmehrheit kalten Blutes alle Forderungen verschandelt oder abgelehnt, deren Durchführung Leben und Gesundheit der Mütter und Säuglinge geschützt hätte.

Bei diesen Reichstagsverhandlungen ist es den Frauen eindringlich demonstriert worden, wie wichtig und notwendig das Frauenwahlrecht ist. Bei diesen Beratungen mußten die Frauen abseits stehen, sie, die es am meisten angeht, durften nicht mitraten und -taten, durften nicht die Notwendigkeit eines durchgreifenden Schutzes für Mutter und Kind darlegen und die Stimme dafür in die Wagschale legen. Männer, und zwar Männer einer den Volksmassen feindlichen Klasse, bestimmen und legen gesetzlich all das fest, was mitzubestimmen und festzulegen den Frauen zusteht, weil es in seinen Wirkungen die Frauen unmittelbar und in erster Linie angeht.

Wie bei dieser einen Frage, die wir als Beispiel hervorgehoben, so aber steht es bei allen wirtschaftlichen und politischen Fragen, bei denen die Frau als körperliche oder geistige Arbeiterin, als Steuerzahlerin und Objekt der Gesetzgebung, mit einem Worte: als Staatsbürgerin in Betracht kommt. Ueberall berühren die Fragen des wirtschaftlichen und politischen Lebens die Frauen gleichmäßig wie die Männer, und deshalb haben die Frauen auch dieselbe gesellschaftlich-moralische Aufgabe, sich das Wahlrecht zu erkämpfen gleich den Männern, denen es überall in der Welt auch nur durch schwere Kämpfe zuteil geworden.

Darum auf, ihr Frauen der Arbeit: nutzt den Frauentag, den 12. Mai! Demonstriert und fordert laut und vernehmlich euer Staatsbürgerrecht, das **Frauenwahlrecht**! Der bewegende Gedanke ist in die Massen geworfen, er muß vorwärts zum Siege geführt werden. Nicht Vorrecht heißt unser Gedanke: aber **gleiches Recht**. Gleiches Recht, das, aller bleichen Spießbürgergesinnung zum Spott, nicht den Typus Weib zerstören und den Mann zurückdrängen wird, sondern das durch die Aufwärtsentwicklung und die Anteilnahme der Frau einen großen neuen Kulturprozeß herbeiführt, indem es die besonderen Kräfte der Frau mit in den politischen Dienst für die Gesellschaft stellt und so die Männer erst recht antreibt,

das Höchste für die Gesellschaft zu leisten.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120509/11
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Stimmen und Bilder

Als die Frauen in Finnland zum erstenmal zur Wahlurne gingen

Die Rednerin Hilja Pärssinen, eine der sozialdemokratischen Frauenabgeordneten des finnischen Landtags, hat den ersten Wahlgang der finnischen Frauen mit herzlichem Empfinden geschildert. In Klara Zetkins soeben erschienenem Festblatt „Frauenwahlrecht“ lesen wir diese Schilderung, und wir geben sie hier wieder, zugleich um an einem Beispiele den hohen Wert dieses Kampfesblattes, das in jedem Hause gelesen und wieder gelesen werden muß, anzudeuten. Hilja Pärssinen erzählt:

Unvergeßlich bleiben mir die Eindrücke von der ersten Wahl zum finnischen Parlament, die auf Grund eines wirklich allgemeinen Wahlrechts erfolgte. Als die Revolution 1905 „furchtbar prächtig“ durch Rußland geschritten war, hatte ein Generalstreik unter der Führung der Sozialdemokratie dem finnischen Volke ein demokratisches Wahlrecht gebracht. Und nicht bloß die Männer, nein auch die Frauen sollten nun ihr Bürgerrecht gebrauchen. Ich war damals als Lehrerin in einer Handelsstadt tätig. Sie hatte reiche, schöne Bauten und herrliche Anlagen. Wo aber die Arbeiterfamilien wohnten, da sah es jammervoll aus. Sie hausten in elenden Mietskasernen oder in zerfallenden Bretterbuden außerhalb der Stadt. Ihre Viertel ermangelten jeglicher öffentlichen Pflege, jeglicher hygienischen Fürsorge.

Die Arbeiterbevölkerung hatte gerade zur Zeit der ersten Wahl schwer zu kämpfen, um auch nur das tägliche Brot zu verdienen. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit ging um und steigerte die Sorgen. Im Hochsommer suchten junge, arbeitsfähige Männer vergeblich Beschäftigung. Zahlreiche Familien konnten ihre Existenz nur noch weiterfristen, weil die Frau als billige Arbeitskraft in der Tabakfabrik oder in der Textilindustrie etwas verdiente. Die Heimarbeit [illegible] in immer größeren Kreisen ein. Mütter und Kinder wurden gezwungen, ihre Arbeitskraft den Konfektionsfirmen für wahre Bettelpfennige zu verkaufen. Sie nähten und nähten die Tage und Nächte hindurch, bis die Nadel brennend heiß wurde und der Stoff ihren Fingern entfiel.

Nie kann ich die Kinder vergessen, die damals am Morgen müde und abgehärmt in die Schule kamen. Ohne Frische, Interesse und Energie, weil ohne Nahrung, erfroren und abgehetzt, saßen sie da. Von früh 5 Uhr an hatten sie in der Stadt die Morgenblätter „ins Haus“ tragen müssen, treppauf treppab laufend, bis fünf Stockwerk hoch. Sogar in den Schulen der bessergestellten Bevölkerung konnte man deutliche Spuren der Entbehrungen wahrnehmen. Ueberall sah man Kinder, die sichtbarlich die tödlichen Keime der Tuberkulose, Blutarmut, Skrofulose usw. in sich trugen. Nichts als Bilder des Jammers. Es kam vor, daß [illegible] Frauen und kinderreiche Familien gezwungen waren, ihr Heim mit Prostituierten zu teilen. Und das trotz des Bewußtseins der sittlichen Gefahren, die den Kindern drohten.

Ungeachtet der Ungunst dieser Verhältnisse hatte die Sozialdemokratie Finnlands emsig und pflichtgetreu auch unter den Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen eine eifrige Agitation entfaltet. Sie wußte diese Staatsbürgerinnen über die Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts aufzuklären und zur Ausübung ihres Bürgerrechts anzuhalten [?]. Und der Erfolg blieb nicht aus. Trotz des schwarzen Elends, das auf der werktätigen Bevölkerung lastete, beteiligten sich die Genossinnen an allen Wahlarbeiten in den sozialdemokratischen Parteiorganisationen wie auch in den Wahlausschüssen. Am Morgen des ersten Wahltags sahen wir nicht weniger Frauen als Männer in den Wahllokalen. In Reih und Glied gingen sie zur Wahlurne und erfüllten ihre Bürgerpflicht.

Es war ein ergreifender und erhebender Anblick. Von den meisten Gesichtern der Wählerinnen war die Not des Lebens abzulesen. Einige wahlberechtigte Proletarierinnen verlangten im Wahllokal Stimmzettel mit den Namen der sozialdemokratischen Kandidaten. Sie waren voller Sorge, daß ihre Stimme der guten Sache nicht verloren gehe, und wollten darum öffentlich für einen Genossen oder für eine Genossin stimmen, obgleich sie das geheim tun konnten [?]. Sie glaubten, daß die öffentliche Stimmabgabe eine größere Sicherheit für den Sieg der Sozialdemokratie verbürge. Viele Mütter brachten bei der Wahl ihre Kleinen an der Hand oder trugen sie auf dem Arm. Sie konnten die Kinder nicht allein lassen, wollten aber auch nicht auf die Ausübung des wertvollen Wahlrechts verzichten. Ich sah an der Wahlurne Mütter, die erst kürzlich vom Wochenbett aufgestanden waren, hochschwangere und auch ganz junge verheiratete Frauen neben grauhaarigen, gebückten Greisinnen. Proletarierinnen gaben ihren Stimmzettel ab, deren Söhne und Gatten ausgewandert waren — nach Amerika — in der Hoffnung auf einen Verdienst, der ihnen [illegible], die in der Heimat [illegible] Kindern zu unterstützen. Frauen waren, die ihren Gatten auf dem Schlachtfelde der Arbeit verloren hatten, als Opfer des [illegible] Räderwerks oder richtiger: des ausbeutenden Kapitalismus. Zettel nach Zettel aus weiblicher Hand fiel in die Urnen . . .

Noch heute sehe ich sie vor mir, jene Frauen der Arbeiterklasse, die, erfüllt von dem Bewußtsein der Bedeutung des Wahlrechts, in Scharen an den Urnen erschienen. Viel an ihnen verriet die bedrückende Wucht ihrer äußeren und inneren Lebensnot, und doch waren sie stark und fest in dem Wollen, durch die Ausübung ihres Rechts gegen die Uebel der kapitalistischen Gesellschaft zu protestieren, unter denen gerade die Proletarierinnen schwer leiden; durch Ausübung ihres Rechts mitzuhelfen, die notwendigen Verbesserungen zu erzwingen. Klar wollten sie durch ihren Stimmzettel den Machthabern bekunden, daß auch die proletarischen Frauen zum Kampfe aufwachten [?] und entschlossen sind, Hand an das Werk ihrer Befreiung zu legen und sich ein volles menschenwürdiges Dasein zu erringen.

Mit der Konterrevolution in Rußland ist auch über Finnland eine Zeit furchtbarer Reaktion hereingebrochen. Nur gering sind in der Folge die Früchte, die uns das allgemeine Wahlrecht der Männer und Frauen bis jetzt bringen konnte. Aber nichtsdestoweniger hält die finnische Proletarierin an der Ueberzeugung fest, daß das allgemeine Wahlrecht ein wertvoller Besitz ist, und sie erfüllt daher auch ihre Bürgerpflicht nach wie vor mit aller Treue. Sie weiß, daß sie damit dem Rechte und der Freiheit ihres Geschlechts wie ihrer Klasse dient.

Frauenbewegung

Das Weibliche und Allzuweibliche

I

In den ersten Anfängen der modernen Emanzipationsbestrebungen der Frauen, die vornehmlich bereits in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in Amerika zutage traten, bildete, neben der angeblichen Inferiorität der Frauen, den wesentlichsten Einwand gegen die Frauenforderungen die Behauptung, die Wesensart der Frauen sei von der der Männer so sehr verschieden, daß eine Gleichstellung ein Unding sei und auch nicht im Interesse der Frau liege. Die ganze Diskussion über die Frauenfrage bewegte sich um diese beiden Punkte, die Inferiorität und die Wesensart der Frau. Die ersten Frauenrechtlerinnen konnten deshalb zunächst keine andere Aufgabe als die, durch die Wissenschaft und die Praxis nachzuweisen, daß die natürlichen Fähigkeiten der Frau nicht anders, jedenfalls nicht geringer seien, als die des Mannes, daß ein anderer Unterschied zwischen Mann und Frau als der rein sexuelle nicht bestehe. Die fortschrittlichen Frauen reklamierten dann auch alle männlichen Eigenschaften und Fähigkeiten für die Frauen und bemühten sich vielfach, auch im gesellschaftlichen Leben männliches Benehmen zur Schau zu tragen, dabei auch die männlichen Unsitten kopierend: sie rauchten, duellierten sich usw. Die Karikatur hat uns die sehr emanzipierte Frau als eine rauchende, reitende, fechtende, hosentragende Frau überliefert. Das ist zwar Karikatur, Spott; aber es steht auch fest, daß die früheren Frauenrechtlerinnen sich darin übten, ein Wesen anzunehmen, das dem des Mannes gleiche. Und solche Bestrebungen waren in der bürgerlichen Frauenbewegung bis in die jüngste Zeit hinein, wenn auch nur noch vereinzelt, zu beobachten. Sie waren auch begreiflich: die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen kämpften gegen den Mann ihrer eigenen Klasse, der die Gleichberechtigung der Frau mit dem Hinweis auf ihre verschiedene Wesensart ablehnte.

Die sozialistischen Frauen haben sich von jeher von solchen Demonstrationen ferngehalten. Von einer sozialistischen Frauenbewegung kann man ja auch eigentlich nicht reden, jedenfalls nicht in dem Sinne der bürgerlichen Frauenbewegung. Die sozialistischen Frauen kämpfen nicht gegen die Männer, sie arbeiten vielmehr an der Seite ihrer männlichen Gesinnungsgenossen für eine Umgestaltung [?] des Proletariats: ihr Kampf richtet sich gegen die herrschende Klasse: Männer und Frauen. Die Fabrikarbeiterin und das Dienstmädchen, die sich vielleicht niemals um Frauenemanzipation [illegible] haben, stehen der sozialistischen „Frauenbewegung“ näher [?] als die „emanzipierte“ Frau Fabrikbesitzerin oder die „gnädige Frau“ Doktor. Auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung fußend, erklärt die Sozialdemokratie die gesellschaftliche und rechtliche Position der Frau aus den jeweiligen ökonomischen Zuständen und ist der Meinung, daß eine Aenderung ihrer gesellschaftlichen Stellung eine ökonomische Umwälzung voraussetzen müsse: die soziale Gleichstellung von Mann und Frau hat sozialistische [illegible] zur Voraussetzung. Die besondere Wesensart der Frau gewinnt bei solcher Auffassung eine untergeordnete Bedeutung. Die proletarischen Frauen sind auch von jeher produktiv tätig gewesen und ihrer Berufstätigkeit wird seit Jahrzehnten kein Hindernis in den Weg gelegt; sie arbeiten in Fabriken, auf dem Felde usw., ganz wie ihre männlichen Klassengenossen. Unter den heutigen Verhältnissen, in der kapitalistischen Gesellschaft, wird ihre Berufstätigkeit sogar als ein Uebel empfunden, weil ihre Tätigkeit als Mutter und Hausfrau unerläßlich, beides aber nicht zu vereinbaren ist, solange die Hausarbeiten nicht von sozialistischen Einrichtungen übernommen werden [?] können. Ohne daß der Proletarierin von Jugend an [illegible]

[illegible]

Hindernis für die Heranbildung unserer Geschlechtsgenossinnen sein, die die hauswirtschaftliche Erziehung der weiblichen Jugend die kapitalistische Produktion verhindern könnte [?]. Die Wesensart der Frau, die sich auch in einer besonderen Neigung für Kinderpflege, Hausarbeit usw. zeigen soll, erschien deshalb den Sozialisten niemals als ein Hindernis für die Verwirklichung ihres Zieles. Inferiorität haben die Herrschenden auch nicht nur den proletarischen Frauen, sondern auch den proletarischen Männern zugeschrieben, denen ebenso die politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung vorenthalten wurde und zum Teil noch wird wie den Frauen. Daß natürliche Unterschiede zwischen Mann und Frau bestehen, haben die Sozialisten aber auch von jeher anerkannt: sie haben stets gefordert, daß die Frauen in einer ganzen Anzahl von Berufsarten nicht zugelassen werden, denen der weibliche Organismus nicht gewachsen ist.

Die besondere Wesensart der Frau hat aus allen diesen Gründen in der sozialistischen Bewegung niemals die Rolle gespielt wie in der bürgerlichen Frauenbewegung. Heute ist die Diskussion darüber auch fast allgemein verstummt. Die Frauen haben auf den Gebieten der Wissenschaft, der Kunst, in der Produktion und in der Politik bereits soviel Beweise ihrer Fähigkeiten und ihrer Gleichwertigkeit mit dem Manne erbracht, daß sie ihnen niemand mehr ernstlich abstreiten kann. Bereits werden die Frauen zu allen Studien zugelassen, Stellen und Aemter, die ihnen verschlossen waren, öffnen sich ihnen, das Frauenstimmrecht legt sich, wenn auch langsam, durch. Aber die Wesensart [?] der Frauen zeigt zwar eine Gleichwertigkeit, aber keine Gleichartigkeit mit den Männern! Und Psychologie, Physiologie, Biologie und andere Disziplinen der Naturwissenschaft, die früher unbekannt waren, haben in großen und bedeutungsvollen Forschungen auch so viele Ergebnisse zutage gefördert, daß darüber kein Zweifel mehr bestehen kann: es gibt eine Wesensverschiedenheit zwischen Mann und Frau, deren Ursachen sich aus der physiologischen Verschiedenheit der Geschlechter erklären lassen, die auch eine verschiedene Psyche erzeugt und die durch keine Erziehung, durch keinen mechanischen Zwang beseitigt werden kann, weil sie etwas Natürliches [?], folglich Unabänderliches ist. Diese besondere Wesensart der Frauen ist das, was man das spezifisch „Weibliche“ nennt. Mit ihr rechnet heute auch die gesamte Frauenbewegung, die es ablehnt, den Mann zu kopieren, es ihm gleichtun zu wollen, die vielmehr danach strebt, auf Grund der weiblichen Wesensart Großes zu leisten, das den männlichen Leistungen nicht nur gleich an Wert ist, sondern sie womöglich übertrifft.

Nun hat kürzlich Hulda Maurenbrecher ein Buch der Oeffentlichkeit übergeben, das sie Das Allzuweibliche* betitelt und in dem sie begreiflich machen will, daß die Frau anders werden muß und anders werden kann. Weibliche Eigenheiten, die in der Psyche der heutigen Frau zutage treten und die sie das Allzuweibliche nennt, erklärt sie aus einer verkehrten Erziehung und glaubt sie durch eine andere Erziehung beseitigen zu können. Auf ihre Vorschläge einzugehen, soll die Aufgabe eines zweiten Artikels sein.

Edmund Fischer

Umschau

Frauenwahlrecht und Arbeiterinnenschutz

k. r. In den Sturm- und Drangperioden des Kapitalismus war das Unternehmertum bemüht, die Arbeitszeit für die Proletarier fortgesetzt zu verlängern; je länger die Arbeitszeit, je größer der Profit, so kalkulierte es. Karl Marx charakterisiert dies im Kapital in folgenden Worten: „Alle Schranken, die durch Natur, Sitte, Alter, durch Tag und Nacht dem Arbeitstag gesetzt sind, wurden von dem profitwütigen Kapital niedergerannt.“ . . .

Erst die Entwicklung und das Erstarken der Arbeiterbewegung verwandelte den Kampf der Unternehmer um Verlängerung der Arbeitszeit in einen Kampf der Arbeiter um Verkürzung der Arbeitszeit. Neben der Verkürzung der Arbeitszeit verlangten die [illegible] Schutz für Leben und Gesundheit. [illegible]

Diese Tatsache bedeutet ein doppeltes und dreifaches Unrecht [illegible]

[illegible] den Arbeiterinnen und als Mütter hat deshalb die Frau das allergrößte Interesse an der Eroberung des politischen Wahlrechts. Das Wahlrecht soll in ihrer Hand zu einer Waffe werden, um sich einen weitergehenden Schutz zu erzwingen.

Bei dem Vielerlei der Pflichten, die sie zu erfüllen hat, bedeutet jede, auch die geringste Verkürzung der Arbeitszeit für sie schon [illegible]. Leider haben wir es in Deutschland — bis heute — noch nicht weiter gebracht, als bis zum gesetzlichen Zehnstundentag, der außerdem noch von einer Reihe von Ausnahmebestimmungen umgeben ist; derart, daß durch sie selbst das Verbot der Nachtarbeit durchbrochen wird. — Im Besitze des Wahlrechts würde die Frau sicher mit allem ihrem parlamentarischen Einfluß [illegible], um den [illegible] Achtstundentag zu erzwingen. Sie würde [illegible] bemüht sein, die Freigabe des Sonnabend Nachmittags durchzusetzen. Der freie Sonnabend Nachmittag würde für die meisten Arbeiterinnen erst eine volle Sonntagsruhe bedeuten, denn Arbeiten, Einkäufe usw., die heute am Sonntag gemacht werden, können dann bereits am Sonnabend erledigt werden. Diese und noch viele andere Forderungen, die dem Ausbau des Arbeiterinnenschutzes gelten, werden um so notwendiger, je mehr die Frauen und Mädchen bei steigendem Teil der Arbeit beschäftigt werden, und je mehr die Arbeit intensiver gestaltet wird. — Gesundheit, geistige Entwicklungsmöglichkeit, Familienleben, eine größere Beteiligung am öffentlichen Leben ist um so eher möglich, je weiter der Arbeiterinnenschutz ausgebaut ist. Den Ausbau zu beeinflussen, die politischen Rechte, wird sie um so lebhafter wünschen, je mehr sie den Zusammenhang der Dinge kennt. — Die Arbeiter haben deshalb ein lebendiges Interesse an der Eroberung des Frauenwahlrechts. Im richtigen Erkenntnis dieser Sachlage unterstützen deshalb die Gewerkschaften energisch den Kampf der Frauen um ihre politische Gleichberechtigung.

Mögen daher auch die Arbeiterinnen dem Ruf, der an sie ergeht, folgen und am 12. Mai zahlreich die Versammlungen besuchen und für das Frauenwahlrecht demonstrieren. — Der Besitz des Wahlrechts bedeutet für sie die leichtere Erringung des Arbeiterinnenschutzes, größerer Arbeiterinnenschutz wiederum erleichtert ihnen den Gebrauch des Wahlrechts.

Mutterschutz

me. Deutscher Bund für Mutterschutz. Die Berliner Ortsgruppe des Deutschen Bundes für Mutterschutz hat soeben den Geschäftsbericht für das Jahr vom 31. März 1911 bis 31. März 1912 veröffentlicht, der neben der [illegible] über die soziale Entwicklung der Bewegung auch einen interessanten Ueberblick über die allgemeinen Vorgänge auf diesem Gebiete während des letzten Jahres gibt. Als ein Markstein in der Geschichte der Mutterschutzbewegung darf wohl der im Mai vorigen Jahres in Dresden abgehaltene Internationale Kongreß für Mutterschutz und Sexualreform betrachtet werden. Den führenden Köpfen der Berliner Mutterschutzbewegung wurde dabei die Genugtuung zu teil, daß die von ihnen [illegible] Internationale Vereinigung für Mutterschutz und Sexualreform gegründet [illegible] Dr. Helene Stöcker gewählt wurden. [illegible]

Auch die Berliner Ortsgruppe des Deutschen Mutterschutzbundes hat im vergangenen Jahre eine rege Propagandatätigkeit entwickelt. [illegible]

Der Bericht über die praktische Arbeit teilt zunächst mit, daß die Zahl der [illegible]

---

* Hulda Maurenbrecher. Das Allzuweibliche. Ein Buch von neuer Erziehung und Lebensgestaltung. Verlag von Ernst Reinhardt, München, 1912. Preis 2 M.

Ihren derartigen Vorgang aus einer besonderen Ursache hat der japanische Botaniker Kusano im Journal der Landwirtschaftlichen Hochschule in Tokio erörtert. Es handelt sich dabei um die Verwandlung einer Blüte in ein Bündel von blattähnlichen Organen durch den Einfluß eines Schmarotzers aus der Klasse der Pilze. Die Pflanze war ein Prunus von der in Japan und Korea heimischen, aber auch bei uns gern gezüchteten Art Prunus mume, die sich nicht nur durch ihren hohen Wuchs, sondern auch durch die eigenartige Form und schöne Farbe der Blüten auszeichnet. Auf den japanischen Gemälden wird dieser Baum mit Vorliebe dargestellt. Nun haust auf den jungen Knospen des Pflaumenbaums ein Pilz, unter dem die Entwicklung der Blüten leidet, und zwar in der angedeuteten Weise, daß entweder ein Teil ihrer Organe oder alle eine blattähnliche Beschaffenheit annehmen. Zuweilen entstehen dadurch Blüten von ganz gespenstischer Größe, an denen nicht ein einziges Blütenblatt zu sehen ist, vielmehr nur grüne Blätter oder blattähnliche Triebe, die über und über mit gelben Knötchen des Pilzes bedeckt sind. Goethe würde seine helle Freude an dieser Beobachtung gehabt und daraus einen weiteren starken Nachweis für seine Theorie geschöpft haben, daß sich die Kelch- und Blumenblätter aus gewöhnlichen Blättern entwickelt haben. Die Wachstumshemmung, die hier durch den Pilz verursacht wird, äußert sich eben in einer Rückbildung der Blütenorgane.

Körperkultur Ueber Alkohol und Geisteskrankheiten macht in Die Quelle, Monatsschrift für Körper- und Geistespflege, der Irrenarzt Dr. A. Wittermann bemerkenswerte Ausführungen, denen u. a. folgendes zu entnehmen ist: In keinem Spezialgebiete der medizinischen Wissenschaft findet man so innige und weitgehende Wechselbeziehungen zwischen Erkrankung und Alkohol, als in der Kunde von den Geisteskrankheiten. Das kann einen nicht wundern; dem Umstande, daß er in erster Linie ein Gehirngift ist, verdankt ja der Alkohol seine Verbreitung. Andererseits ist das Gehirn das zarteste und empfindlichste Organ unseres Körpers, das auf Schädigungen prompt reagiert; auch auf Schädigungen, die es nicht direkt erlitten hat, sondern die ihm [illegible] machen. So kommt es, daß Irrenärzte schon früh über eingehende Kenntnis der Schädigungen durch Alkohol verfügten, und daß aus ihren Kreisen zum Teil jene Männer hervorgingen, die der modernen naturwissenschaftlichen und sozialen Antialkoholbewegung das grundlegende Material lieferten. Die schweizerischen Zählkarten dürften dem Durchschnitte entsprechen, nach denen 21,2 Proz. der geistigen Erkrankungen der Männer und 5,5 Proz. derjenigen der Frauen von alkoholischer Natur sind, während bei 48,8 Proz. der Männer und 11,9 Proz. der Frauen der Alkohol als Gelegenheitsursache mitspielt. Außer bei diesen Erkrankungen, die den Alkohol zur direkten Ursache haben, spielt der Alkoholismus auch bei den meisten anderen Geisteskrankheiten eine mehr oder minder große Rolle; indirekt dadurch, daß er eine Keimschädigung verursacht, welche in vielen Fällen als Grundlage zur Entwicklung einer Geisteskrankheit angesehen ist. Außerdem ist er bei vielen Geisteskrankheiten ein auslösendes Moment, so bei der Epilepsie, Hysterie usw. Das Wichtigste ist die Aufklärung über die Schädigungen, welche der Alkohol anrichtet.

Kleine Mitteilungen Aus der Leipziger Jahresausstellung ist seit Dienstag nachmittag eine Kohlenzeichnung, betitelt Reiter am Meeresstrande von Ludwig von Hofmann verschwunden. Zur Zeit des Diebstahls weilten nur zehn Personen in den Ausstellungsräumen. Von dem Diebe fehlt jede Spur.

Der Verband Deutscher Kunstgewerbevereine, der 44 Vereine mit 19000 Mitgliedern umfaßt, veranstaltet aus Anlaß der Bayerischen Gewerbeschau 1912 in München vom 24. bis 26. Juni einen Allgemeinen deutschen Kunstgewerbetag, zu dem jedermann Zutritt hat. Wichtige Fragen des Kunstgewerbes stehen auf der Tagesordnung. Programme und Teilnehmerkarten durch den Vorort des Verbandes, den Verein für Deutsches Kunstgewerbe in Berlin W. 9, Bellevuestraße 3.

Die Berliner Strafkammer sprach nach längerer Beratung den Verfasser des Romans Die Verführten, den Schriftsteller Hans Hyan, und den Verleger des „Ben"-Verlages von der Anklage der Verbreitung und Herstellung unsittlicher Schriften frei. Der Roman Die Verführten sei ein gutes Werk von moralischer Tendenz, das als Kunstwerk angesprochen werden müsse.

Der dänische Geograph Barclay Raunkiaer, der im Herbst 1911 vom Komitee der dänischen Geographischen Gesellschaft auf eine Untersuchungsexpedition nach Ostarabien entsandt wurde, ist am 4. Mai glücklich in Maskat in Oman angekommen, von wo er das Komitee telegraphisch davon unterrichtet hat, daß er Zentral-Arabien bereist hat, wo er mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte und sich wiederholt in äußerster Lebensgefahr befand. Das Komitee hat Grund zur Annahme, daß seine Reise vollständig geglückt ist, sowohl hinsichtlich der zurückgelegten unbekannten und gefährlichen Route, wie hinsichtlich der eingelieferten Resultate.

In diesem Mai soll aus Frankreich eine eigentümliche Meerfahrt angetreten werden. Ihr Urheber ist der Kapitän Raymond Rallier du Baty, der schon vor einigen Jahren auf einem verhältnismäßig winzigen Segelboot von nur 200 Tonnen zwei volle Jahre im Indischen Ozean bis nach der Inselgruppe der Kerguelen, am Rande des Südlichen Eismeeres, unterwegs gewesen ist. Der neue Plan des Kapitäns ist noch kühner. Einmal ist das zu diesem Zweck gebaute Schiff, das auf den Namen La Curieuse getauft worden ist, sogar noch kleiner als das der ersten Reise. Dagegen ist das Programm umfangreicher, da nicht nur die unbewohnten Inseln im Indischen Ozean, sondern auch Eilande im südlichen Teil des Großen Ozeans besucht werden sollen. Das Fahrzeug hat eine besondere Bauart und Ausrüstung erhalten. Der Unterrichtsminister und die französische Geographische Gesellschaft haben der Vorbereitung dieser eigenartigen Reise eine lebhafte Aufmerksamkeit und Förderung gewidmet.

Seit dem 16. Jahrhundert sind nach einer neuerdings aufgestellten Statistik 378 Kometen entdeckt worden. Von diesen 378 waren 106 periodisch, und 19 sind bei mehr als einer Wiederkehr beobachtet worden. Nur 56 waren für das unbewaffnete Auge sichtbar, und sieben waren auch bei vollem Tageslicht zu erkennen. Die meisten Kometen sind in Marseille entdeckt worden, und zwar nicht weniger als 64; dann kommt Paris mit 46 Entdeckungen, und hierauf Genf, Florenz, Lick, Nizza und Berlin mit 12 bis 16 Kometenentdeckungen.

Zeitschriften Eine große Steigerung der Auflage der Wochenschrift In Freien Stunden kann unser Parteiverlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H. Berlin SW. 68, melden. Wir begrüßen dies als eine durchaus erfreuliche Tatsache, aus der hervorgeht, daß immer größere Kreise der Arbeiterfamilien dazu übergehen, die einzige im Parteiverlag erscheinende Wochenschrift — deren Inhalt der guten Unterhaltungsliteratur gewidmet ist — zu lesen. Hierzu kommt, daß der gegenwärtig zum Abdruck gelangende Bergarbeiterroman Germinal, der den berühmten Schriftsteller Emile Zola zum Verfasser hat, die Leser erschüttert und andauernd in Spannung hält. In Freien Stunden erscheint wöchentlich. Jedes Heft ist von Künstlerhand illustriert und erscheint in einem Umfang von 24 Seiten zum Preise von 10 Pf. Wer die Wochenschrift noch nicht kennt, verlange eine Probenummer, die alle Parteibuchhandlungen, Spediteure und Kolporteure kostenlos liefern. Neuhinzutretende Abonnenten können den bisher erschienenen Teil von Germinal nachgeliefert erhalten.

Heiteres Heimgeschickt. Frau (zum Photographen): „Hören Sie, unser Familienbild gefällt mir gar nicht. Mein Jüngster sieht wie ein Affe aus." — Photograph: „Ja, gnädige Frau, das hätten Sie bedenken sollen, ehe Sie ihn photographieren ließen."

Peter Verhon(?) hatte sein altes verfallenes Haus hoch versichert und ging mit dem Plane um, die Bude selbst anzustecken. Eines Tages kommt er die Dorfstraße hinunter gehinkt und schreit aus Leibeskräften: „Feuer! Feuer!" Unwillkürlich wirft er einen Blick zurück und bleibt wie angewurzelt stehen: „Jesses! Jesses! Es muß ausgegangen sein!" (Daheim.)

Dresdner Kalender

Theater. Repertoire vom 10. Mai. Opernhaus (Altstadt): 2. Konzert des russischen Archangelski-Chors. Anfang 8 Uhr. — Schauspielhaus (Neustadt): Gyges und sein Ring. Tragödie in fünf Akten von Friedrich Hebbel. Anfang 7½ Uhr. — Residenztheater: Der Minenkönig(?). Anfang 8 Uhr. — Zentraltheater: Der Herzog von Westminster. Anfang 8 Uhr.

Mitteilungen aus dem Bureau der Königlichen Hoftheater. Für das zweite Konzert des russischen Archangelski-Chores Freitag den 10. Mai ist folgendes Programm festgesetzt, das im ersten Teil geistliche, im zweiten Teil weltliche und besonders russische Volkslieder bringt.

VVK **Volksvorstellung im Residenztheater.** Sonntag den 12. Mai, und Donnerstag den 16. Mai (Himmelfahrt) nachm. 3½ Uhr, finden die nächsten Vorstellungen der Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege statt. Zur Aufführung kommt Der Bettelstudent von Millöcker. Karten zu 50 Pf. sind zu haben im Bureau des Gewerkschaftskartells, Ritzenbergstraße 4, I.; Volksbuchhandlung, Zwingerstraße 14; C. Berndt, Maternistraße 1 (Konsum); F. Zollenbeck, Zigarrengeschäft, Augsburger Straße 15; G. Höfgen, Hopfgartenstraße 8 (Konsum); F. Neuhäuser, Kesselsdorfer Straße 22 (Konsum); Robert Wirth, Helgolandstraße 10 (Konsum); Bruno Michaels, Zigarrengeschäft, Markgrafenstraße 23; Max Uhlmann, Riesaer Straße 2, I.; Julius Eggert, Wölfnitzstraße 44 (Konsum); Ewald Häusel, Groß-Zschachwitz, Bienenstraße 12; Arbeitersekretariat Döhlen, Tharandter Straße 78 I. Theaterzettel und Garderobe sind frei.

Jugend-Bildungsverein von Dresden u. Umgegend

Zentralvorstand. Die heutige Sitzung beginnt Punkt 7½ Uhr im Volkshaus.

Veranstaltungen für Freitag:

Gruppe Cotta-Leutewitz. Jugendversammlung im Gasthof Leutewitz.

Gruppe Potschappel. Abend 8½ Uhr Diskussionsabend im Restaurant Silberquell.

Gruppe Coswig-Kötitz. Spielabend im Vereinsschlößchen.

Gruppe Reichenberg. Abends 8½ Uhr Diskussionsabend im Gasthof Wahnsdorf.

Leben • Wissen • Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

Nr. 106 Dresden 9. Mai 1912

Große Kunstausstellung Dresden 1912

I

Monumental-dekorative Malerei

Von den in den Sälen 39 bis 47 vereinigten Werken fesseln Ferdinand Hodler und Albin Egger-Lienz schon durch die große Anzahl machtvoller Arbeiten vor allen anderen. Neben der ursprünglichen Kraft dieser beiden Künstler vermögen weder die großflächigen, flügemäßigen Kartons eines so tüchtigen Praktikers wie Otto Gußmann zu bestehen, noch die phantasievolle, ornamentalisierende Prometheus-Studie Paul Röhlers, Paul Perks mit seiner derberen Kraftigkeit ist zu unausgeglichen, und Karl Schulz bei der bemerkenswerten Aufteilung der Fläche zu farblos. Ludwig v. Hofmanns in den Farben sehr frische Figurenbilder (Frauen am Meer mit Segelschiffen und Anderes) halten nicht die volle Poesie seiner Tafelbilder, und die Jünglingsfigur, in der Hans Unger das Sehnen personifiziert, ist reichlich in der Absicht stecken geblieben. Im zweiten Saal (40) grüßt aber Egger-Lienz mit seinem auf Braun in Schwarz, Gold und Rot gemalten Fries vom Hochzeitszug König Etzels mit Kriemhild. Durchaus auf den flächig ausgefüllten, an dem strengen Stil frühromanischer Kartons geschulten Umriß gestellt, erfüllt die Arbeit bei der trefflichen Gegenwirkung des wuchtigen Reiterzugs und der in Weiß und Gold gekleideten Frauen in schönster Weise ihre schmückende Aufgabe. Alle übrigen Arbeiten des Künstlers sind Darstellungen aus dem Tiroler Bauernleben. Und in diesen Werken ist machtvoll überzeugend das Wesen eines ganzen Volkes und damit tiefmenschliches Wesen gestaltet. In diesem Braun in Braun gemalten Karton ist die ganze schwerfällig wuchtende, erdnahe, ungebrochene Kraft eines harten, verschlossenen Menschenschlags lebendig und in großartiger Weise zu beinah übermenschlichem Symbol erhoben. Der Teufel, der hinter den Sämann schreitend seine Saat wirft, eine Gruppe bewaffneter Bauern, mitten unter ihnen das Gerippe des Todes (Totentanz von Anno neun), der Sturmmarsch der unter Hofinger angreifenden Tiroler, in seiner tödlichen Entschlossenheit voll gewaltigem Leben, endlich die gleichnishaften Generationenbilder Am Tisch des Herrn und Das Leben, dort unter einfacher Bildkonstruktion der Abendmahlstisch mit den im einfältig gläubigen Ernst wunderbar geschauten Frauen und Männern, hier die Menschengruppe beim Hausbau, das sind die Stoffe, in denen ein ursprüngliches und starkes Künstlertum bleibende Werke geschaffen. Den anderen Pol in diesen Sälen bilden die Kartons Hodlers. Er wirkt reicher und feiner gegen die Wucht des anderen. Nicht in den riesigen Formaten seiner beiden Wandbilder (Aufstieg und Absturz), trotz des groß gesehenen Lebens, aber um so mehr in den zwei Fassungen des Marignanoschlachtbildes. In der Darstellung der [illegible], die ihre Verwundeten vom Felde tragen, scheint die zweite mit ihrer noch das Kriegerische erfüllenden angespannten Energie die reifere gegen die massigere und nicht so fein aufgeteilte erste. Sehr eindringlich in der eigenen herben Poesie ist auch der Knabe in der Landschaft (Geheimes Zwiegespräch), der herrlichen Schwung die Studie des aufbrechenden Freiheitskampfes (zum Jenenser Universitätsbild) und bis an die Wurzeln erfüllt wie alle ähnlichen die körperlich bewegte (entzücktes Weib) und die fliegende Frau. Vor solchen Werken verdichtet sich der Glaube an die wahrhaft schöpferische Kraft dieses großen Künstlers.

Die zwei ornamentalen Friese Stucks, die für den Reichstag bestimmt waren, aber abgelehnt worden sind, goldgrünes Ornament auf blaugrauem Hintergrund, belebt mit farbigen Wappen, Namensbändern und Figuren (Gebotverwechslung und Mutterfreude, und hinter dem Thal des Glücks jagend Ritter, Narr, Krüppel und Jugend), mögen an ihrem Platze nicht ohne Wirkung sein, hier an den einfarbigen hellen, großen Flächen wirken sie einigermaßen eintönig. In diesem Saal (40) steht auch die lebensprühende Marmorbüste von Rodin und eine im Ausdruck mächtige, [illegible], dazu eine prächtige Ringerfigur Hugo Lederers und seine eindringliche, kraftvolle Stierbüste neben schwächeren Arbeiten von Robert Diez. — In dem sehr unzulänglichen Saal 43 fällt der Otto Hettners Kohlekarton(?) auf. In seinem eigenen Lichte lebend, den Farben, die wie Stichflammen zischen und still aufschießen, grelles Gelb neben Grün, violett und rotbraun, in einer mächtigen, wilden Bewegung, kennzeichnet er sich unmittelbar als ein Werk sehr besonderer Art und höchst beachtenswerter Kraft. Bogenschützen und Reiter fallen in einem Walde über Frauen her, und die Fliehenden und die verwundeten Gestalten sind in eine gellende Bewegung zusammengerissen, die das Ganze weit über gewöhnliche Mache hinausrückt. — Gegenüber hängt der große Karton Badende von Müller-Bräfe(?), im Gegensatz zu Hettner ganz in weiche, duftige, schimmernde Farbigkeit aufgelöst, aber auch er von seinem eigenen Werte überzeugend. Die kühle Harmonie der Frauengruppe von C. R. Weiß ist ferner zu nennen, die warm und reich erfüllte Szene Kurt Tuchs (auf dessen Penthesilea-Aquarelle im Verlag von Bard, Berlin, hier besonders aufmerksam gemacht sei), das ein wenig behäbig freundliche, aber auch farbig ganz frische Strandbild von Maurice Denis, das fast zu licht, leicht und fein bewegte ländliche Fest Larssons(?), ein bezauberndes Stilleben von Orlik und endlich die Säugende Mutter von Stiefel.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen natürlich die beiden Zimmer von Max Klinger. In dem einen sind die Türen und die Wände mit fast 60 Malereien geschmückt, und auch wo man der eigenartigen Phantasie- und Farbstrenglichkeit nicht völlig zu folgen vermag, wird man nicht ohne Eindruck aus diesem Raume gehen. Eine unvollendete weibliche Marmorfigur und im Nebenraum Bronzebüsten Lamprechts und Steinbachs und ein Gemälde, eine badende und eine auf dem hellen Strande stehende Frau darstellend, sind neue Arbeiten des rastlos tätigen Künstlers, seine Werke wie seine Grenzen kennzeichnend. — Was man im Saal 41 von Hermann Prell sieht, kann mit der einer überwundenen Epoche angehörenden Art in dieser Umgebung nicht fesseln. Dagegen ist das Triptychon Golgatha von Lovis Corinth (Saal 44) wertvolle Arbeit, stark, wenn auch nicht allzu ursprünglich im Ausdruck und in der warmen Harmonie seiner gedämpften Farbigkeit, in der Blau und Violett bestimmend sind; der Gekreuzigte auf gebirgiger Schädelstätte in der Mitte, links der fanatische Paulus mit dem Schwert, rechts der nach dem Diktat des Engels schreibende Matthäus. Karl Caspars Pietà, die Gruppe der klagenden Frauen um den Leichnam, vermischt von dem Heiligengrab, reiht sich in seiner eindringlichen Kraft den hier gezeigten Werken des jungen Künstlers an, wiederum auf die sich hier entfaltenden Kräfte weisend. Zwei in lebenden Farben gemalte Bibelszenen Adolf Hölzels, Würtenbergers Judaskuß, Julanges Geißler und Bulthaus freundlich schmückendes Halbrund müssen in diesem Saal noch genannt werden. — Ein eigener Raum ist den phantastisch-symbolischen Fresken des Finnen Axel Gallen-Kallela gewidmet, die Szenen aus heimischer Sagenwelt ziemlich selbständig darstellen. Nennt man noch Thomas zwei Triptychen (Ostern und Weihnachten), zwei lustige Darstellungen des Schweizers Burl, Skizzen von Keller, Gebhardt und Larssen, so hat man einen Ueberblick über die hier zusammengetragenen Werke. gl.

Pelle der Eroberer

Roman von Martin Andersen Nexö

Jetzt war „die Kraft" am Ziel, er hatte die Hand zum Griff ausgestreckt, plötzlich wurde er von einer unsichtbaren Hand von der Leiter weggeschoben, schwebte sanft hinüber durch die Luft wie ein Ballonmensch und fiel auf den Rücken. Das Dröhnen ließ auf einmal alles verschwinden. Als die letzten Brocken gefallen waren, liefen sie hinab; „die Kraft" lag ausgestreckt auf dem Rücken und sah ruhig zum Himmel empor. Die Mundwinkel waren ein wenig blutig und aus einem kleinen Loch in dem einen Ohr sickerte das Blut heraus. Die beiden Betrunkenen hatten keinen Schaden genommen. Sie erhoben sich ganz verwirrt ein paar Schritte hinter dem Explosionsort. „Die Kraft" wurde in die Scheune getragen und während nach dem Arzt geschickt wurde, riß Emil einen Fetzen von seiner Bluse und goß Branntwein darauf, den legten sie ihm hinter das Ohr. Er schlug die Augen auf und schloß sie wieder. Sein Blick war so klug, daß jeder wußte, er hatte nicht mehr lange zu leben. „Es riecht hier nach Schnaps," sagte er, „wer spendiert einen Schluck?" Emil reichte ihm die Flasche und er leerte sie. „Es schmeckt doch gut," sagte er leise. „Nun habe ich, ich weiß nicht wie lange, keinen Branntwein angerührt, aber was hilft das alles. Der arme Mann muß Branntwein trinken, sonst taugt er zu nichts. Es ist kein Spaß, ein armer Mann zu sein! Eine andere Rettung gibt es nicht für ihn. Das habt Ihr bei Steden und Olsen gesehen. Betrunkene kommen niemals zu Schaden. Sind sie wohl zu Schaden gekommen?" Er versuchte den Kopf aufzurichten. Sivdbri(?) trat vor. „Hier sind wir," sagte er mit heiserer Stimme, „aber ich würde viel dafür geben, wenn wir beide in die Hölle gereist wären, statt daß dies geschehen mußte. Niemand von uns hat es gut mit dir gemeint, du!" Er streckte

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120509/13
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

die Hand aus. Aber „die Kraft“ konnte die seine nicht erheben. Er lag da und starrte zu dem durchlöcherten Strohdach empor. „Es ist zwar hart genug gewesen, zu den Armen zu gehören,“ sagte er, „und gut, daß es vorbei ist. Aber Ihr seid mir keinen Dank schuldig. Warum soll ich Euch wohl im Stich lassen und das Ganze selbst für mich nehmen? Sieht das „der Kraft“ ähnlich? — Freilich war der Plan mein! Aber hätte ich ihn allein ausführen können? — Nein, behaltet nur alles Geld. Ihr habt es redlich verdient. „Die Kraft“ will nicht mehr haben, als irgendein anderer, wo wir doch alle gleich viel gearbeitet haben.“ Mit Mühe erhob er die Hand und machte eine großmütige Bewegung.

„Ach, er glaubt, daß er der Hafenbaumeister ist,“ sagte Ström, „er redet irre. Ob ihm nicht ein kalter Umschlag gut tun würde?“ Emil nahm den Eimer, um frisches Wasser zu holen. „Die Kraft“ lag mit geschlossenen Augen und einem schwachen Lächeln da, er glich einem Blinden, der lauscht. „Wißt Ihr wohl noch,“ sagte er, ohne die Augen zu öffnen, „wie wir geareitet und gearbeitet haben und doch kaum das tägliche Brot schaffen konnten? Die Großen saßen da und fraßen alles auf, was wir hervorbringen konnten; wenn wir das Werkzeug niederlegten und unseren Hunger stillen wollten, war da nichts. Unsere Gedanken stahlen sie, und hatten wir eine hübsche Braut oder eine junge Tochter, so konnten sie auch die gebrauchen, selbst unsere Krüppel verschmähten sie nicht. Aber jetzt ist das vorbei und wir wollen uns freuen, daß wir es erleben; es hätte ja noch lange dauern können. Mutter wollte es auch gar nicht glauben, als ich ihr erzählte, daß die bösen Tage bald vorüber wären. Aber nun seht einmal: Bekomme ich nicht ebensoviel für meine Arbeit, wie der Doktor für seine? Kann ich nicht meine Frau und Tochter halten und Bücher haben und mir ein Klavier hinstellen so wie er? Ist es nicht auch etwas Großes, der Hände Arbeit zu verrichten? Karen hat jetzt Klavierstunden, das habe ich mir immer gewünscht, denn sie ist schwach und kann keine harte Arbeit vertragen. Ihr sollt mit mir nach Hause kommen und sie spielen hören! Sie faßt so leicht auf! Armer Leute Kinder haben auch Talente, bloß daß keiner es beachtet.“

„Herr Gott, wie er redet!“ sagte Ström weinend. „Es ist ja beinahe, als wenn er Delirium hätte.“

Pelle beugte sich über „die Kraft“ hinab. „Jetzt solltest du klug sein und schweigen,“ sagte er und legte ihm etwas Kaffee auf die Stirn. Das Blut sickerte schnell hinter den Ohren des Verwundeten hervor.

„Laß ihn doch reden,“ sagte Olsen. „Er hat ja jetzt seit Monaten kein Wort mehr gesprochen und hat wohl das Bedürfnis, sich mal zu reinigen. Lange macht er es wohl auch nicht mehr!“

Jetzt bewegte „die Kraft“ die Lippen nur noch schwach, das Leben blutete langsam aus ihm heraus. „Bist du nun geworden, kleine Karen,“ murmelte er. „Ach was, das wächst ja wieder! Und nun geht es dir gut, nun kannst du nicht klagen. Ist es fein, ein Fräulein zu sein? Sag mir nur alles, was du dir wünschst. Wozu auch bescheiden sein? Wir sind es lange genug gewesen! Handschuhe für die entzwei gescheuerten Finger, ja, ja! Aber da mußt du mir auch etwas vorspielen. Spiel das schöne Lied: Von der frohen Wanderung durch das Erdenland, das von dem tausendjährigen Reich!“

Leise fing er an, mitzustimmen; er konnte den Kopf nicht mehr zum Takt bewegen, da zwinkerte er mit den Augen; und nun brach sich sein Summen Bahn und ward zu Worten.

Irgend etwas zwang die andern unwiderstehlich, mitzusingen; vielleicht war es der Umstand, daß es ein geistliches Lied war. Pelle führte mit seiner klaren Stimme an; er war auch der, der die Worte am besten auswendig wußte:

Schön ist die Erde,
Prächtig ist Gottes Himmel,
Schön ist der Seele Pilgergang.
Durch die lieblichen Reiche auf Erden
Gehen wir zum Paradies mit Gesang.

„Die Kraft“ sang immer stärker, als wolle sie Pelle übertönen. Sein einer Fuß war in Gang gekommen und trat nun den Takt. Er lag mit geschlossenen Augen da, wiegte blind den Kopf zum Gesange und glich jemand, der bei einer unnebelten Orgie den letzten Senf dazu geben muß, ehe er unter den Tisch gleitet. Das Blutwasser lief ihm aus den Mundwinkeln.

Zeiten sie kommen,
Zeiten sie gehen,
Mensch auf Mensch geht den Lebensgang.
Nimmer verstummt,
Ton vom Himmel,
Seele frohem Pilgergesang.

„Die Kraft“ verstummte, sein Kopf hing auf die eine Seite nieder; im selben Augenblick schwiegen auch die andern.

Sie saßen im Stroh und starrten ihn an. Sein letztes Wort hing noch in ihren Ohren, wie ein törichter Traum, der sich wunderlich mit dem Siegesklang des Liedes vermischte. Sie fühlten alle dieselbe stumme Anklage des Toten und richteten sie in der Unheimlichkeit des Augenblicks gegen sich selber.

„Ja, wer weiß, wozu man es hätte bringen können,“ sagte ein zerlumpter Bursche und kaute grübelnd auf einem Strohhalm.

„Aus mir wird doch nie etwas,“ sagte Emil mißmutig. „Mit mir ist es immer zurückgegangen. Ich war in der Lehre, und als ich Geselle wurde, gaben sie mir einen Fußtritt; ich hatte fünf Jahre meines Lebens vertrödelt und konnte nichts. Pelle, der wird schon vorwärts kommen.“

Verwundert erhob Pelle den Kopf und sah ihn verständnislos an.

„Was nutzt es wohl, wenn ein armer Teufel versucht, in die Höhe zu kommen, er wird doch nur wieder heruntergestoßen,“ sagte Olsen. „Seht nur mal „die Kraft“ an. Hatte wohl irgend jemand größere Anrechte als er? Nein, die Großen erlauben nicht, daß wir andern in die Höhe kommen!“

„Und haben wir selbst es vielleicht erlaubt?“ murmelte Ström. „Wir sind immer bange, wenn einer von unsern eigenen Leuten an uns vorübersteigen will.“

„Ich verstehe nicht, daß nicht alle Armen gegen die andern zusammenhalten, wir leiden doch denselben Schaden,“ sagte Bergendal. „Wenn wir alle uns zusammentäten und nichts mit denen zu tun haben wollten, die uns zum Beispiel Arbeit wollen, dann würde es sich schon zeigen, daß die Armut zusammengenommen das ist, was den Wohlstand der andern ausmacht. Damit sind die, wie ich jetzt gehört habe, anderswo beschäftigt.“

„Wir werden aber nie im Leben über irgend etwas einig,“ sagte ein alter Steinhauer trübselig. „Nein, wenn uns bloß einer von den Herren ein bißchen im Nacken kraut, dann rollen wir ihm gleich vor die Füße und lassen uns auf unsere Eigenen losheßen. Wären wir alle wie „die Kraft“, dann hätte am Ende alles anders ausgesehen.“

Sie schwiegen und saßen da und sahen den Toten an; es lag etwas wie eine Anklage in der Haltung eines jeden einzelnen Mannes.

„Ja, das kommt spät!“ sagte Ström mit einem Seufzer. Dann griff er in das Stroh hinein und holte eine Flasche hervor. Dieser oder jener saß noch da und arbeitete mit etwas herum, was vielleicht gesagt werden sollte; aber dann kam der Doktor und sie zogen sich in sich selbst zurück. Sie nahmen ihre Bierflaschen und gingen wieder an ihre Arbeit.

(Fortsetzung folgt.)

Umschau

Dresdner Leben. Die Straße der Armen. Hinter schmutzigen Scheiben kaum erkennbar liegt ein Durcheinander von Brot und Kraut, Eier, Käse, Seife, ein paar verrunzelten Äpfeln und einigen Stückchen Schokolade, umsäumt von großflächigen Plakaten einer Schuhwichse, einer Brauerei und einer Zigarettenfabrik. Das letzte stellt ein junges, schönes, lachendes Mädchen dar. — Eine enge Tür führt in den Laden, in dem eine immer scheltende Alte zusammen mit ihrer bleichwangigen, großäugigen Enkelin bedient. Der Raum mit dem durchdringenden Geruch von Sauerkraut und Petroleum ist fast bis zur Decke vollgepfropft mit Kisten, Fässern und Säcken. Hier kaufen die Armen. Sie zögern alle ein wenig an der Schwelle und zählen noch einmal rasch und sorgsam die paar Pfennige, die sie in der Hand halten. Die Inhaberin gibt ihnen mürrisch, was sie mit verdrossener Stimme verlangen. Ein Pfund Brot, ein Pfund Kartoffeln, ein wenig Kaffee-Ersatz für ein paar Pfennige Fett. [illegible] reichen sie sich mit den unverpackten Waren. Das ganz junge Weib auf ihrem Arme wimmert immerzu. Ihre Augen sind aufs [illegible] und ihre Züge hart. Sie schleichen heraus in ihre Hinterhausstube. Ein Bäckerjunge bringt seine Körbe [illegible]. Er schimpft mutwillig mit der Alten und fährt dann wieder mit Pfiff und Hallo durch den Lärm der engen, schmutzigen Straße weiter. Kinder kommen mit alten, schmutzigen Gefäßen, kaum mit Hemd und Jäckchen bekleidet, mit der zerbrochenen Flasche, in die man ihnen dünne Milch füllt. Ein junges Mädchen mit zerrissenen Strümpfen und schmierigen, lockerer Bluse kauft Zigaretten und Schokolade. Sie forscht auf den zudringlichen Blick des jüdischen Händlers, der nebenan „Herren- und Damenkonfektion“ verkauft. Aber sie folgt dann doch seiner einladenden Handbewegung in den muffigen Raum. Ein Betrunkener schlägt [illegible] auf eine Frau ein, die ihn mit [illegible] [illegible]
[illegible] erscheint. Kinder balgen sich. Schwere Wagen rumpeln die Straße entlang. Die elektrische Bahn saust am Straßenende vorüber. Ein schwarzlackiertes Automobil, darin ein Herr im Gehrock mit einer Dame im Zobelpelz, rast vorbei.

K-e.

Heilkunde. Folgen der Sonnenfinsternis. Von interessanten Sehstörungen, deren Ursache die Sonnenfinsternis vom 17. April ist, berichtet Professor Dr. Fleischer (Tübingen) im Schwäbischen Merkur. In der Tübinger Augenklinik haben sich sieben Patienten vorgestellt. Sie alle trugen noch ein Andenken an die letzte Sonnenfinsternis im Auge, und zwar in Form eines dunklen Fleckens, den sie seither in ihrem Gesichtsfelde ständig wahrnehmen, und der sie am deutlichen Lesen und Sehen hindert. Die Unvorsichtigen hatten mit bloßem Auge die Verfinsterung der Sonne verfolgt. Nun ist es eine bekannte Tatsache, daß beim Fixieren eines hellen Gegenstandes dessen Nachbild noch längere Zeit im Auge nachklingt. Je heller das betrachtete Objekt und je länger es fixiert wird, desto intensiver und nachhaltiger wirkt der störende blinde Fleck im Auge. Im allgemeinen verschwindet er wieder nach kürzerer Zeit und ohne weiteren Schaden für das Sehvermögen. Fleischers Patienten aber beklagen sich darüber, daß der dunkle Fleck aus ihrem Auge gar nicht mehr weichen wolle. Die Untersuchung mit dem Augenspiegel ließ an der Stelle des deutlichsten Sehens in der Netzhaut des Auges ein rundes, helles Fleckchen von 0,14 Millimeter Durchmesser wahrnehmen. Die Netzhaut, die sonst durchsichtig ist, zeigte an diesem Orte eine weißliche, undurchsichtige Trübung, die geronnenes Eiweiß. Die Form dieses Fleckens wies eine scharf [illegible] Sichel auf, also das genaue Abbild der noch sichtbaren Sonnensichel zur Zeit der Sonnenfinsternis.

Musik. Ueber die neue Freiheitshymne, die bei dem letzten Preisausschreiben des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes den ersten Preis erhielt, schreibt Franz Bothe, Berlin, in einem Aufsatz über Preiskompositionen (Nr. 44 der Deutschen Arbeiter-Sängerzeitung): „Lassen die beiden vorhergehenden Stücke eine deutliche ausgeprägte persönliche Note trotz aller Vorzüge vermissen, so ist dies keineswegs bei dem „Ritt zur Freiheit“ von Paul Büttner der Fall. Diese Arbeit ist durchaus original, besonders in rhythmischer Hinsicht. Die Harmonien sind solche, wie man sie nicht häufig antrifft, und nur ganz modern geschulte Ohren dürfte hier nichts überraschen; die Melodie, dem Text vortrefflich angepaßt, ist alles andere als weich, die Rhythmik aber geradezu aufregend. Da gibt's kein Halten: Vorwärts! vorwärts! heißt es eindringlich [illegible] ungestümen Drange. Das Herz klopft an, lebhafter zu pochen; eine begeisterte Erregung, unerhört, unbeschreiblich, selbst alles in ihrem Bann zwingend, greift Platz. Ich werde bei dieser Musik an ähnliche Wirkungen Richard Straußscher Instrumentationskunst erinnert, ohne auch nur entfernt damit sagen zu wollen, daß Büttner sich an Strauß irgendwie anlehne. Im Anfangsmotiv: „Auf donnerndem Rappenpferde“ tritt das melodische Moment gegen das scharf ausgeprägte rhythmische zurück, und erst bei den Worten: „Nadeln [illegible] [illegible] die Lüfte“ vernehmen wir im ersten Tenor eine kräftige Kantilene mit nachfolgender Steigerung; zum zweiten Male erklingt das Thema von den Worten „Aus den Gleisern der Straße springt [illegible] Funken“ ein neues Motiv, teilweise kanonisch verarbeitet, in einer schönen Steigerung sich folgernd, geltend macht; daran schließt sich eine das Sonnenleuchten ausgezeichnet illustrierende harmonische Steigerung bis zum „[illegible]“. Immer weiter stürmt der Gang, bis er bei dem Wort „Sturmglocken“ seinen Höhepunkt erreicht, um dann nach wenigen Takten in den lang ausgehaltenen Akkorden des Aufnahmestimmen hinaufzuführen (zum einzigen Male), während die Mittelstimmen bis zuletzt den charakteristischen Rhythmus festhalten. Es wird das Werk für manchen Verein nicht leicht werden, ihre Sänger in dieses nicht unanspruchsvolle, aber ganz eigenartige Werk einzuführen. Indessen gerade diese Eigenart wird den echten Arbeiter an sie fesseln. Die großen Schwierigkeiten, die das Stück bei der Einübung bietet, müssen und können überwunden werden; man glaube aber nicht, daß dies in drei Stunden zu erreichen sei. Die Wirkungen solcher Chöre können, wenn sie nicht mit der peinlichsten Sorgfalt einstudiert werden, leicht in das gerade Gegenteil des Gewollten umschlagen. Der „Ritt zur Freiheit“ wird darnach nur von wenigen auserlesenen Vereinen bewältigt werden können; es ist sogar noch die Frage, ob [illegible] [illegible] nicht. Dieses Werk gehört in ganz erfrischender Weise. Aber das tut nichts. Dieses Werk gehört der Zukunft. Es ist unbedingt der eigenartigste, das unaufhaltsame Drängen nach Freiheit am schärfsten und schönsten zum Ausdruck bringende Chor, den unser Verlag erworben hat.“

Der Text der Komposition ist — wie bekannt sein dürfte — der Gedichtsammlung „Die Hämmer dröhnen“ (Verlag von Kaden u. Co.) entnommen.

Völkerkunde. Neues von Amerikas Urvolk. Die umfangreichen Ausgrabungen, die der Direktor der amerikanischen Schule für Archäologie, Dr. Edgar L. Hewett, seit einiger Zeit im Rio-Grande-Tal von Neu-Mexiko vornimmt, haben zu überraschenden neuen Aufschlüssen über die Urbewohner Amerikas geführt. Zunächst wurde ermittelt, daß diese prähistorischen Höhlenmenschen in einem ausgeprägten kommunistischen System lebten. In gemeinsamen großen Häusern waren sie untergebracht; die wenig fruchtbaren Landgebiete, die sie mit großer Mühe kultivierten, gehörten ihnen allen gemeinsam; ebenso wurden die komplizierten Bewässerungsarbeiten von allen zusammen ausgeführt, und die Verteilung der gewonnenen Produkte erfolgte in der gleichen kommunistischen Form. Wie im American Magazine auf Grund der Berichte Hewetts ausgeführt wird, nennt man das Volk, über dessen Lebensformen man nunmehr eine gewisse Klarheit erlangt hat, die Pajaritoleute, weil sie das sogenannte Pajarito-Plateau im Rio-Grande-Tal bewohnten. Sie sind völlig verschieden von den heutigen Höhlenbewohnern von Mesaverde, und haben in ihrer Kultur auch mit anderen primitiven Völkern, von denen die amerikanischen Ausgrabungen Kunde geben, wenig Berührung. Zwei große gemeinschaftliche Häuser wurden ausgegraben, sodann eine sehr geräumige Höhle in einer der Klippen des Rito de los Frijoles, an die sich ein riesiger unterirdischer Raum für allerlei religiöse Zeremonien anschloß. Das genaue Alter dieser pajaritanischen Zivilisation läßt sich nicht angeben, doch schließt man aus vielen Anzeichen darauf, daß Jahrtausende seitdem verstrichen sind, und setzt sie etwa in die Zeit der frühesten babylonischen und ägyptischen Kultur. Die Ausgrabungen stießen auf gewaltige Schwierigkeiten; die Trümmerschichten von Jahrhunderten mußten erst fortgeschafft werden, bevor die großen Gemeinschaftshäuser und die Höhlen zum Vorschein kamen. An den Arbeiten waren die im Rio-Grande-Tal wohnenden Pueblo-Indianer beteiligt, von denen man annimmt, daß sie die Nachkommen des Urvolkes sind. Der interessanteste unausgegrabene Bau ist das kreisförmige Haus von Tyuonyi, das bisher unter einem Erdhügel im Frijoles-Kanon verborgen gewesen war. Das Gebäude, das eine gewisse Ähnlichkeit mit dem römischen Kolosseum hat, ist in seiner Architektur ganz einzigartig; keiner der primitiven amerikanischen Architekten kann ihm an die Seite gestellt werden. Es war augenscheinlich, daß es einen [illegible] bewohnt worden [illegible] aufsteigender kreisförmiger Bau, der wenigstens drei Stockwerke hatte. Während andere der Gemeinschaftshäuser der Pajaritaner durch beständige Anbauten erweitert worden sind, ist dieses Kreishaus nach einem einheitlichen Plan außerordentlich regelmäßig angelegt und legt beredtes Zeugnis ab von der Geschicklichkeit dieser primitiven Architekten. Die Anlage des Baues war auf die Verteidigung berechnet. Die Außenwände hatte man von dem bombensicheren Hof aus, in den man auf Leitern von den Dächern herabstieg. Der Hof war nur durch einen einzigen etwa sechs Fuß breiten Zugang an der Ostseite zu betreten. Ähnlich angelegt, wenn auch nicht ganz so kunstvoll ausgeführt, ist das andere Gemeinschaftshaus von Puye; es war das Zentrum eines ganzen Stammes, zu dem viele Felsenhöhlen in dem Kanon der Nachbarschaft gehörten. Es war an einer in dem Kanon der Nachbarschaft errichtet; ein hoher vieleckiger Bau, Runde eines tiefen Kanons errichtet; ein hoher vieleckiger Bau, in seinen Dimensionen etwa 300 zu 275 Fuß. Um einen rechteckigen Hof schließen sich die Räume, die ebenfalls nur sehr schwer zugänglich waren. Wichtige Resultate sind sodann durch die Erforschung der einzeln herum liegenden Höhlen gewonnen worden, so daß man nun von diesem bisher völlig unbekannten, geheimnisvollen „ersten Amerikaner“ ein ungefähres Bild gewinnen kann. Die eigenartigste und interessanteste Entdeckung bei den Grabungen aber ist wohl die große Höhle im Rito de los Frijoles, die sich unter zeremoniellen Höhlen anschloß und zu religiösen Zeremonien diente. Man steigt auf ihr dann in einem brunnenartigen Schacht hinab, der zu einem noch tieferen Raum führt. In der etwa 100 Fuß breiten und 75 Fuß tiefen Höhle befinden sich Räume, in denen wahrscheinlich die Herrscher und Priester wohnten, während die Zeremonien, in denen der von den Pajaritanern verehrte Regengott gefeiert wurde, in der unteren 150 Fuß tiefen Höhle stattfanden.

Technisches. Marconis drahtlose Telegraphie in der Flugmaschine. Aus London wird berichtet: Die Bemühungen, einen drahtlosen Telegraphie-Apparat zu konstruieren, der wirklich und zuverlässig imstande ist, während des Fluges in den Lüften Meldungen abzugeben und zu empfangen, haben einen neuen bedeutsamen Fortschritt erzielt. Seit einiger Zeit hat sich die Marconi-Gesellschaft, die in diesem Problem beschäftigt und nun einen Apparat konstruiert, der in diesen Tagen bei der englischen [illegible] seine erste Probe über [illegible] zu bestehen hat, [illegible] [illegible] [illegible]. Der [illegible] [illegible] [illegible] Flug als Beobachter an Bord und dem englischen Luftschiffer Ring als Flieger [illegible] [illegible] während des Fluges Meldungen über die Bewegungen in der Nähe manövrierender Truppen. Die in der Luft befindlichen Mitteilungen [illegible] [illegible] der Marconischen Station aufgefangen und auf Entfernungen von 4 bis 8 Kilometer [illegible] [illegible] aufgenommen; im [illegible] [illegible] [illegible] Weise [illegible] [illegible] militärischen Empfängern [illegible] [illegible] günstige Erfolg dieser Versuche beweist, daß das Problem mit dem neuen Marconi-Apparat bereits, [illegible] Prinzip gelöst ist. Man wird die Versuche fortsetzen, man ist in eingeweihten Kreisen zweifelt man nicht mehr, daß man in kurzer Zeit auch imstande sein wird, drahtlose Verbindung mit fliegenden Flugzeugen auf Entfernungen bis zu 100 Kilometer und mehr dauernd aufrecht zu erhalten.

Naturkunde. Die Verwandlung einer Blume in Blätter. Von den vielen und tiefgehenden naturwissenschaftlichen Beobachtungen, die dem Genius Goethes zu verdanken sind, nimmt die Metamorphose der Pflanzen einen hohen Rang ein. Wie Goethe an einem auf dem Lido bei Venedig gefundenen Schädel die Entstehung der Schädelknochen aus Wirbeln ablas, so ergründete er an den Pflanzen die Umwandlung von Laubblättern in Kelchblätter, von Kelchblättern in Blumenblätter, von Blättern in Dornen usw. Ein neues merkwürdiges Beispiel für